

2016



18

Öffentliche
Verwaltung
und Finanzen

Neuchâtel 2018

Finanzstatistik der Schweiz 2016

Jahresbericht

Finanzstatistik der Schweiz 2016

Die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) erstellt die Statistik der öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungen (Finanzstatistik). Damit gehört das Amt zusammen mit dem Bundesamt für Statistik (Hauptlieferant für schweizerische Statistiken), der Schweizerischen Nationalbank (Banken-, Finanzmarkt- und Zahlungsbilanzstatistik) sowie anderen Bundesämtern (Spezialstatistiken) und den Statistikämtern der Kantone und verschiedener Städte zu den wichtigsten öffentlichen Statistikproduzenten der Schweiz. Aufgabe der Finanzstatistik ist eine transparente Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des staatlichen Sektors der Schweiz.

Die Finanzstatistik erbringt folgende Dienstleistungen:

- konsolidierte und harmonisierte Finanzberichterstattung von Bund, Kantonen, Gemeinden und öffentlichen Sozialversicherungen auf der Basis der Rechnungslegungsmodelle des Bundes und der Kantone (NRM, HRM2 usw.) mit dem Ziel der nationalen Vergleichbarkeit
- Produktion und Berichterstattung einer international vergleichbaren Statistik der öffentlichen Finanzen der Schweiz nach den Standards des Internationalen Währungsfonds (GFSM 2014)
- Bereitstellung von Daten zu den öffentlichen Finanzen als Basis für die Erstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Schweiz durch das Bundesamt für Statistik
- spezifische Auswertungen und Analysen der öffentlichen Finanzen und der Volkswirtschaft zuhanden der EFV und des Eidgenössischen Finanzdepartements

Finanzstatistik der Schweiz 2016

Jahresbericht

Redaktion Eidgenössische Finanzverwaltung, EFV
Inhalt Adrian Brülhart, EFV; Sektion Finanzstatistik, EFV
Herausgeber Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV)

Neuchâtel 2018

Herausgeber: Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV)
Auskunft: finstat@efv.admin.ch, Tel. 058 462 15 44
Redaktion: Eidgenössische Finanzverwaltung, EFV
Inhalt: Adrian Brülhart, EFV; Sektion Finanzstatistik, EFV
Reihe: Statistik der Schweiz
Themenbereich: 18 Öffentliche Verwaltung und Finanzen
Originaltext: Deutsch
Layout: Sektion Finanzstatistik, EFV
Sektion DIAM, Prepress/Print, BFS
Titelseite: Sektion DIAM, Prepress/Print
Druck: in der Schweiz/Cavelti AG, Gossau
Copyright: BFS, Neuchâtel 2018
Wiedergabe unter Angabe der Quelle
für nichtkommerzielle Nutzung gestattet
Bestellungen Print: Bundesamt für Statistik, CH-2010 Neuchâtel,
Tel. 058 463 60 60, Fax 058 463 60 61, order@bfs.admin.ch
Preis: Fr. 19.– (exkl. MWST)
Download: www.statistik.ch (gratis)
BFS-Nummer: 114-1601
ISBN: 978-3-303-18141-6



Die Kennziffern zu den schweizerischen Staatsfinanzen (Bund, Kantone, Gemeinden und öffentliche Sozialversicherungen) gehören im internationalen Vergleich weiterhin zu den niedrigsten und stellen einen wichtigen Standortvorteil dar.

Die Fiskalquote, welche die gesamten Fiskaleinnahmen (Steuern und Sozialversicherungsabgaben) im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandprodukt (BIP) misst, wächst von 27,6 % im Jahr 2015 auf 27,8 % im Jahr 2016. Das Wachstum kommt zustande, weil die Fiskalerträge der Kantone (mit +2,7 %) und Gemeinden (mit +3,4 %) deutlich kräftiger steigen als das nominale BIP (+0,9 %). Die Fiskalquote der Kantone erhöht sich deshalb von 6,8 % auf 7,0 % und jene der Gemeinden von 4,2 % auf 4,3 %. Leicht rückläufig dagegen ist die Fiskalquote des Bundes, sie nimmt um 0,1 Prozentpunkte auf 9,8 % im Jahr 2016 ab. Ferner bleibt die Sozialversicherungsabgabe gegenüber 2015 unverändert (6,7 % des BIP).

Die Staatsquote der öffentlichen Haushalte ihrerseits ist 2016 weiterhin eine der niedrigsten im OECD-Raum, sie steigt im Vorjahresvergleich von 32,8 % auf 33,0 % des BIP, was daran liegt, dass sich die Ausgaben der Teilsektoren Bund und Sozialversicherungen erhöht haben. Die Zunahme der Bundesausgaben zeigt sich hauptsächlich in den Aufgabengebieten «Wirtschaftliche Angelegenheiten» (+642 Mio.), «Soziale Sicherheit» (+493 Mio.) sowie «Verteidigung» (+226 Mio.). Der starke Zuwachs in den wirtschaftlichen Angelegenheiten ist zu einem grossen Teil durch den Verkehr (Einführung des Bahninfrastrukturfonds) bedingt. Höhere Ausgaben für die Migration, die Krankenversicherung und die Altersversicherung sind Hauptgründe für das Ausgabenwachstum in der sozialen Sicherheit beim Bund, dies gilt auch bei den Kantonen. Bei den Kantonen steigen zusätzlich auch die Ausgaben im Gesundheitsbereich (insbesondere für Spitaldienste).

Die nach internationalen Standards ermittelte konsolidierte Finanzierungsrechnung der öffentlichen Haushalte schliesst wie im Vorjahr mit einem Plus, doch fällt der Überschuss im Jahr 2016 um 1,7 Milliarden geringer aus. Die Defizit-/Überschussquote sinkt somit von +0,6 % auf +0,4 % des nominalen BIP, was primär mit den verminderten Finanzierungssaldi der beiden Teilsektoren «Bund» und «Sozialversicherungen» zusammenhängt. Gegenüber 2015 geht der Finanzierungssaldo des Bundes bei einem stabilen Ertrag um 1,6 Milliarden zurück. Bei den Sozialversicherungen beträgt der Saldorückgang 0,9 Milliarden, was vor allem durch höhere Sozialleistungsausgaben bedingt ist. Gegenüber 2015 fällt die Überschussquote 2016 der Sozialversicherungen von +0,3 % auf +0,1 % des BIP. Die Gemeinden weisen ferner zum achten Mal in Folge einen negativen Finanzierungssaldo aus, während die Kantone ihre Finanzierungsrechnung mit einem positiven Ergebnis abschliessen. Gegenüber dem Vorjahr verbessert sich der Finanzierungssaldo der Kantone um rund eine halbe Milliarde.

Die Maastricht-Schuld der öffentlichen Haushalte geht im Jahr 2016 um 4,9 auf 191,5 Milliarden zurück, damit setzt sich der Trend zum Schuldenabbau fort. Die Schuldenquote der öffentlichen Haushalte sinkt 2016 um einen Prozentpunkt auf 29,0 % des BIP und liegt weiterhin markant unter der für den Euroraum wichtigen 60 Prozent-Marke. Die Schulden des Bundes nehmen von 98,2 Milliarden auf 92,7 Milliarden ab. Der Schuldenrückgang, der sich in erster Linie bei den Schuldtiteln zeigt, ist hauptsächlich auf die Rückzahlung von Eidgenössischen Anleihen zurückzuführen. Die Schuldenquote des Bundes erfährt dadurch insgesamt eine Minderung um einen Prozentpunkt. Die Schuldenquoten der Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungen bleiben währenddessen praktisch unverändert.

Wichtige Grössen im GFS-Modell

Mio. CHF		2012	2013	2014	2015	2016
Staat	Ertrag	203 941	208 762	210 864	219 115	220 177
	Ausgaben	201 547	211 501	212 257	214 896	217 703
	Finanzierungssaldo	2 394	-2 739	-1 392	4 219	2 474
	Fiskalquote	27,0	27,1	26,9	27,6	27,8
	Schuldenquote (Maastricht) ²	30,6	30,3	30,6	30,0	29,0
Bund ¹	Ertrag	65 814	67 965	67 292	71 726	71 571
	Ausgaben	64 737	67 039	67 294	69 138	70 600
	Finanzierungssaldo	1 077	926	-1	2 588	971
	Fiskalquote	9,5	9,6	9,4	9,9	9,8
	Schuldenquote (Maastricht) ²	16,8	16,4	15,8	15,0	14,0
Kantone	Ertrag	82 728	84 303	85 762	89 190	90 320
	Ausgaben	83 576	88 657	87 724	88 803	89 426
	Finanzierungssaldo	-848	-4 353	-1 962	387	894
	Fiskalquote	6,7	6,7	6,7	6,8	7,0
	Schuldenquote (Maastricht) ²	7,3	7,5	8,3	8,4	8,4
Gemeinden	Ertrag	43 493	44 041	45 093	46 221	47 026
	Ausgaben	44 238	45 407	46 714	46 631	47 160
	Finanzierungssaldo	-745	-1 367	-1 621	-410	-133
	Fiskalquote	4,1	4,1	4,1	4,2	4,3
	Schuldenquote (Maastricht) ²	6,5	6,6	6,7	6,8	6,7
Sozialversicherungen	Ertrag	59 141	60 185	61 426	61 836	62 351
	Ausgaben	56 230	58 131	59 233	60 181	61 609
	Finanzierungssaldo	2 911	2 055	2 192	1 654	742
	Fiskalquote	6,7	6,7	6,6	6,7	6,7
	Schuldenquote (Maastricht) ²	1,0	0,7	0,6	0,4	0,4

1 inkl. Sonderrechnungen

2 gemäss Maastricht-Defintion

	Seite	
1	Umfang der Finanzstatistik 2016	17
2	Das FS-Modell	25
21	Staat	25
22	Bund	32
23	Kantonale Verteilung von Bundesgeldern	42
24	Kantone	48
25	Gemeinden	59
26	Sozialversicherungen	67
27	Finanzkennzahlen und Indikatoren	74
3	Analyse	79
31	Schuldenabbau dank Wirtschaftswachstum und Fiskalregeln	79
32	Deutliches Gefälle innerhalb der Schweiz	81
4	Das GFS-Modell	85
41	Staat	85
42	Bund	88
43	Kantone	91
44	Gemeinden	94
45	Sozialversicherungen	97
46	Kennzahlen	100
5	Methodische Grundlagen	103
51	Änderungen und Revisionen	103
52	Internationale Standards der Finanzstatistik und der Rechnungslegung	106
53	Modelle	107
54	Sektorisierung	113
55	Konsolidierung	117
6	Glossar	119

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Entwicklung des Finanzierungsergebnisses im FS-Modell	26
Abbildung 2:	Ausgaben nach Funktionen – Staat, 2016	27
Abbildung 3:	Ausgaben nach Funktionen – Bund, 2016	34
Abbildung 4:	Ausgaben nach Funktionen – Kantone, 2016	50
Abbildung 5:	Ausgaben nach Funktionen – Gemeinden, 2016	60
Abbildung 6:	Ausgaben nach Funktionen – Sozialversicherungen, 2016	69
Abbildung 7:	Steuerliche Ausschöpfung 2018 des Ressourcenpotenzials nach Kantonen	78
Abbildung 8:	Entwicklung der Bruttoschulden im FS-Modell	80
Abbildung 9:	Gesamtverschuldung nach Regionen	81
Abbildung 10:	Schulden der Genferseeregion	82
Abbildung 11:	Schulden der Region Ostschweiz	83
Abbildung 12:	Ausgaben nach Funktionen – Staat, 2016	87
Abbildung 13:	Ausgaben nach Funktionen – Bund, 2016	90
Abbildung 14:	Ausgaben nach Funktionen – Kantone, 2016	93
Abbildung 15:	Ausgaben nach Funktionen – Gemeinden, 2016	96
Abbildung 16:	Ausgaben nach Funktionen – Sozialversicherungen, 2016	99
Abbildung 17:	Entwicklung der Fiskalquote und Staatsquote im GFS-Modell	102
Abbildung 18:	Entwicklung der Fremdkapitalquote und Maastricht-Schuldenquote	102
Abbildung 19:	Klassifikation gemäss GFSM 2014	110
Abbildung 20:	Modellaufbau des GFS-Modells	111
Abbildung 21:	Nettozugang an Vermögensgütern	112
Abbildung 22:	Staatsausgaben	112
Abbildung 23:	Institutionelle Sektoren	113
Abbildung 24:	Teilsektoren des Sektors Staat	114
Abbildung 25:	Entscheidungsschema für die Zuordnung zum Sektor Staat	115
Abbildung 26:	Konsolidierungsregeln der Finanzstatistik	117

Tabellenverzeichnis FS-Modell

Rechnungsabschlüsse – Staat	28
Erfolgsrechnung – Staat	28
Finanzierungsrechnung – Staat	29
Bilanz – Staat	30
Ausgaben nach Funktionen – Staat	31
Rechnungsabschlüsse – Bund	35
Erfolgsrechnung – Bund	35
Finanzierungsrechnung – Bund	36
Bilanz – Bund	37
Ausgaben nach Funktionen – Bund	37
Fiskalertrag – Bund	38
Schulden – Bund	39
Transfers nach Sachgruppen – Bund an Sozialversicherungen	39
Transfers nach Funktionen – Bund an Sozialversicherungen	39
Transfers nach Sachgruppen – Bund an Kantone	40
Transfers nach Funktionen – Bund an Kantone	40
Transfers nach Sachgruppen – Bund an Gemeinden	41
Transfers nach Funktionen – Bund an Gemeinden	41
Einnahmen der Kantone aus Bundesquellen, 2016	44
Einnahmen der Kantone aus Bundesquellen 2016, pro Kopf	46
Rechnungsabschlüsse – Kantone	51
Erfolgsrechnung – Kantone	51
Finanzierungsrechnung – Kantone	52
Bilanz – Kantone	53
Ausgaben nach Funktionen – Kantone	54
Fiskalertrag – Kantone	54
Schulden – Kantone	55
Transfers nach Sachgruppen – zwischen den Kantonen	55
Transfers nach Funktionen – zwischen den Kantonen	55
Finanz- und Lastenausgleich – Kantone	56
Transfers nach Sachgruppen – Kantone an Gemeinden	56
Transfers nach Funktionen – Kantone an Gemeinden	57
Erfolgs- und Finanzierungsrechnung, Kantone – 2016	57
Bilanz, Kantone – 2016	58
Rechnungsabschlüsse – Gemeinden	61
Erfolgsrechnung – Gemeinden	61
Finanzierungsrechnung – Gemeinden	62
Bilanz – Gemeinden	63
Ausgaben nach Funktionen – Gemeinden	64
Fiskalertrag – Gemeinden	64
Schulden – Gemeinden	64
Erfolgs- und Finanzierungsrechnung, Städte und Kantonshauptorte – 2016	65
Bilanz, Städte und Kantonshauptorte – 2016	66
Rechnungsabschlüsse – Sozialversicherungen	70
Erfolgsrechnung – Sozialversicherungen	70
Finanzierungsrechnung – Sozialversicherungen	71
Bilanz – Sozialversicherungen	72

	Seite
Ausgaben nach Funktionen – Sozialversicherungen	73
Erfolgs- und Finanzierungsrechnung, Sozialversicherungen – 2016	73
Bilanz, Sozialversicherungen – 2016	73
Finanzkennzahlen – Staat	76
Finanzkennzahlen – Bund	76
Finanzkennzahlen – Kantone	76
Finanzkennzahlen – Gemeinden	76
Finanzkennzahlen – Sozialversicherungen	76
Steuerliche Ausschöpfung des Ressourcenpotenzials nach Kantonen	77

Tabellenverzeichnis GFS-Modell

Erfolgs- und Finanzierungsrechnung – Sektor Staat	86
Vermögensrechnung – Sektor Staat	86
Ausgaben nach Funktionen – Sektor Staat	86
Erfolgs- und Finanzierungsrechnung – Bund	89
Vermögensrechnung – Bund	89
Ausgaben nach Funktionen – Bund	89
Erfolgs- und Finanzierungsrechnung – Kantone	92
Vermögensrechnung – Kantone	92
Ausgaben nach Funktionen – Kantone	92
Erfolgs- und Finanzierungsrechnung – Gemeinden	95
Vermögensrechnung – Gemeinden	95
Ausgaben nach Funktionen – Gemeinden	95
Erfolgs- und Finanzierungsrechnung – Sozialversicherungen	98
Vermögensrechnung – Sozialversicherungen	98
Ausgaben nach Funktionen – Sozialversicherungen	99
Kennzahlen im GFS-Modell	101
Finanzkennzahlen	108

Abkürzungen

AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
ALV	Arbeitslosenversicherung
BIP	Bruttoinlandprodukt
COFOG	Classification of Outlays by Function of Government
EO	Erwerbsersatzordnung
ESVG 2010	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (2010)
EUROSTAT	Statistisches Amt der Europäischen Union
FL	Familienzulagen in der Landwirtschaft
FS	Finanzstatistik in Anlehnung an das HRM2
GFS	Finanzstatistik in Anlehnung an das GFSM 2014
GFSM 2014	Government Finance Statistics Manual 2014 des Internationalen Währungsfonds
IPSAS	International Public Sector Accounting Standards
ISCED	International Standard Classification of Education
IV	Invalidenversicherung
IWF	Internationaler Währungsfonds
HRM2	Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden
NFA	Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantone
NRM	Neues Rechnungslegungsmodell des Bundes
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
SNA	System of National Accounts
SNB	Schweizerische Nationalbank

Erhebungsgegenstand der Eidgenössischen Finanzstatistik sind die Rechnungsergebnisse des Sektors Staat, d.h. des Bundes, der Kantone (inkl. Konkordate), der Gemeinden (inkl. vorwiegend steuerfinanzierte Zweckverbände) und der Sozialversicherungen. Die Abgrenzung des Sektors Staat erfolgt nach dem auch für die Schweiz massgebenden Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Die Erhebungen beinhalten die Bilanzen sowie die Erfolgs- und Investitionsrechnungen der öffentlichen Haushalte (des Sektors Staat). Der Sektor Staat (S.13) umfasst gemäss dem ESVG 2010 die folgenden vier Wirtschaftsteilsektoren: «Bund» (S.1311), «Kantone» (S.1312), «Gemeinden» (S.1313) sowie «Sozialversicherungen» (S.1314).

Im Wirtschaftsteilsektor «Kantone» werden in der Schweiz nebst den 26 Kantonen auch Konkordate erfasst, vorausgesetzt sie erfüllen die Sektorisierungskriterien des ESVG 2010. Ein Konkordat ist ein Vertrag, der die Zusammenarbeit in bestimmten öffentlichen Aufgabenbereichen (z.B. in der Bildung) zwischen den Kantonen regelt. Dadurch werden in der föderalen Schweiz kantonale Zuständigkeiten harmonisiert, ohne dass es einer Bundesregelung bedarf. An einem Konkordat können sich ein paar wenige oder alle Kantone beteiligen. Die Konkordate insgesamt werden in der Finanzstatistik seit 2008 gesondert ausgewiesen, davor wurden diese anteilmässig auf die einzelnen daran beteiligten Kantone verteilt. Im Wirtschaftsteilsektor «Gemeinden» werden nebst den politischen Gemeinden auch die von ihnen kontrollierten und hauptsächlich steuerfinanzierten institutionellen Einheiten (Schulgemeinden, Zweckverbände, Körperschaften, Anstalten und Fonds) erfasst.

Gegenüber den letztjährigen Berichten hat die Finanzstatistik den Erhebungsumfang deutlich erweitert. Hat sie in den letzten Jahren rund 40 % aller politischen Gemeinden erhoben, so sind es mit dem Rechnungsjahr 2016 erstmals rund 64 %. Dies entspricht einem Anteil an der Wohnbevölkerung von knapp 83 %. Bei den 1470 erfassten politischen Gemeinden handelt es sich um Kantonshauptorte, Städte des Städteverbandes und sämtliche *Gemeinden* der Kantone *Aargau, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Bern, Genf, Glarus, Luzern, Neuenburg, Nidwalden, Obwalden, Schaffhausen, Schwyz, Uri, Zug* und *Zürich*. Für die Gemeinden der anderen Kantone erfolgt die Erhebung auf Stichprobenbasis. Zur Überprüfung und Verbesserung des Stichprobenkonzepts hat die Finanzstatistik in der Vergangenheit Vollerhebungen durchgeführt. Im Vergleich zum letztjährigen Bericht ist ferner der Umfang der Städte und Kantonshauptorte gleich geblieben, weil per Ende 2016 in der Statistik der ständigen Wohnbevölkerung des Bundesamts für Statistik (BFS) keine neue Gemeinde hinzugekommen ist, die mehr als 20 000 Einwohner zählte. Den Umfang der Städte und Kantonshauptorte hat die Eidg. Finanzstatistik letztmals im Jahr 2015 mit der Gemeinde *Nyon* des Kantons *Vaud* erweitert. Nachfolgende Tabelle zeigt, welche institutionellen Einheiten zu den Staatsrechnungen zugebucht bzw. ausgebucht werden. Dies hat zur Folge, dass die Auswertungen der Finanzstatistik nicht notwendigerweise mit den jeweils publizierten Rechnungen der einzelnen öffentlichen Haushalte übereinstimmen.

Haushalt	Zugebuchte Verwaltungseinheiten	erhoben
Bund		
	– Bahninfrastrukturfonds (BIF)	ab 2016
	– Bereich der Eidg. Technischen Hochschulen	ab 2000, davor in der Staatsrechnung
	– Eidg. Alkoholverwaltung	2007–2017, davor in der Staatsrechnung
	– Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung	ab 2007
	– Eidg. Institut für Metrologie (METAS)	ab 2013, davor in der Staatsrechnung
	– Fonds für Eisenbahngrossprojekte	1998–2015, abgelöst durch BIF
	– Immobilienstiftung für internationale Organisationen (FIPOI)	ab 2007
	– Infrastrukturfonds	2008–2017
	– Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV)	2009–2017
	– Pro Helvetia	ab 2007
	– Schweizerischer Nationalfonds	ab 2007
	– Schweizerischer Nationalmuseum	ab 2010, davor in der Staatsrechnung
	– Schweiz Tourismus	ab 2007

Haushalt	Zugebuchte Verwaltungseinheiten	Ausgebuchte Verwaltungseinheiten
Kantone		
ZH Zürich	–	– Legate/Stiftungen – Psychiatrische Kliniken – Spitäler – Verkehrsbetriebe
BE Bern	– Drittmittel der Universität – Lotterie-Fonds – Regionale Arbeitsvermittlung RAV – Sport-Toto-Fonds – Universität – Fachhochschule (inkl. Drittmittel) – Pädagogische Hochschule (inkl. Drittmittel)	– Kirchenwesen – Psychiatrische Kliniken
LU Luzern	– LUSTAT Statistik, Luzern – Pädagogische Hochschule – RAV Regionale Arbeitsvermittlung – Universität	–
UR Uri	–	– Arbeitslosenkasse
SZ Schwyz	– Lotterie- und Sport-Toto-Fonds – Pädagogische Hochschule	– Arbeitslosenkasse
OW Obwalden	–	–
NW Nidwalden	–	– Kirchenwesen
GL Glarus	– Heimatschutzfonds – Lotterie-Fonds – Sport-Toto-Fonds	– Kantonale Arbeitslosenkasse – Kantonale Ausgleichskasse – Kantonsspital
ZG Zug	– Lotterie-Fonds – Regionale Arbeitsvermittlung RAV – Separatfonds – Sport-Toto-Fonds – Pädagogische Hochschule	– Ambulante Psychiatrische Klinik – Arbeitslosenkasse – Rettungsdienst
FR Freiburg	– Drittmittel der Universität – Regionale Arbeitsvermittlung RAV – Strassenverkehrsamt	– Altersheim
SO Solothurn	– Lotterie-Fonds – Sport-Toto-Fonds	– Arbeitslosenkasse – Kirchenwesen
BS Basel-Stadt	– Universität	– Arbeitslosenkasse – Rettungsdienst
BL Basel-Landschaft	– Ausgleichsfonds – Fischhegefonds – Fonds Bau H2 – Infrastrukturfonds – Projektfonds – Schutzplatzfonds – Swisslos-Fonds – Swisslos-Sportfonds – Tierseuchenkasse – Wirtschaftsförderungsfonds – Wohnbauförderungsfonds	– Abfallanlage – Abwasseranlagen – Arbeitslosenkasse – Fernheizwerk
SH Schaffhausen	– Kantonaler Schutzraum- Ersatzabgabefonds (EAG-Fonds) – Lotteriegewinn-Fonds – Regionale Arbeitsvermittlung RAV – Sozialfonds – Sport-Toto-Fonds	–
AR Appenzell Ausserrhoden	– Kantonsschule Trogen – Regionale Arbeitsvermittlung RAV	–
AI Appenzell Innerrhoden	– Abfallrechnung – Gymnasium – Regionale Arbeitsvermittlung RAV – Strassenrechnung	– Altersheim Oberegg

Haushalt	Zugebuchte Verwaltungseinheiten	Ausgebuchte Verwaltungseinheiten
Kantone		
SG Sankt Gallen	<ul style="list-style-type: none"> – Pädagogische Hochschule St. Gallen – Rheinfonds – St. Gallische Kulturstiftung – Universität 	<ul style="list-style-type: none"> – Arbeitslosenkasse
GR Graubünden	<ul style="list-style-type: none"> – Bildungszentrum für Gesundheit und Soziales – Heimzentren – Hochschule für Technik und Wirtschaft – Pädagogische Hochschule 	<ul style="list-style-type: none"> – Verwaltungskosten für die Arbeitslosenkasse
AG Aargau	–	<ul style="list-style-type: none"> – Arbeitslosenkasse
TG Thurgau	<ul style="list-style-type: none"> – Regionale Arbeitsvermittlung RAV – Pädagogische Hochschule Thurgau PHTG 	–
TI Tessin	<ul style="list-style-type: none"> – ASP Pädagogische Hochschule – Drittmittel der Universität – Fachhochschule SUPSI – Quellensteuer (gemäss Steuerharmonisierungsgesetz Art. 35) – Università della Svizzera italiana USI 	<ul style="list-style-type: none"> – Psychiatrische Dienste
VD Waadt	<ul style="list-style-type: none"> – Drittmittel der Universität – Hochschule für Kunst und Design ECAL – Hochschule für Wirtschaft und Ingenieurwissenschaften HEIG – Hochschule für Gesundheit HESAV – Pädagogische Hochschule HEP – Loterie romande – Regionale Arbeitsvermittlung RAV – Sport-Toto – Universität 	<ul style="list-style-type: none"> – Kirchenwesen
VS Wallis	–	<ul style="list-style-type: none"> – Fachhochschule (unter Konkordate erfasst)
NE Neuenburg	<ul style="list-style-type: none"> – Drittmittel der Universität – Loterie romande – Strassenverkehrsamt SCAN – Universität 	–
GE Genf	<ul style="list-style-type: none"> – Établissements publics pour l'intégration EPI – Hautes écoles spécialisées HES – Hospice général – Loterie romande – Sport-Toto-Fonds – Universität 	–
JU Jura	<ul style="list-style-type: none"> – Loterie romande 	–

Haushalt	Zugebuchte Verwaltungseinheiten
Konkordate der Kantone	
Strassenverkehrsämter	<ul style="list-style-type: none"> - MfZ-Prüfstation beider Basel - Verkehrssicherheitszentrum OW/NW
Strafanstalt	<ul style="list-style-type: none"> - Bostadel - Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz
Mittelschulen	<ul style="list-style-type: none"> - Interstaatliche Maturitätsschule St. Gallen - Gymnase intercantonale de la Broye
Höhere Berufsbildung	<ul style="list-style-type: none"> - Polizeischule Hitzkirch - Bildungszentrum Wald Maienfeld
Universitäten	<ul style="list-style-type: none"> - Agentur für Akkreditierung und Qualitätssicherung der schweizerischen Hochschulen (AAQ) - Schweizerischer Akkreditierungsrat
Pädagogische Hochschulen	<ul style="list-style-type: none"> - PHS BE-JU-NE - Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik (HfH)
Fachhochschulen	<ul style="list-style-type: none"> - Westschweiz HES-SO - Ostschweiz FHO - Zentralschweiz FHZ - Nordwestschweiz FHNW - Haute école ARC
Gesundheitswesen	<ul style="list-style-type: none"> - Laboratorium der Urkantone UR, SZ, OW, NW - Interkantonales Labor der Kantone AR, AI, GL, SH
RAV	<ul style="list-style-type: none"> - Regionales Arbeitsvermittlungszentrum OW/NW
Nationalstrassen	<ul style="list-style-type: none"> - Nationalstrassen Nordwestschweiz (NSNW) BL, BS, AG, SO
Milchwirtschaftl. Kontrollstelle	<ul style="list-style-type: none"> - CASEi
Arbeitsmarktkommission	<ul style="list-style-type: none"> - Tripartite Arbeitsmarktkommission (TAK), Vollzugsstelle der Kantone UR, OW, NW und SZ

Haushalt	Zugebuchte Verwaltungseinheiten	Ausgebuchte Verwaltungseinheiten
Städte und Kantonshauptorte		
AG Aarau	– Berufsschule	– Altersheime
AG Wettingen	–	–
AI Appenzell	– Abfallbewirtschaftung – Feuerwehr – Bauverwaltung Inneres Land	–
AR Herisau		– Abwasserreinigungsanlage
BE Bern	–	– Altersheim – Sanitätspolizei
BE Biel	–	– Altersheim
BE Köniz	–	– Wasserwerk
BE Thun	–	–
BL Allschwil	–	–
BL Liestal	–	– Wasserwerk
BS Riehen	–	–
FR Bulle	–	– Foyers communaux
FR Freiburg	–	–
GE Carouge	–	–
GE Genf	–	–
GE Lancy	–	–
GE Meyrin	–	–
GE Vernier	–	–
GL Glarus	–	–
GR Chur	–	– Abwasserreinigungsanlage
JU Delsberg	–	– Elektrizitätsversorgung – Gasversorgung – Wasserwerk
LU Emmen	–	–
LU Kriens	–	– Pflegeheime
LU Luzern-Stadt	–	–
NE La Chaux-de-Fonds	–	– Altersheim – Ambulanz
NE Neuenburg	–	– Ambulanz
NW Stans	– Wasserversorgung	– Wohnhaus Mettweg
OW Sarnen	–	–
SO Solothurn	–	–
SH Schaffhausen	–	– Altersheime – Spitex
SG Rapperswil-Jona	–	– Abwasserreinigungsanlage
SG St. Gallen	–	– Abwasserreinigungsanlage – Deponie – Wohnheim für Betagte
SG Wil	–	– Abwasserreinigungsanlage
SZ Schwyz	–	– Alters- und Pflegeheim

Haushalt	Zugebuchte Verwaltungseinheiten	Ausgebuchte Verwaltungseinheiten
Städte und Kantonshauptorte		
TG Frauenfeld	– Heilpädagogisches Zentrum – Primarschule – Sekundarschule	–
TG Kreuzlingen	– Primarschule – Sekundarschule	–
TI Bellinzona	–	– Pflegeheim
TI Lugano	–	– Pflegeheim
UR Altdorf	–	–
VD Lausanne	–	– Antennenanlage – Elektrizität – Erdöl und Gas – Kirchenwesen – Sanitätsgruppe – Wasserwerk
VD Nyon	–	– Elektrizität – Erdöl und Gas – Kirchenwesen – Wasserwerk
VD Montreux	–	– Kirchenwesen
VD Yverdon-les-Bains	–	– Abwasserreinigungsanlage – Elektrizität – Erdöl und Gas – Kirchenwesen – Wasserwerk
VD Renens	–	– Kirchenwesen
VS Sitten	–	– Ambulanz
ZG Baar	–	–
ZG Zug	–	–
ZH Dietikon	–	– Altersheim
ZH Dübendorf	– Sekundarschule	– Altersheim – Kirchenwesen – Kranken- und Pflegeheim – Spitex
ZH Horgen	–	– Altersheim – ARA – Elektrizitätswerke – Fernwärme – Gasversorgung – Spitex – Wasserwerk
ZH Uster	– Sekundarschule	– ARA – Kranken- und Pflegeheim – Spitex
ZH Wädenswil	–	– Altersheim – ARA – Wasserwerk
ZH Wetzikon	– Oberstufengemeinde	– Altersheim – ARA – Elektrizitätswerke – Energieversorgung – Gasversorgung – Stadtwerke – Wasserwerk

Haushalt	Zugebuchte Verwaltungseinheiten	Ausgebuchte Verwaltungseinheiten
Städte und Kantonshauptorte		
ZH Winterthur	–	<ul style="list-style-type: none"> – ARA – Elektrizität – Erdöl und Gas – Kehrichtverbrennungsanlage – Kranken- und Pflegeheim – Nichtelektrische Energie – Sonstige gewerbliche Betriebe – Spitex – Verkehrsverbund – Wasserwerk
ZH Zürich	– Abfallbewirtschaftung	<ul style="list-style-type: none"> – Altersheim – ARA – Elektrizität – Kehrichtverbrennungsanlage – Kranken- und Pflegeheim – Nichtelektrische Energie – Spital – Verkehrsverbund – Wasserwerk

Sozialversicherungen

- Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)
- Invalidenversicherung (IV)
- Erwerbsersatzordnung (EO)
- Familienzulagen in der Landwirtschaft (FL)
- Arbeitslosenversicherung (ALV)
- Mutterschaftsversicherung in Genf

Die Eidgenössische Finanzstatistik hat zum Ziel, die Finanzen der öffentlichen Haushalte auf eine vergleichbare Grundlage zu stellen. Auf nationaler Ebene dient hierfür das FS-Modell, das auf dem harmonisierten Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2) basiert. Nachfolgend werden die Resultate für das Jahr 2016 auf nationaler Ebene präsentiert.

21 Staat

Die öffentlichen Haushalte weisen im Jahr 2016 einen soliden Finanzhaushalt auf. Seit 2006 erzielt der Sektor Staat jeweils einen ordentlichen Finanzierungsüberschuss von mehreren Milliarden Franken, einzig im Jahr 2014 fiel der ordentliche Überschuss (+0,7 Mrd.) etwas geringer aus. Im Jahr 2016 resultiert für den Sektor Stat ein ordentliches Finanzierungsergebnis von 3 Milliarden. Dank den Überschüssen und den günstigen Refinanzierungsmöglichkeiten sind die Bruttoschulden in Anlehnung an das HRM2 in den letzten Jahren rückläufig, im Vergleich zum Vorjahr konnten sie um 3,3 auf 212,5 Milliarden reduziert werden.

Bei Gesamteinnahmen von 215,7 Milliarden ergibt sich für den Sektor Staat in der konsolidierten *Finanzierungsrechnung* 2016 ein Gesamtüberschuss von 2,8 Milliarden. Im Vergleich zur Finanzierungsrechnung wird das Ergebnis der Erfolgsrechnung (+2,4 Mrd.) durch nicht finanzierungswirksame Positionen wie Abschreibungen und Wertberichtigungen sowie durch höhere ausserordentliche Aufwendungen belastet. Die ausserordentlichen Aufwendungen im Umfang von 2 Milliarden setzen sich hauptsächlich aus Beiträgen zur Sanierung der kantonalen und kommunalen Pensionskassen (826 Mio.), aus Einlagen in das Eigenkapital (942 Mio.), aus dem ausserordentlichen Finanzaufwand (92 Mio.) und aus zusätzlichen Abschreibungen zusammen. Der ausserordentliche Ertrag von rund 935 Millionen entsteht zum einen beim Bund aus erfolgswirksamen Aufwertungen im Zusammenhang mit dem Nachlassliquidationsverfahren der Swissair und aus Konzessionserträgen, welche im Rahmen der Auktion zur Neuvergabe von Mobilfunkfrequenzen im Jahr 2012 festgelegt wurden. Zum anderen sind es Eigenkapitalentnahmen bei den Kantonen und Gemeinden. Insgesamt ergibt sich für den Sektor Staat in der Erfolgsrechnung 2016 ein negatives *ausserordentliches Ergebnis* von 1 Milliarde.

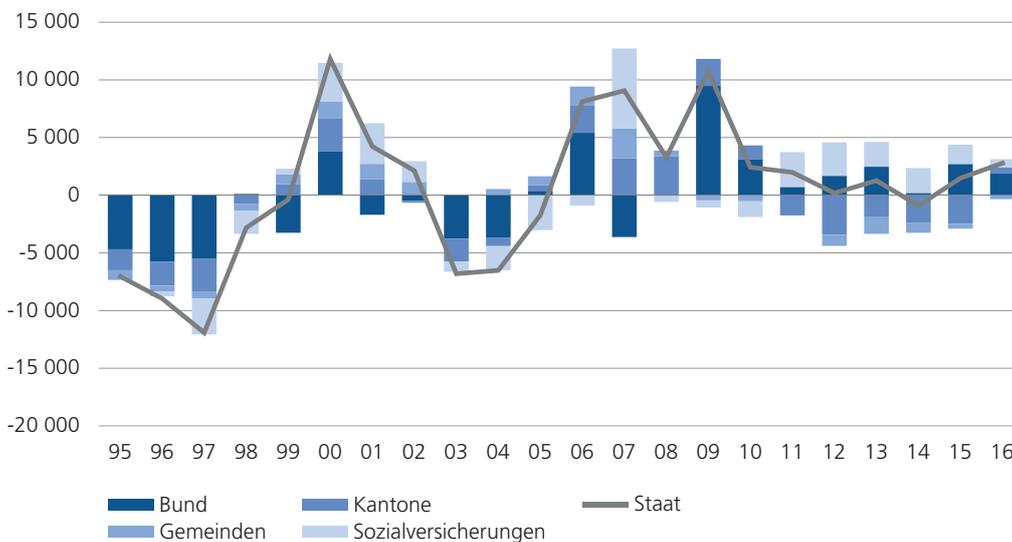
An dieser Stelle sei vermerkt, dass auf der Ebene der Kantone und Gemeinden noch nicht alle Haushalte zwischen ordentlichem und ausserordentlichem Ergebnis gemäss HRM2 unterscheiden. Damit das ordentliche Ergebnis nicht verzerrt wird, ist die Finanzstatistik bestrebt, ausserordentliche Geschäftsvorfälle so gut wie möglich als solche auszuweisen.

Für den Sektor Staat ergibt sich in der Erfolgsrechnung 2016 ein negatives *Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit* von 2,2 Milliarden. Der *betriebliche Ertrag* nimmt um 1 % zu, während der *betriebliche Aufwand* hauptsächlich im Transferbereich (insb.

Abschreibungen auf Investitionsbeiträge, Wertberichtigungen auf Darlehen und Beteiligungen sowie Beiträge an Gemeinwesen und Dritte) überdurchschnittlich wächst. Der Zuwachs beim *betrieblichen Aufwand* beträgt gegenüber dem Vorjahr 2,7 %.

Der Fiskalertrag, die grösste Ertragskomponente, hält im Jahr 2016 mit 183,2 Milliarden einen Anteil von 88,5 % am betrieblichen Ertrag. Gegenüber 2015 wächst er um 2 %, hauptsächlich bei den direkten Steuern natürlicher Personen (+1,2 Mrd.) und den direkten Steuern juristischer Personen (+1,6 Mrd.). Die Zusammensetzung des Fiskalertrags ändert sich im Jahr 2016 nicht wesentlich, die grössten Anteile daran sind: direkte Steuern natürlicher Personen (35,1 %), übrige Abgaben (25,1 %), Verbrauchssteuern (17,7 %) und direkte Steuern juristischer Personen (12,4 %). Die übrigen direkten Steuern, die im Jahr 2016 einen Anteil von 6,6 % aufweisen, erhöhen sich in erster Linie wegen den Vermögensgewinnsteuern. Der Ertrag aus den Vermögensgewinnsteuern nimmt um 153 Millionen auf 2,2 Milliarden zu. Bei den übrigen Abgaben steigen die Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber um 469 Millionen bzw. 1,1 %. Die Entgelte, auf die im Jahr 2016 8,7 % des betrieblichen Ertrags entfallen, gehen um 0,6 % zurück. Noch stärker vermindern sich die Erträge aus Regalien und Konzessionen, sie nehmen gegenüber 2015 um 1,1 auf 2,6 Milliarden ab. Der Grund dafür ist, dass der Bund und die Kantone von der SNB im Jahr 2016 wieder eine reguläre Gewinnausschüttung von einer Milliarde erhalten haben. Im Vorjahr fiel die Gewinnausschüttung aufgrund des hohen Gewinns der SNB im Jahr 2014 doppelt so hoch aus. Die Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen nehmen ferner gegenüber 2015 um einen Fünftel ab. Der Rückgang kommt dabei vor allem beim Teilssektor Bund, insbesondere beim Schweizerischen Nationalfonds (SNF), zustande.

Abbildung 1: Entwicklung des Finanzierungsergebnisses im FS-Modell in Mio. Franken



In den 1990er Jahren hat der Staat durchwegs Defizite ausgewiesen. Nach einem konjunkturbedingten Zwischenhoch (2000–2002) und einer anschliessenden Verschlechterung der Finanzlage hat ab 2006 eine Periode mit Überschüssen eingesetzt. 2016 resultiert für den Sektor Staat ein Gewinn von rund 2,8 Milliarden.

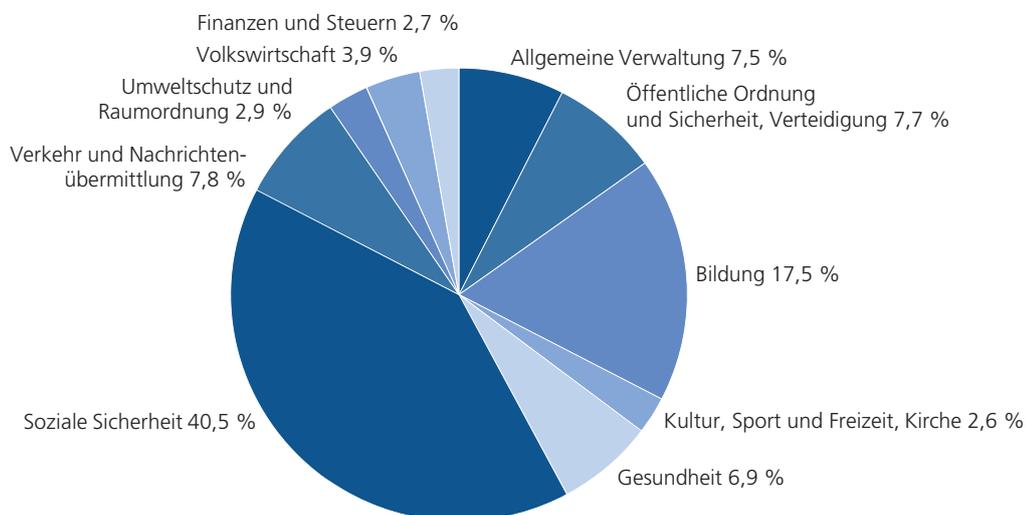
Im Vergleich zum Vorjahr nehmen die *Einnahmen* der Finanzierungsrechnung um 0,5 % zu, während die *Ausgaben* in etwa auf gleichem Niveau bleiben.

Die *Ausgaben*, verteilt nach Aufgabengebieten, ergeben folgendes Bild: Rund zwei Fünftel (bzw. 86,2 Mrd.) der Gesamtausgaben entfallen auf das Aufgabengebiet «soziale Sicherheit». In diesem Bereich hängen die Ausgabenveränderungen grundsätzlich mit der Entwicklung des Rentenbestandes und der Rentenanpassungen der einzelnen Sozialversicherungen zusammen. Gegenüber 2015 haben die öffentlichen Haushalte ihre Mittel für Leistungen und Ergänzungsleistungen der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) erhöht und Mehrausgaben zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie der Sozialhilfe und dem Asylwesen getätigt. Insgesamt machen die Funktionsgruppen «Alter und Hinterlassene», «Arbeitslosigkeit» und «Sozialhilfe und Asylwesen» 84,5 % der Mehrausgaben für «soziale Sicherheit» aus. Der zweitgrösste Ausgabenbereich ist die «Bildung». Rund drei Viertel von den im Jahr 2016 ausgegebenen 37,2 Milliarden kommen dabei den «obligatorischen Schulen» (44,6%), den «Hochschulen» (21,7%) und der «Forschung» (10%) zugute.

Im Jahr 2016 gibt der Staat am viertheilsten für das Aufgabengebiet «Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung» aus. Jene Ausgaben belaufen sich auf 16,3 Milliarden und nehmen im Vorjahresvergleich um 1,4 % zu. Hierbei handelt es sich primär um höhere Rüstungsausgaben. Die Beiträge zur Sanierung der kantonalen und kommunalen Pensionskassen belasten das Aufgabengebiet «Allgemeine Verwaltung» deutlich weniger als im Vorjahr, dessen Ausgaben sinken um 15 %. Die zweitgrösste Einbusse in Prozent und in absoluten Werten verzeichnet das Aufgabengebiet «Volkswirtschaft» (-5,6 %; -495 Mio.). Die Ausgabenminderung zeigt sich in der Funktionsgruppe «Banken und Versicherungen», was mit einmalig hohen Investitionsausgaben im Jahr 2015 zu tun hat. Damals hatte die Zürcher Kantonalbank 500 Millionen an zusätzlichem Dotationskapital vom Kanton Zürich bezogen.

Abbildung 2: Ausgaben nach Funktionen – Staat, 2016

Total Ausgaben: CHF 212 895 284 004



Die Ausgaben für die einzelnen Versicherungen im Aufgabenbereich «soziale Sicherheit» hängen mit der demografischen Entwicklung und den damit verbundenen Rentenbeständen zusammen.

Die Bilanzdaten der Gemeinden und des Gesamtstaates veröffentlicht die Finanzstatistik in ihrem FS-Modell erst ab 2008. Dies rührt daher, dass sie früher die Daten der Gemeinden nicht vollständig oder gar nicht erhoben hat. Die Bilanzsumme beläuft sich Ende 2016 auf 358,9 Milliarden, gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Anstieg um 3,3 Milliarden. Für die Zunahme 2016 mitverantwortlich ist wie in den Vorjahren die Umstellung auf das neue Rechnungslegungsmodell (HRM2). Diese führt zu Neubewertungen von Bilanzpositionen. Neben Wertveränderungen im Verwaltungsvermögen (meistens handelt es sich um Aufwertungen) kann es auch zu Neubewertungen im Finanzvermögen kommen. Diese Bilanzanpassungen führen somit zu einem höheren Eigenkapital.

Die Sachanlagen des Sektors Staat wachsen insgesamt um 2,5 Milliarden. Allein in den Gemeinden des Kantons Bern, welche 2016 auf HRM2 umgestellt haben, beträgt der Zuwachs 376 Millionen. Gegenüber 2015 verzeichnen das Verwaltungsvermögen als auch das Finanzvermögen des Gesamtstaates je einen Anstieg um 0,9%. Während beim Finanzvermögen vor allem die Forderungen (+1,3 Mrd.) und die Finanz- und Sachanlagen des Finanzvermögens (um je +2,5 Mrd.) stark zunehmen, vermindern sich insbesondere die flüssigen Mittel und kurzfristigen Geldanlagen (-3,5 Mrd.) deutlich. Insgesamt beträgt der Anstieg des Finanzvermögens 1,4 Milliarden.

Ende 2016 weist der Sektor Staat ein Fremdkapital von 282,5 Milliarden aus, davon sind rund drei Viertel Bruttoschulden. Die Bruttoschulden nehmen gegenüber dem Vorjahreswert um 1,5% ab, primär wegen den langfristigen Finanzverbindlichkeiten. Die langfristigen Finanzverbindlichkeiten gehen insgesamt um 7,4 Milliarden zurück, allein beim Bund bedingt durch die Rückzahlung von Eidg. Anleihen um 6,2 Milliarden. Im Gegensatz dazu weisen die laufenden Verbindlichkeiten (+1,8 Mrd.) und kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten (+2,3 Mrd.) des Sektors Staat Ende 2016 einen höheren Bestand aus. Die anderen Komponenten des Fremdkapitals verändern sich ferner wie folgt: Die kurzfristigen Rückstellungen in der Höhe von 2,3 Milliarden sind stabil, während die langfristigen Rückstellungen um 1,3 auf 26,5 Milliarden ansteigen. Die zweckgebundenen Mittel/Fonds im Fremdkapital hingegen verzeichnen einen Rückgang (-1,3 Mrd.), dieser kommt vor allem auf der Gemeindeebene zustande. Zurückgegangen sind ebenso die passiven Rechnungsabgrenzungen, sie belaufen sich Ende 2016 auf 21 Milliarden, dies sind -3,5% gegenüber dem Vorjahreswert.

Rechnungsabschlüsse – Staat

Mio. CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Erfolgsrechnung					
Ertrag	203 761	206 816	209 591	215 130	217 823
Aufwand	199 306	205 327	207 113	213 618	215 388
Erfolg	4 455	1 489	2 479	1 511	2 436
Finanzierungsrechnung					
Einnahmen	200 761	205 955	206 543	214 523	215 678
Ausgaben	200 579	204 690	207 449	213 043	212 895
Finanzierungsergebnis	182	1 266	- 906	1 480	2 783
Bilanz					
Finanzvermögen	149 827	153 662	159 580	162 414	163 855
Verwaltungsvermögen	171 338	177 253	189 758	193 229	195 038
Fremdkapital	277 349	278 600	282 713	286 550	282 492
Eigenkapital	43 817	52 315	66 625	69 093	76 401
Bilanzsumme	321 165	330 915	349 338	355 643	358 893

Erfolgsrechnung – Staat

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Betrieblicher Aufwand	191 009 061	198 317 014	199 628 967	203 561 439	209 119 993
Personalaufwand	47 651 684	48 573 480	49 463 778	50 204 914	50 884 156
Sach- und übriger Betriebsaufwand	23 621 115	25 102 276	24 552 004	24 621 990	25 317 848
Rüstungsaufwand	1 086 710	1 059 672	882 277	953 322	1 113 825
Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen	10 235 311	10 335 343	10 379 157	10 398 165	10 367 761
Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	1 984 415	2 443 906	1 798 694	2 017 422	2 005 691
Transferaufwand	106 429 826	110 802 336	112 553 057	115 365 626	119 430 713
Betrieblicher Ertrag	191 086 800	195 429 928	197 601 762	204 865 122	206 926 785
Fiskalertrag	167 873 808	171 780 692	174 440 286	179 651 471	183 212 810
Regalien und Konzessionen	2 750 369	2 566 075	1 604 034	3 655 783	2 565 595
Entgelte	17 297 695	18 017 476	18 440 201	18 201 743	18 089 200
Verschiedene Erträge	640 854	636 543	838 962	917 917	942 335
Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	1 886 335	1 717 549	1 604 585	1 678 192	1 341 964
Transferertrag	637 740	711 592	673 695	760 016	774 883
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	77 739	-2 887 086	-2 027 204	1 303 683	-2 193 207
Finanzaufwand	5 763 396	5 063 530	4 828 904	5 468 652	4 309 292
Finanzertrag	11 405 338	9 778 231	11 027 910	8 832 601	9 961 698
Finanzergebnis	5 641 941	4 714 701	6 199 006	3 363 948	5 652 406
Ordentliches Ergebnis	5 719 680	1 827 615	4 171 801	4 667 631	3 459 198
Ausserordentlicher Aufwand	2 533 332	1 946 632	2 654 884	4 588 203	1 958 447
Ausserordentlicher Ertrag	1 268 678	1 607 566	961 795	1 432 065	934 782
Ausserordentliches Ergebnis	-1 264 653	-339 066	-1 693 089	-3 156 138	-1 023 665
Erfolg	4 455 027	1 488 548	2 478 712	1 511 493	2 435 533

Finanzierungsrechnung – Staat

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Betriebliche Ausgaben	173 689 319	178 642 086	181 525 354	185 292 642	189 239 930
Personalausgaben	47 661 767	48 555 803	49 425 348	50 221 990	50 822 855
Sach- und übrige Betriebsausgaben	23 458 133	24 288 005	24 122 002	24 390 821	25 029 132
Rüstungsausgaben	1 086 710	1 057 590	883 850	953 830	1 113 825
Transferausgaben	101 482 709	104 740 688	107 094 154	109 726 000	112 274 119
Betriebliche Einnahmen	189 475 926	194 114 275	195 828 592	203 578 233	204 936 223
Fiskaleinnahmen	168 373 808	172 280 692	174 449 117	180 153 761	182 727 933
Regalien und Konzessionen	2 693 659	2 643 435	1 669 941	3 705 659	2 596 306
Entgelte	17 294 536	18 023 830	18 437 361	18 192 672	18 097 105
Verschiedene Einnahmen	559 467	539 984	687 747	866 396	843 700
Transfereinnahmen	554 456	626 334	584 426	659 744	671 179
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	15 786 608	15 472 189	14 303 238	18 285 591	15 696 293
Finanzausgaben	4 755 739	4 765 955	4 400 972	3 765 308	3 051 938
Finanzeinnahmen	8 249 850	8 295 074	7 992 771	8 154 831	8 035 492
Finanzergebnis	3 494 111	3 529 119	3 591 799	4 389 523	4 983 554
Investitionsausgaben	19 739 603	19 713 860	19 507 826	20 499 023	19 774 620
Sachanlagen	12 174 266	12 156 602	12 235 952	12 508 108	12 099 179
Investitionen auf Rechnung Dritter	8 516	18 882	9 337	6 226	7 725
Investitionen, immaterielle Anlagen	274 555	267 183	355 012	316 434	287 163
Darlehen und Beteiligungen n.a.g.	537 654	240 255	85 998	78 116	114 101
Darlehen	1 642 694	1 832 056	1 760 111	1 938 869	2 090 802
Beteiligungen und Grundkapitalien	568 672	339 949	279 127	900 952	451 379
Investitionsbeiträge	4 533 246	4 858 933	4 782 289	4 750 317	4 724 270
Investitionseinnahmen	2 295 182	2 231 623	2 306 702	2 177 868	2 084 959
Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen	323 378	488 594	177 728	402 812	258 825
Rückerstattungen	372 246	163 034	179 960	227 263	190 936
Abgang immaterielle Sachanlagen	484	181	510	436	10 637
Rückzahlung von Darlehen und Beteiligungen n.a.g.	167 355	120 365	83 252	73 794	104 323
Rückzahlung von Darlehen	388 168	511 056	868 377	486 607	587 527
Übertragung von Beteiligungen	5 224	5 432	5 655	6 216	38 773
Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	28 256	17 239	15 185	21 256	14 020
Investitionsbeiträge	1 010 071	925 721	976 034	959 485	879 916
Nettoinvestitionen	-17 444 420	-17 482 237	-17 201 124	-18 321 155	-17 689 662
Ordentliches Ergebnis	1 836 298	1 519 071	693 914	4 353 959	2 990 185
Ausserordentliche Ausgaben	2 394 021	1 567 763	2 014 956	3 486 000	828 796
Ausserordentliche Ausgaben	2 394 021	1 567 709	2 014 928	3 485 965	828 754
Ausserordentliche Investitionsausgaben		54	28	35	42
Ausserordentliche Einnahmen	739 902	1 314 234	414 689	612 275	621 523
Ausserordentliche Einnahmen	739 873	67 084	344 775	476 695	368 139
Ausserordentliche Investitionseinnahmen	29	1 247 150	69 914	135 580	253 384
Ausserordentliches Ergebnis	-1 654 119	- 253 528	-1 600 267	-2 873 724	- 207 273
Finanzierungsergebnis	182 179	1 265 543	- 906 353	1 480 235	2 782 912

Bilanz – Staat

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Aktiven	321 165 316	330 914 944	349 337 852	355 642 920	358 893 274
Finanzvermögen	149 826 929	153 662 012	159 580 299	162 414 224	163 854 997
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	32 100 614	31 205 939	29 265 860	31 493 178	27 949 832
Forderungen	44 262 956	44 355 277	43 193 426	42 468 083	43 765 882
Kurzfristige Finanzanlagen	5 577 404	6 723 634	6 438 558	5 052 012	4 397 757
Aktive Rechnungsabgrenzungen	8 361 981	9 307 466	12 769 607	13 572 383	13 043 149
Vorräte und angefangene Arbeiten	320 161	330 211	347 627	367 467	387 321
Finanzanlagen	36 369 039	38 074 515	43 742 278	44 328 104	46 786 339
Sachanlagen, FV	20 320 964	21 173 133	22 866 502	24 194 726	26 704 101
Forderungen gegenüber Spezialfinanzierungen und Fonds im Fremdkapital	2 513 810	2 491 838	956 441	938 272	820 618
Verwaltungsvermögen	171 338 387	177 252 932	189 757 554	193 228 696	195 038 277
Sachanlagen, VV	121 522 645	126 023 344	138 596 569	141 802 177	144 314 568
Vorräte, VV	385 913	397 678	308 284	222 771	236 052
Immaterielle Anlagen	533 079	540 424	811 510	813 038	854 681
Darlehen und Beteiligungen n.a.g.	13 394 805	10 665 473	4 805 256	4 822 277	4 636 275
Darlehen	6 324 329	7 186 979	8 341 614	8 139 010	7 698 167
Beteiligungen, Grundkapitalien	24 987 713	28 215 132	31 667 972	32 633 352	31 874 149
Investitionsbeiträge	6 971 223	7 344 885	8 402 931	8 265 343	8 658 066
Guthaben gegenüber öffentlichen Haushalten	0				
Kumulierte zusätzliche Abschreibungen	-2 781 320	-3 120 983	-3 176 581	-3 469 271	-3 233 681
Passiven	321 165 316	330 914 944	349 337 852	355 642 920	358 893 274
Fremdkapital	277 348 516	278 600 239	282 713 117	286 549 619	282 491 785
Laufende Verbindlichkeiten	39 293 983	38 767 219	39 102 803	39 767 126	41 582 552
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	27 054 083	26 125 120	26 559 062	20 850 862	23 148 998
Passive Rechnungsabgrenzungen	15 929 443	17 032 383	18 345 907	21 790 723	21 021 727
Kurzfristige Rückstellungen	4 564 664	1 618 777	2 707 213	2 257 823	2 270 695
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	148 720 273	151 809 840	156 533 246	158 299 693	150 880 709
Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Haushalten					
Langfristige Rückstellungen	21 709 859	22 682 546	21 824 580	25 171 173	26 462 222
Zweckgebundene Mittel/Fonds	20 076 210	20 564 353	17 640 306	18 412 219	17 124 882
Eigenkapital	43 816 801	52 314 705	66 624 735	69 093 302	76 401 490
Spezialfinanzierungen und Fonds und Eigenkapital	40 507 211	44 472 250	48 256 686	53 148 421	55 652 363
Rücklagen der Globalbudgetbereiche	373 889	353 709	383 897	406 187	472 417
Vorfinanzierungen	3 081 795	3 069 878	3 861 121	4 302 334	5 694 700
Aufwertungsreserve	2 930 079	5 456 915	12 315 313	10 998 036	9 465 918
Neubewertungsreserve Finanzvermögen	1 282 496	2 560 893	3 450 616	1 541 531	2 235 717
Übriges Eigenkapital	844 348	266 681	901 557	2 030 311	1 990 937
Bilanzüberschuss/-fehlbetrag	-5 939 994	-5 757 375	-4 438 872	-5 965 637	-1 476 976

Ausgaben nach Funktionen – Staat

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Total	200 578 681	204 689 664	207 449 107	213 042 972	212 895 284
Allgemeine Verwaltung	16 443 354	16 013 225	17 037 750	18 710 957	15 906 003
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	15 236 463	16 063 317	15 776 780	16 115 641	16 337 617
Bildung	34 558 389	35 238 830	35 947 067	36 814 451	37 200 419
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	5 118 846	5 194 208	5 330 849	5 420 207	5 621 990
Gesundheit	13 718 145	13 759 734	13 859 171	14 327 342	14 688 224
Soziale Sicherheit	77 884 233	80 527 999	82 107 618	83 762 587	86 202 250
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	16 800 651	16 878 214	16 598 163	16 880 504	16 670 278
Umweltschutz und Raumordnung	5 994 940	6 087 194	5 934 057	6 106 945	6 139 005
Volkswirtschaft	7 866 104	8 008 003	8 221 082	8 773 624	8 278 926
Finanzen und Steuern	6 957 556	6 918 940	6 636 569	6 130 714	5 850 572

22 Bund

Die Finanzlage 2016 des Bundes hat sich gegenüber dem Vorjahr verschlechtert.

Die Gesamteinnahmen des Bundes wachsen um 0,2 % bei einem nominellen Wirtschaftswachstum von 0,9 %. Da die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr deutlich kräftiger wachsen (+1,4 %) resultiert ein geringerer Finanzierungsüberschuss. Der Finanzierungsgewinn 2016 beträgt 1,9 Milliarden.

In der konsolidierten Erfolgsrechnung des Bundes ergibt sich im Jahr 2016 ein Überschuss von 248 Millionen. Durch den gestiegenen Aufwand reduziert sich der Gewinn im Vergleich zum Vorjahr um rund 2,5 Milliarden. Ausserordentliche Transaktionen kommen im Jahr 2016 nur ertragsseitig vor. Der ausserordentliche Ertrag von 300 Millionen ergibt sich aus Konzessionserträgen im Rahmen der Vergabe von Mobilfunklizenzen, aus Bussen der Wettbewerbskommission sowie aus Darlehensaufwertungen im Zusammenhang mit dem Nachlassliquidationsverfahren der Swissair. In der *Finanzierungsrechnung* sind zudem auch ausserordentliche Investitionseinnahmen von rund 165 Millionen verbucht, die ebenso aus dem Nachlassliquidationsverfahren stammen.

Der grosse Unterschied zwischen dem *Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit* der Finanzierungsrechnung und der Erfolgsrechnung hängt mit nicht finanzierungswirksamen Komponenten zusammen. So liegt im Jahr 2016 das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit der Finanzierungsrechnung um 8,2 Milliarden über jenem der Erfolgsrechnung (314 Mio.). Der betriebliche Aufwand (67,3 Mrd.) fällt bedingt durch Abschreibungen und Wertberichtigungen deutlich höher aus als die *betrieblichen Ausgaben* (58,3 Mrd.). Im Verhältnis dazu ist die Differenz von 750 Millionen zwischen den *betrieblichen Einnahmen* (66,8 Mrd.) und dem *betrieblichen Ertrag* (67,6 Mrd.) gering. Der *betriebliche Ertrag* wächst gegenüber 2015 um 0,5 Milliarden, was auf einen kräftigen Anstieg beim Fiskalertrag zurückzuführen ist. Der Fiskalertrag in der Grössenordnung von 64,4 Milliarden setzt sich aus direkten Steuern, Verbrauchssteuern, Abgaben und Zollerträgen zusammen. Im Vorjahresvergleich nehmen die Erträge aus den direkten Steuern natürlicher Personen um 2 % und jene aus den direkten Steuern juristischer Personen um 8,2 % zu. Der Ertrag aus den übrigen direkten Steuern erhöht sich überdies um 1,2 %. Bei übrigen direkten Steuern speziell nennenswert ist, dass die durch die Eidg. Finanzstatistik ausgewiesenen Erträge aus Verrechnungssteuern nicht mit jenen des Stammhauses Bund übereinstimmen. Grund dafür ist, dass der Bund seit 2013 die Zinsen und Bussen im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuer und der Stempelabgabe (beides Unterrubriken der Verbrauchssteuern) jeweils im zugrunde liegenden Fiskalertrag verbucht. Mit Hilfe von Zusatzinformationen der Eidg. Steuerverwaltung korrigiert die Eidg. Finanzstatistik diese Praxisänderung. Die Verbrauchssteuern, welche im Jahr 2016 rund die Hälfte des Fiskalertrags ausmachen, nehmen im Vorjahresvergleich um 1 % ab. Der Rückgang begründet sich hauptsächlich mit den tiefer ausgefallenen Erträgen aus der Stempelabgabe. Gegenüber 2015 gehen die Erträge aus der Stempelabgabe um 372 Millionen zurück, was wesentlich mit dem verminderten Volumen der besteuerten Börsengeschäfte zusammenhängt.

Wie im Vorjahr macht im Jahr 2016 der Transferaufwand rund drei Viertel am betrieblichen Aufwand des Bundes aus. Es folgen der Personalaufwand mit 11,6 % sowie der Sach- und übrige Betriebsaufwand mit 8 %. Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen, die viertgrösste Rubrik (3,7 %) des betrieblichen Aufwandes, belaufen sich 2016 auf knapp 2,5 Milliarden. Dabei fallen die Abschreibungen auf Sachanlagen und immateriellen Anlagen beim Bund primär bei den Verwaltungseinheiten mit grossen Investitionen (ASTRA, BBL und armasuisse Immobilien) an. Im Jahr 2016 machen die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen 27,7 % der Abweichung zwischen dem betrieblichen Aufwand und den betrieblichen Ausgaben aus. Der Hauptunterschied dieser beiden Grössen zeigt sich beim ordentlichen Transferaufwand (64,2 %), der um rund 5,8 Milliarden höher ist als die ordentlichen *Transferausgaben*. Hierbei handelt es sich primär um Wertberichtigungen auf Beteiligungen sowie auf den Investitionsbeiträgen. Die Wertberichtigungen auf Investitionsbeiträgen fallen insbesondere bei Verkehrsinfrastrukturen (u.a. durch den neu geschaffenen Bahninfrastrukturfonds) sowie im Rahmen des Gebäudeprogramms an.

Die wichtigsten Transferempfänger des Bundes sind die Sozialversicherungen und die Kantone. Die ordentlichen und ausserordentlichen *Transferausgaben* des Bundes *an die Sozialversicherungen* sind dem Aufgabengebiet «Soziale Sicherheit» zugewiesen. An jenen Bundestransfers machen die Einnahmenanteile einen Anteil von 23 % und die laufenden Beiträge einen Anteil von 77 % aus. Wachstumstreibend sind hauptsächlich die Leistungen des Bundes an die AHV. Dies rührt daher, dass der Bund 19,55 % der jährlichen AHV-Ausgaben trägt. Der Bundesbeitrag an die IV betrug bis 2013 37,7 % der IV-Jahresausgaben. Seit Januar 2014 ist der Bundesbeitrag an die Zunahme der Mehrwertsteuererträge gekoppelt, wobei mit einem Diskontfaktor zusätzlich die Entwicklung der Löhne und Preise berücksichtigt wird. Durch die Anbindung des Bundesbeitrags an die Mehrwertsteuer anstatt an die IV-Ausgaben wird erreicht, dass Sparanstrengungen der IV in vollem Umfang der Versicherung zugutekommen und sich nicht mehr teilweise in der Höhe des Bundesbeitrags niederschlagen. Die finanzierungswirksamen Beiträge und Einnahmenanteile des Bundes an die IV belaufen sich im Jahr 2016 auf 4,7 Milliarden. Im Vorjahresvergleich gehen sie um 2,9 % zurück.

Die *Transferausgaben* des Bundes *an die Kantone* beziffern sich im Jahr 2016 auf 21,3 Milliarden. Gegenüber dem Vorjahr resultiert ein Zuwachs um 363 Mio. respektive 1,7 %. Auf die grösste Transfererubrik entfällt 2016 ein Anteil von 46,4 %. Hierbei handelt es sich um die laufenden Beiträge wie allgemeine und ökologische Direktzahlungen an die Landwirtschaft, individuelle Prämienverbilligungen, Ergänzungsleistungen zur AHV und IV sowie

Förderbeiträge im Bildungsbereich. Gegenüber 2015 verzeichnen die ordentlichen Beiträge des Bundes an die Kantone und Konkordate einen Zuwachs um 160 Millionen. Ein Grossteil des Anstiegs kommt durch die individuelle Prämienverbilligung der Krankenversicherung zustande. Der Bundesbeitrag wird an die Kantone ausbezahlt, die den Betrag je nach Bedarf zusätzlich aufstocken und an die Versicherer überweisen. Ein noch kräftigeres Wachstum verzeichnen die Entschädigungen an Kantone und Konkordate (+259 Mio.). Hierbei handelt es sich in erster Linie um pauschale Abgeltungen der Kosten für den Vollzug, die den Kantonen im Rahmen der Sozialhilfe für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge entstehen.

Direkte *Transferausgaben* des Bundes an die Gemeinden sind im Allgemeinen gering. 2016 belaufen sich diese auf 1 Milliarde und nehmen im Vorjahresvergleich um 2 % ab. In diesem Fall handelt es sich um den Kulturbeitrag des Bundes an die Bundeshauptstadt, welche die Stadt für Kulturinstitutionen und kulturelle Projekte einsetzt. Die Details der Beitragsverwendung sind in einer Leistungsvereinbarung mit der Stadt Bern geregelt.

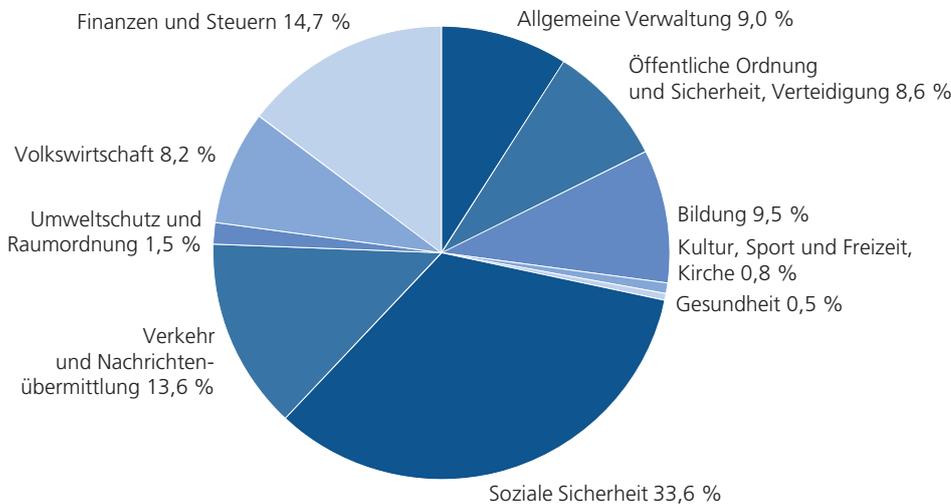
Eine weitere Komponente für den Unterschied zwischen der Erfolgs- und Finanzierungsrechnung ist die *Investitionsrechnung*, welche Bestandteil der Finanzierungsrechnung ist. Die *ordentlichen Investitionsausgaben* 2016 in der Grössenordnung von 8,2 Milliarden entfallen zur Hälfte auf Investitionsbeiträge, zu 28% auf Sachanlagen (v.a. Liegenschaften und Nationalstrassen) und zu einem Fünftel auf Darlehen. Die Investitionsausgaben wachsen mit 0,4% weniger stark als das nominelle BIP (+0,9%). Die Mehrinvestitionen ergeben sich hauptsächlich im Aufgabengebiet «Verkehr und Nachrichtenübermittlung». Ebenso bedingt durch die Einführung des Bahninfrastrukturfonds entsteht der kräftige Zuwachs an ordentlichen *Investitionseinnahmen* im Aufgabengebiet «Verkehr und Nachrichtenübermittlung». Netto hat der Bund im Jahr 2016 rund 7,4 Milliarden investiert.

Das *Finanzergebnis* beträgt in der Erfolgsrechnung -366 Millionen, während es in der Finanzierungsrechnung ein leichter Überschuss (293 Mio.) ist. Dies hängt einerseits damit zusammen, dass der Finanzertrag (1,5 Mrd.) bedingt durch hohe Aufwertungen auf dem Verwaltungsvermögen um rund 154 Millionen über den Finanzeinnahmen liegt, andererseits der Finanzaufwand (1,8 Mrd.) vorwiegend bei der Verzinsung der Finanzverbindlichkeiten sowie der Kapitalbeschaffung und -verwaltung höher als die Finanzausgaben (1 Mrd.) ausfällt. Im Vorjahresvergleich sinkt der Finanzaufwand um 14,6% und der Finanzertrag um 6,1%.

Die *Ausgaben* des Bundes nehmen im Jahr 2016 um 1,4% auf 67,5 Milliarden zu. Werden die Ausgabenanteile der einzelnen Aufgabengebiete an den Gesamtausgaben berechnet und mit jenen des Vorjahres verglichen, zeigt sich, dass die Schwerpunkte der Ausgabenpolitik 2016 gegenüber dem Vorjahr unverändert sind. Am meisten Mittel, rund ein Drittel der Bundesausgaben, gibt der Bund für die «Soziale Sicherheit» aus. Danach folgen die Bereiche «Finanzen und Steuern» sowie «Verkehr und Nachrichtenübermittlung». Die «Soziale Sicherheit» umfasst insbesondere die Beiträge an Sozialversicherungen (AHV, IV, ALV), die Beiträge an die Kantone für die individuellen Prämienverbilligungen und die Ergänzungsleistungen sowie die Ausgaben für die Migration. Diese Ausgaben in diesem Aufgabengebiet sind grösstenteils stark gebunden und können kurzfristig kaum beeinflusst werden. Im Jahr 2016 hat der Bund insgesamt 22,7 Milliarden für «Soziale Sicherheit» ausgegeben, dies entspricht einer Zunahme um 2,4% gegenüber dem Vorjahr. Die grössten Kostentreiber waren die Migration, Kranken- und Altersversicherung. Dies zeigt sich in den Funktionsgruppen «Sozialhilfe und Asylwesen» (+345 Mio.; +23,7%), «Krankheit und Unfall» (+176,3 Mio.; +6,6%) sowie «Alter und Hinterlassene» (+141,3 Mio.; +1,2%). Für das zweitgrösste Aufgabengebiet «Finanzen und Steuern» hat der Bund wie im Vorjahr 9,9 Milliarden ausgegeben. Die Finanzen und Steuern umfassen die Anteile der Kantone an Bundeseinnahmen (u.a. direkte Bundessteuer, Verrechnungssteuer, LSWA), die Ausgaben für die Geldbeschaffung und Schulden- und Vermögensverwaltung sowie den Finanzausgleich. Im Bereich «Verkehr und Nachrichtenübermittlung» verzeichnen die Bundesausgaben einen Anstieg um 2,0% auf 9,2 Milliarden. Mit der Einführung des Bahninfrastrukturfonds (BIF) im Jahr 2016 nahm der Ausgabenbindungsgrad in diesem Aufgabengebiet zu und führte zu einem Ausgabenanstieg beim öffentlichen Verkehr. Die Funktionsgruppe «öffentlicher Verkehr» nahm um 290 Millionen zu. Prozentual gesehen erhöhten sich auch die Ausgaben für die Luftfahrt (+18 Mio.; +11,1%) deutlich. Für den Strassenverkehr wurden 122 Millionen weniger ausgegeben als 2015 (-3,6%). Werden die prozentualen Veränderungen der Aufgabengebiete betrachtet, so nahmen die Ausgaben für «Gesundheit» (+4,3%) sowie «Kultur, Sport und Freizeit, Kirche» (+3,4%) am stärksten zu. Im Gesundheitsbereich sind rund 13 Millionen zusätzlich, in erster Linie in die Gesundheitsprävention, geflossen.

Abbildung 3: Ausgaben nach Funktionen – Bund, 2016

Total Ausgaben: CHF 67 494 977 473



Die Ausgaben für die «soziale Sicherheit» sind im Vorjahresvergleich um 532 Millionen (+2,4 %) höher, was vor allem auf höhere Ausgaben für die Migration (+346 Mio.), Alters- und Hinterlassenenversicherung AHV (+124 Mio.) sowie Krankenversicherung (Prämienverbilligungen; +125 Mio.) zurückzuführen ist.

Die *Bilanzsumme* des Bundes beläuft sich Ende 2016 auf 101,4 Milliarden, gegenüber dem Vorjahr nimmt sie um 5 Milliarden ab. Das *Finanzvermögen* sinkt insgesamt um 4,5 Milliarden. Der Rückgang ergibt sich dabei aus verminderten Beständen an flüssigen Mitteln und kurzfristigen Geldanlagen (-3,5 Mrd.) sowie an Forderungen (-1,1 Mrd.). Allein schon wegen der Rückzahlung zweier Anleihen reduziert sich der Bestand auf dem Girokonto bei der Schweizerischen Nationalbank um 3,7 Milliarden. Der Rückgang bei den Forderungen geht hauptsächlich auf die Verrechnungssteuer zurück.

Das *Verwaltungsvermögen* bleibt mit einer leichten Abnahme (-439 Mio. bzw. -0,5 %) praktisch konstant. Innerhalb des Verwaltungsvermögens vermindert sich der Bilanzwert der Beteiligungen um insgesamt 755 Millionen. Die grösste Abnahme verzeichnet dabei die Beteiligung an der Post (-888 Mio.). Nebst der Post hält der Bund weitere namhafte Beteiligungen, so zum

Beispiel an der SBB, Swisscom und Ruag. Der Bestand an Sachanlagen hingegen wächst im Jahr 2016 leicht um 152 Millionen auf 57,2 Milliarden.

Die *Bruttoschulden* gehen im Vergleich zum Vorjahr um 4,7 auf 97,7 Milliarden zurück. So nehmen die langfristigen Finanzverbindlichkeiten bedingt durch Rückgänge bei den Anleihen (-6,1 Mrd.) und Festgeldern für die Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV (-0,1 Mrd.) auf 71,4 Milliarden ab, während sich der Bestand an laufenden Verbindlichkeiten aufgrund diverser Faktoren (z.B. höhere Guthaben der Steuerpflichtigen aus der Verrechnungssteuer und höhere Bestände bei den Depotkonten) um 1,5 auf 15,2 Milliarden erhöht.

Seit 2005 hat sich die Eigenkapitalsituation des Bundes sukzessive verbessert. Im Jahr 2016 nimmt das negative *Eigenkapital* des Bundes jedoch wieder leicht zu (Stand Ende 2016: -29,5 Mrd.).

Rechnungsabschlüsse – Bund

Mio. CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Erfolgsrechnung					
Ertrag	65 519	67 006	66 075	69 388	69 351
Aufwand	63 106	65 990	64 959	66 593	69 103
Erfolg	2 414	1 016	1 115	2 795	248
Finanzierungsrechnung					
Einnahmen	64 411	67 045	64 944	69 251	69 367
Ausgaben	62 726	64 575	64 749	66 545	67 495
Finanzierungsergebnis	1 685	2 470	194	2 706	1 872
Bilanz					
Finanzvermögen	21 392	24 071	23 400	25 469	20 949
Verwaltungsvermögen	80 874	80 496	81 248	80 876	80 438
Fremdkapital	133 486	134 992	133 951	135 608	130 903
Eigenkapital	- 31 220	- 30 426	- 29 303	- 29 262	- 29 516
Bilanzsumme	102 266	104 567	104 648	106 346	101 387

Erfolgsrechnung – Bund

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Betrieblicher Aufwand	60 414 946	63 447 041	62 756 937	64 433 634	67 259 034
Personalaufwand	7 117 989	7 380 068	7 631 453	7 683 095	7 823 945
Sach- und übriger Betriebsaufwand	4 591 655	5 438 605	4 798 851	4 761 918	5 360 599
Rüstungsaufwand	1 086 710	1 059 672	882 277	953 322	1 113 825
Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen	2 494 047	2 393 044	2 544 612	2 484 508	2 484 485
Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	138 418	410 716	217 819	280 900	437 240
Transferaufwand	44 986 127	46 764 936	46 681 924	48 269 891	50 038 940
Betrieblicher Ertrag	61 916 729	63 612 005	63 495 260	67 054 332	67 572 729
Fiskalertrag	58 827 770	60 494 743	60 600 142	63 446 975	64 426 478
Regalien und Konzessionen	727 584	603 227	288 637	922 125	570 753
Entgelte	1 689 447	1 793 839	1 790 047	1 637 795	1 668 323
Verschiedene Erträge	340 946	310 555	369 793	420 782	444 022
Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	117 181	180 953	205 552	385 690	205 655
Transferertrag	213 800	228 688	241 089	240 964	257 498
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	1 501 782	164 964	738 324	2 620 698	313 695
Finanzaufwand	2 690 374	2 292 676	2 201 314	2 158 947	1 844 221
Finanzertrag	2 864 595	2 312 628	2 383 262	1 574 540	1 478 106
Finanzergebnis	174 220	19 953	181 948	- 584 407	- 366 116
Ordentliches Ergebnis	1 676 003	184 917	920 272	2 036 291	- 52 421
Ausserordentlicher Aufwand	434	250 208	1 100		
Ausserordentlicher Ertrag	738 115	1 080 948	196 316	759 048	300 295
Ausserordentliches Ergebnis	737 681	830 740	195 216	759 048	300 295
Erfolg	2 413 684	1 015 656	1 115 487	2 795 339	247 874

Finanzierungsrechnung – Bund

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Betriebliche Ausgaben	53 187 150	54 402 378	54 924 895	56 861 010	58 276 423
Personalausgaben	7 128 071	7 362 391	7 593 024	7 700 172	7 762 644
Sach- und übrige Betriebsausgaben	4 435 770	4 638 407	4 442 005	4 586 964	5 129 151
Rüstungsausgaben	1 086 710	1 057 590	883 850	953 830	1 113 825
Transferausgaben	40 536 599	41 343 990	42 006 016	43 620 044	44 270 802
Betriebliche Einnahmen	62 158 292	63 918 207	63 210 392	67 160 216	66 822 180
Fiskaleinnahmen	59 327 770	60 994 743	60 608 974	63 949 265	63 941 601
Regalien und Konzessionen	670 874	680 586	354 544	972 001	601 465
Entgelte	1 686 288	1 800 192	1 787 207	1 628 724	1 676 228
Verschiedene Einnahmen	259 559	213 997	218 578	369 262	345 388
Transfereinnahmen	213 800	228 688	241 089	240 964	257 498
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	8 971 142	9 515 829	8 285 496	10 299 206	8 545 757
Finanzausgaben	1 920 405	2 182 135	1 968 242	1 528 394	1 031 253
Finanzeinnahmen	1 286 705	1 523 052	1 237 336	1 349 021	1 323 763
Finanzergebnis	- 633 700	- 659 083	- 730 906	- 179 372	292 510
Investitionsausgaben	7 617 999	7 739 909	7 855 061	8 155 726	8 187 302
Sachanlagen	2 219 188	2 285 112	2 404 199	2 423 850	2 290 613
Investitionen auf Rechnung Dritter					
Investitionen, immaterielle Anlagen	47 708	39 999	44 828	30 270	26 661
Darlehen und Beteiligungen n.a.g.					
Darlehen	1 439 041	1 532 771	1 443 749	1 530 304	1 636 254
Beteiligungen und Grundkapitalien	19 710	22 667	20 841	63 564	88 713
Investitionsbeiträge	3 892 353	3 859 360	3 941 444	4 107 739	4 145 061
Investitionseinnahmen	227 663	297 174	282 852	248 124	742 554
Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen	54 803	142 053	81 246	53 759	42 593
Rückerstattungen				492	23 417
Abgang immaterielle Sachanlagen				16	
Rückzahlung von Darlehen und Beteiligungen n.a.g.					
Rückzahlung von Darlehen	172 351	154 645	199 091	193 558	145 754
Übertragung von Beteiligungen	191		2 022	80	30 789
Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge					
Investitionsbeiträge	317	476	493	219	500 000
Nettoinvestitionen	-7 390 336	-7 442 735	-7 572 209	-7 907 602	-7 444 749
Ordentliches Ergebnis	947 106	1 414 010	- 17 618	2 212 232	1 393 519
Ausserordentliche Ausgaben	434	250 208	1 100		
Ausserordentliche Ausgaben	434	250 208	1 100		
Ausserordentliche Investitionsausgaben					
Ausserordentliche Einnahmen	738 115	1 306 697	213 120	493 374	478 569
Ausserordentliche Einnahmen	738 115	60 255	144 883	358 465	313 212
Ausserordentliche Investitionseinnahmen		1 246 442	68 238	134 909	165 357
Ausserordentliches Ergebnis	737 681	1 056 489	212 020	493 374	478 569
Finanzierungsergebnis	1 684 787	2 470 499	194 402	2 705 606	1 872 088

Bilanz – Bund

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Aktiven	102 266 423	104 566 742	104 647 606	106 345 845	101 386 894
Finanzvermögen	21 392 372	24 071 094	23 399 640	25 469 401	20 948 963
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	9 261 120	10 989 868	9 321 280	11 126 472	7 597 096
Forderungen	6 666 456	7 105 164	7 385 778	7 214 840	6 073 127
Kurzfristige Finanzanlagen	2 525 837	2 731 192	2 799 147	1 691 659	1 662 472
Aktive Rechnungsabgrenzungen	1 194 353	1 027 103	736 178	2 097 518	2 027 858
Vorräte und angefangene Arbeiten	349	391	424	399	660
Finanzanlagen	1 321 997	1 974 735	2 925 600	3 046 321	3 347 831
Sachanlagen, FV	252 501	242 642	231 232	238 238	235 970
Forderungen gegenüber Spezialfinanzierungen und Fonds im Fremdkapital	169 759			53 954	3 948
Verwaltungsvermögen	80 874 050	80 495 648	81 247 966	80 876 444	80 437 931
Sachanlagen, VV	54 359 451	55 130 496	56 061 963	57 021 868	57 173 405
Vorräte, VV	312 849	335 096	291 482	208 979	221 502
Immaterielle Anlagen	213 603	205 288	216 285	228 796	216 040
Darlehen und Beteiligungen n.a.g.					
Darlehen	3 307 615	3 206 549	3 124 905	3 015 670	2 994 902
Beteiligungen, Grundkapitalien	20 133 813	20 207 263	21 114 234	21 171 260	20 416 007
Investitionsbeiträge					
Guthaben gegenüber öffentlichen Haushalten	5 010 817	4 215 006	3 302 202	2 630 019	2 546 016
Kumulierte zusätzliche Abschreibungen	-2 464 098	-2 804 050	-2 863 106	-3 400 148	-3 129 942
Passiven	102 266 423	104 566 742	104 647 606	106 345 845	101 386 894
Fremdkapital	133 486 283	134 992 447	133 950 873	135 607 842	130 903 110
Laufende Verbindlichkeiten	12 705 669	13 611 158	13 968 593	13 710 258	15 192 423
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	16 476 520	15 572 978	13 581 085	10 036 576	9 928 881
Passive Rechnungsabgrenzungen	5 513 420	5 822 725	7 099 176	10 285 847	8 974 811
Kurzfristige Rückstellungen	364 550	375 027	854 009	864 989	767 352
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	80 776 836	80 001 127	78 904 383	77 579 800	71 407 723
Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Haushalten	1 483 214	1 489 076	1 408 353	1 258 189	1 327 682
Langfristige Rückstellungen	13 011 547	14 757 033	14 783 117	17 251 714	18 372 847
Zweckgebundene Mittel/Fonds	3 154 526	3 363 322	3 352 156	4 620 469	4 931 391
Eigenkapital	-31 219 861	-30 425 706	-29 303 267	-29 261 997	-29 516 216
Spezialfinanzierungen und Fonds und Eigenkapital	5 700 301	6 152 029	6 564 564	6 909 645	7 407 959
Rücklagen der Globalbudgetbereiche	224 567	221 397	187 416	179 820	228 765
Vorfinanzierungen					
Aufwertungsreserve					
Neubewertungsreserve Finanzvermögen				-1 186 234	-1 717 139
Übriges Eigenkapital	- 26 155	- 72 100	11 778	584 657	565 353
Bilanzüberschuss/-fehlbetrag	-37 118 575	-36 727 033	-36 067 025	-35 749 886	-36 001 155

Ausgaben nach Funktionen – Bund

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Total	62 725 988	64 574 631	64 749 299	66 545 130	67 494 977
Allgemeine Verwaltung	5 390 833	5 829 526	5 998 265	6 268 621	6 078 632
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	5 489 574	5 958 233	5 500 164	5 644 314	5 820 318
Bildung	5 930 622	6 024 820	6 168 947	6 370 107	6 402 869
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	440 428	489 461	477 527	500 580	517 654
Gesundheit	353 570	372 236	286 419	308 922	322 203
Soziale Sicherheit	20 850 882	21 280 618	21 587 176	22 161 728	22 694 056
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	9 075 957	8 939 014	8 912 009	9 029 067	9 208 800
Umweltschutz und Raumordnung	957 494	942 664	940 483	1 008 424	1 032 489
Volkswirtschaft	4 852 036	4 934 729	5 251 829	5 393 159	5 503 527
Finanzen und Steuern	9 384 594	9 803 330	9 626 478	9 860 208	9 914 429

Fiskalertrag – Bund

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Fiskalertrag	58 827 770	60 494 743	60 600 142	63 446 975	64 426 478
Direkte Steuern natürliche Personen	9 753 681	9 654 955	9 487 450	10 394 147	10 599 473
Einkommenssteuern natürliche Personen	9 753 681	9 654 955	9 487 450	10 394 147	10 525 183
Vermögenssteuern natürliche Personen					
Quellensteuern natürliche Personen					
Personensteuern					74 290
Übrige direkte Steuern natürliche Personen					
Direkte Steuern juristische Personen	8 588 342	8 697 764	8 487 634	9 730 902	10 531 852
Gewinnsteuern juristische Personen	8 588 342	8 697 764	8 487 634	9 730 902	10 531 852
Kapitalsteuern juristische Personen					
Quellensteuern juristische Personen					
Übrige direkte Steuern juristische Personen					
Übrige direkte Steuern	4 164 110	5 426 787	5 754 306	6 314 167	6 392 849
Verrechnungssteuer (nur Bund)	3 834 755	5 119 075	5 468 979	6 042 603	6 119 202
Grundsteuern					
Vermögensgewinnsteuern					
Vermögensverkehrssteuern					
Erbschafts- und Schenkungssteuern					
Spielbanken- und Spielautomatenabgabe	329 355	307 712	285 327	271 564	273 647
Besitz- und Aufwandsteuern					
Motorfahrzeugsteuern					
Schiffssteuer					
Vergnügungssteuern					
Hundesteuer					
Übrige Besitz- und Aufwandsteuer					
Verbrauchssteuern (nur Bund)	32 268 014	32 597 858	32 671 607	32 707 323	32 370 369
Mehrwertsteuer	22 038 575	22 501 187	22 568 530	22 395 557	22 395 808
Stempelabgabe	2 135 987	2 134 416	2 144 427	2 388 221	2 016 637
Mineralölsteuer auf Treibstoffen	3 005 347	2 988 349	2 971 317	2 821 200	2 805 349
Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	2 007 320	1 994 433	1 982 947	1 876 640	1 865 560
Mineralölsteuer auf Brennstoffen und and. Mineralölprodukten	19 877	22 667	17 269	18 862	17 207
Tabaksteuer	2 396 800	2 294 957	2 257 050	2 198 213	2 130 538
Biersteuer	113 426	113 228	113 037	113 850	131 208
Besteuerung gebrannter Wasser (EAV)	294 978	290 508	283 152	277 904	277 471
Verbrauchssteuern n.a.g.	255 705	258 113	333 879	616 875	730 590
Verkehrsabgaben	2 293 421	2 241 802	2 211 591	2 223 829	2 177 629
Automobilsteuer	412 019	368 688	353 816	393 425	348 571
Nationalstrassenabgabe	352 059	355 989	364 487	373 077	375 372
Schwerverkehrsabgabe	1 529 343	1 517 125	1 493 288	1 457 327	1 453 687
Abgaben kombinierter Verkehr					
Verkehrsabgaben n.a.g.					
Zölle (nur Bund)	1 043 845	1 059 339	1 068 411	1 055 711	1 134 339
Einfuhrzölle	1 043 845	1 059 339	1 068 411	1 055 711	1 134 339
Übrige Abgaben	716 357	816 238	919 143	1 020 897	1 219 967
Lenkungsabgaben Umweltschutz	716 357	816 238	916 206	1 017 992	1 217 094
Landwirtschaftliche Abgaben			2 938	2 905	2 872
Sozialversicherungsbeiträge der Versicherten und Arbeitgeber					
Sonstiger Fiskalertrag					

Schulden – Bund

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Bruttoschulden	111 043 203	110 449 466	107 696 157	102 381 085	97 678 376
Laufende Verbindlichkeiten	12 705 669	13 611 158	13 968 593	13 710 258	15 192 423
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	16 476 520	15 572 978	13 581 085	10 036 576	9 928 881
<i>abzüglich: derivative Finanzinstrumente</i>	<i>399 037</i>	<i>224 874</i>	<i>166 257</i>	<i>203 738</i>	<i>178 333</i>
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	80 776 836	80 001 127	78 904 383	77 579 800	71 407 723
<i>abzüglich: passivierte Investitionsbeiträge</i>					
Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Haushalten	1 483 214	1 489 076	1 408 353	1 258 189	1 327 682

Transfers nach Sachgruppen – Bund an Sozialversicherungen

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Total	15 529 190	15 869 620	16 059 330	16 141 513	16 136 723
Einnahmensanteile an öffentlichen Sozialversicherungen	3 733 606	3 811 063	3 772 052	3 724 760	3 704 218
Entschädigungen an öffentliche Sozialversicherungen					
Beiträge an öffentliche Sozialversicherungen	11 795 349	12 058 554	12 287 278	12 416 754	12 432 504
Ausserordentliche Transferausgaben; öffentliche Sozialversicherungen	235	3			
Investitionsbeiträge, öffentliche Sozialversicherungen					
Ausserordentliche Investitionsbeiträge, öffentliche Sozialversicherungen					

Transfers nach Funktionen – Bund an Sozialversicherungen

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Total	15 529 190	15 869 620	16 059 330	16 141 513	16 136 723
Soziale Sicherheit	15 529 190	15 869 620	16 059 330	16 141 513	16 136 723
Krankheit und Unfall					
Invalidität	4 771 242	4 820 911	4 867 365	4 804 157	4 666 528
Alter + Hinterlassene	10 239 868	10 515 198	10 640 687	10 785 802	10 910 593
Familie und Jugend	84 400	77 475	71 521	66 300	62 100
Arbeitslosigkeit	433 680	456 036	479 757	485 254	497 501
Sozialer Wohnungsbau					
Sozialhilfe und Asylwesen					
F&E in soziale Sicherheit					
Soziale Wohlfahrt n.a.g.					

Transfers nach Sachgruppen – Bund an Kantone

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Total	19 788 249	19 935 754	20 233 197	20 981 136	21 343 907
Ertragsanteile an Kantone und Konkordate	4 516 326	4 621 749	4 558 842	4 992 950	5 065 867
Ertragsanteil direkte Bundessteuer	3 143 907	3 145 636	3 081 320	3 447 677	3 619 162
Ertragsanteil Verrechnungssteuer	426 375	531 804	543 890	644 694	550 432
Ertragsanteil Wehrpflichtersatzabgabe	32 392	32 586	34 716	34 590	34 746
Ertraganteil Eidg. Alkoholverwaltung	26 887	26 866	26 268	25 564	24 763
Ertraganteil Eidg. Bussen und Taxen					
Ertraganteil Eidg. Mineralölsteuer	376 005	374 278	372 939	357 160	356 049
Ertraganteil Eidg. Stempelabgabe					
Ertraganteil EU-Zinsbesteuerung	12 663	15 387	12 755	7 925	4 233
Ertraganteil LSVA	497 322	493 285	484 988	472 835	473 271
Ertraganteil übriger Bundeseinnahmen	775	1 907	1 966	2 505	3 212
Entschädigungen an Kantone und Konkordate	1 179 439	1 134 922	1 228 596	1 412 719	1 671 346
Finanz- und Lastenausgleich an Kantone	3 101 559	3 177 655	3 185 168	3 238 182	3 245 891
Ressourcenausgleich	2 120 217	2 208 116	2 220 010	2 273 025	2 300 683
Sozio-demografischer Lastenausgleich	368 812	365 124	362 933	362 933	358 941
Geografisch-topografischer Lastenausgleich	368 812	365 124	362 933	362 933	358 941
Härteausgleich	243 718	239 292	239 292	239 292	227 327
Beiträge an Kantone und Konkordate	9 198 338	9 319 730	9 556 735	9 753 035	9 913 312
Ausserordentliche Transferausgaben; Kantone und Konkordate					
Investitionsbeiträge, Kantone und Konkordate	1 792 587	1 681 698	1 703 857	1 584 249	1 447 491
Ausserordentliche Investitionsbeiträge, Kantone und Konkordate					

Transfers nach Funktionen – Bund an Kantone

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Total	19 788 249	19 935 754	20 233 197	20 981 136	21 343 907
Allgemeine Verwaltung	3 900	3 660	3 783	3 998	4 686
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	149 271	162 951	184 715	187 679	182 500
Bildung	2 520 156	2 544 546	2 725 488	2 726 970	2 762 482
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	39 474	40 306	41 981	36 639	39 101
Gesundheit	26 887	26 866	26 268	25 564	24 763
Soziale Sicherheit	4 385 733	4 398 346	4 552 161	4 912 616	5 395 322
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2 383 136	2 295 707	2 260 005	2 128 792	1 844 272
Umweltschutz und Raumordnung	480 965	484 095	475 945	446 158	465 760
Volkswirtschaft	3 081 055	3 074 301	3 103 035	3 137 147	3 167 347
Finanzen und Steuern	6 717 672	6 904 974	6 859 815	7 375 573	7 457 675

Transfers nach Sachgruppen – Bund an Gemeinden

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Total	987	1 002	1 017	1 020	1 000
Einnahmensanteile Gemeinden und Gemeindezweckverbände					
Entschädigungen an Gemeinden und Gemeindezweckverbände					
Finanz- und Lastenausgleich an Gemeinden					
Beiträge an Gemeinden und Gemeindezweckverbände	987	1 002	1 017	1 020	1 000
Ausserordentliche Transferausgaben; Gemeinden und Gemeindezweckverbände					
Investitionsbeiträge, Gemeinden und Gemeindezweckverbände					
Ausserordentliche Investitionsbeiträge, Gemeinden und Gemeindezweckverbände					

Transfers nach Funktionen – Bund an Gemeinden

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Total	987	1 002	1 017	1 020	1 000
Allgemeine Verwaltung					
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung					
Bildung					
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	987	1 002	1 017	1 020	1 000
Gesundheit					
Soziale Sicherheit					
Verkehr und Nachrichtenübermittlung					
Umweltschutz und Raumordnung					
Volkswirtschaft					
Finanzen und Steuern					

23 Kantonale Verteilung von Bundesgeldern

In der Tabelle «Einnahmen der Kantone aus Bundesquellen» sind Zahlungsströme vom Bund an die Kantonshaushalte nach Kantonen und Aufgabengebieten dargestellt. Berücksichtigt sind dabei die folgenden Sachgruppen:

- 4600: Anteile an Bundeseinnahmen
- 4610: Entschädigungen vom Bund
- 4620: Finanz- und Lastenausgleich vom Bund
- 4630: Beiträge vom Bund
- 4860: Ausserordentliche Transfereinnahmen vom Bund
- 670: Investitionsbeiträge vom Bund
- 6870: Ausserordentliche Investitionsbeiträge vom Bund

Die Gliederung der Bundesgelder nach Sachgruppen (Artengliederung) und Aufgabengebieten (funktionale Gliederung) richtet sich nach dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2). Ausgewiesen ist zudem das konsolidierte Total aller Kantone, welches auch die Konkordate umfasst. Im konsolidierten Total muss der Tatsache Rechnung getragen werden, dass die Angaben des Zahlenden (Bund) häufig nicht genau mit denjenigen der Empfänger (Kantone) übereinstimmen. Bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte müssen solche Diskrepanzen zwingend korrigiert werden. In der Finanzstatistik wird in diesen Fällen grundsätzlich das konsolidierte Total an die Angaben des Zahlenden angepasst. Deshalb und wegen den Zahlungen an die Konkordate stimmt die Summe über alle Kantone nicht zwangsläufig mit dem konsolidierten Total überein.

Im Jahr 2016 belaufen sich die Einnahmen der Kantone aus Bundesquellen auf 21,3 Milliarden. Verglichen mit den Gesamteinnahmen der Kantone entspricht dies einem Anteil von 24,4 %. Am meisten Gelder hat der Bund in Form von nicht zweckgebundenen Ertragsanteilen (4,2 Mrd.) und im Rahmen des vertikalen Finanz- und Lastenausgleichs (netto 3,2 Mrd.) an die Kantone gezahlt.

Der «Finanz- und Lastenausgleich» verteilt sich auf den Ressourcenausgleich (70,9 %), den sozio-demografischen sowie geografisch-topografischen Lastenausgleich (je 11,1 %) und den Härteausgleich (7 %). Der Beitrag des Bundes an den vertikalen Ressourcenausgleich beträgt 2,3 Milliarden, jener an den Lastenausgleich 718 Millionen. Im Jahr 2016 sind beim sozio-demografischen Lastenausgleich 10 Kantone und beim geografisch-topografischen Lastenausgleich 17 Kantone in den Genuss von Bundesgeldern gekommen. Einnahmen aus dem Härteausgleich weisen ferner die Kantone *Bern*, *Luzern*, *Obwalden*, *Glarus*, *Freiburg*, *Neuenburg* und *Jura* aus. Weil im Jahr 2008 der Kanton *Waadt* und im Jahr 2013 der Kanton *Schaffhausen* ein Ressourcenpotenzial über dem Schweizer Durchschnitt erreichten, verloren beide Kantone ihren Anspruch auf Härteausgleich und der Gesamtbetrag wurde entsprechend gegenüber dem im BB vom 22.6.2007 festgelegten Anfangsbestand (von rund 430 auf 359 Mio.) reduziert. Gemäss Art. 19 Abs. 3 FiLaG wird der Härteausgleich ab 2016 jährlich

um jeweils 5 Prozent gekürzt. Finanziert wird der Härteausgleich zu zwei Dritteln vom Bund und zu einem Drittel von den Kantonen. Im Jahr 2016 hat der Kanton *Bern* mit 24,1 % am meisten Bundesmittel an Finanz- und Lastenausgleichszahlungen erhalten. In einer Pro-Kopf-Betrachtung nach der ständigen Wohnbevölkerung rangieren die Kantone *Uri* (Fr. 1483), *Jura* (Fr. 1380) und *Wallis* (Fr. 1169) zuoberst.

Auf die drei Funktionsgruppen der «sozialen Sicherheit» entfallen 25,3 % aller Einnahmen aus Bundesquellen. Allein die Funktion «Krankheit und Unfall» beansprucht 11,6 % der Einnahmen aus Bundesquellen. Es handelt sich dabei um die individuellen Prämienverbilligungen (IPV) an Krankenversicherte in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen. Die Aufteilung dieser Gelder auf die Kantone erfolgt nach ihrem Anteil an der Wohnbevölkerung (plus Grenzgänger). Deshalb schwanken die Einnahmen pro Kopf (ständige Wohnbevölkerung) nur gering. Mit rund 309 Franken pro Einwohner erhält der Kanton *Basel-Stadt* die höchsten Beiträge, *Zug* bekommt mit 294 Franken am wenigsten. Der Funktionsgruppe «Invalidität, Alter und Hinterlassene» fließen 7 % der Bundesmittel zu, wobei es sich hier um die Ergänzungsleistungen im Rahmen der AHV und der IV sowie um eine Beteiligung an den zugehörigen Verwaltungskosten handelt. Der Kanton *Basel-Stadt* erhält mit 402 Franken pro Einwohner die höchsten Bundesbeiträge und der Kanton *Appenzell Innerrhoden* mit 90 Franken die geringsten. Die Funktionsgruppe «übrige Soziale Sicherheit» setzt sich aus den Funktionen «Familie und Jugend», «Arbeitslosigkeit», «Sozialer Wohnungsbau» sowie «Sozialhilfe und Asylwesen» zusammen. Für diese Funktionsgruppe hat der Bund im Jahr 2016 den Kantonen total 1,4 Milliarden überwiesen. Die grössten Anteile daran haben die Kantone *Zürich* (17,5%), *Bern* (15,3%) und *Waadt* (9,8%). Werden die Einnahmen dieser Rubrik pro Kopf berechnet, so zeigen sich folgende Spitzenreiter: *Neuenburg* (Fr. 275), *Appenzell Innerrhoden* (Fr. 251) und *Glarus* (Fr. 228).

Für die Funktionen «Landwirtschaft» und «Strassenverkehr» haben die Kantone im Jahr 2016 weitere Bundesgelder in der Grössenordnung von rund 2,9 bzw. 1,7 Milliarden erhalten. Die Einnahmen für «Landwirtschaft» sind allgemeine und ökologische Direktzahlungen des Bundes. Die Direktzahlungen richten sich nach dem Landwirtschaftsgesetz vom 29.4.1998 und der massgebenden Direktzahlungsverordnung vom 23.10.2013. Die Endempfänger der Direktzahlungen sind die Landwirtinnen und Landwirte. Die Bundesbeiträge werden jedoch via Kantone ausbezahlt. Die Vollzugskosten werden grösstenteils durch die Kantone und die Gemeinden getragen. Im Jahr 2016 erhält der Kanton *Bern* einen Anteil von 19,2 % der gesamten Landwirtschaftsbeiträge. Volumenmässig ist er damit klarer Spitzenreiter. Werden die Bundesgelder, die für die «Landwirtschaft» bestimmt sind, pro Kopf verteilt, so figuriert der Kanton *Jura* mit 1451 Franken an oberster Stelle. Es folgen die Kantone *Appenzell Innerrhoden* (Fr. 1402) und *Graubünden* (Fr. 1205).

Im «Strassenverkehr» erfolgt die Mittelverteilung an die Kantone zu einem Teil gemäss den Vorgaben des Infrastrukturfondsgesetzes und aus zweckgebundenen Ertragsanteilen an Bundeseinnahmen. Aus den Erträgen der zweckgebundenen Mineralölsteuer, des Mineralölsteuerzuschlags sowie den Erträgen der Nationalstrassenabgabe leitet der Bund 10 % an die Kantone weiter. Diese Beiträge sind für allgemeine Strassenaufgaben zu verwenden. 98 % dieses Anteils werden an alle Kantone verteilt. Die restlichen 2 % gehen an die Kantone ohne Nationalstrassen, dies sind *Appenzell Innerrhoden* und *Appenzell Ausserrhoden*. Die Beiträge je Kanton bemessen sich nach der Länge der dem Motorfahrzeugverkehr geöffneten Strassen ohne Nationalstrassen und den Strassenlasten. Ferner bekommen die Kantone auch ein Drittel des Reinertrages aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe.

Zu Lasten der Spezialfinanzierung «Strassenverkehr» legt der Bund Mittel in die Fertigstellung des beschlossenen und in die Beseitigung von Engpässen des bestehenden Nationalstrassenetzes. Zudem verwendet er Mittel für Investitionen des Agglomerationsverkehrs und vergibt Beiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen. Im Jahr 2016 hat der Kanton *Uri* mit 1697 Franken am meisten Bundesgelder pro Kopf für Strassenverkehr erhalten. Die Kantone *Graubünden* (Fr. 1049) und *Jura* (Fr. 943) figurieren auf den beiden nachfolgenden Rängen. Die 206 Millionen, die der Kanton *Graubünden* beispielsweise erhalten hat, sind dem «Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement» für den Ausbau an National-, Haupt- und Verbindungsstrassen zugutegekommen.

Einnahmen der Kantone aus Bundesquellen, 2016

Arten: 4600, 4610, 4620, 4630, 4860, 670, 6870

	öffentliche Sicherheit, Verteidigung	Berufsbildung	Hochschulen, Forschung	Krankheit und Unfall	Invalidität, Alter und Hinterlassene	übrige Soziale Sicherheit	Strassenverkehr
1 000 CHF							
Zürich	13 266	116 216	454 237	434 087	225 055	247 697	133 247
Bern	27 737	103 513	365 627	303 136	197 011	216 972	319 109
Luzern	9 269	39 914	16 354	118 342	71 821	82 843	51 676
Uri	6 095	3 684	95	10 832	3 743	7 220	61 042
Schwyz	751	10 929	400	45 853	17 144	28 291	35 410
Obwalden	210	3 594	96	11 060	4 507	6 514	8 548
Nidwalden	4 799	3 481	110	12 661	4 147	7 425	7 036
Glarus	355	3 908	104	11 979	6 778	9 121	10 233
Zug	1 662	11 970	537	35 962	11 964	18 965	13 268
Freiburg	3 914	25 575	82 699	90 586	52 565	50 916	33 215
Solothurn	2 680	22 061	686	79 242	50 538	53 981	28 356
Basel-Stadt	1 260	20 540	169 036	59 342	77 039	25 025	12 699
Basel-Landschaft	6 377	22 367	7 952	85 417	46 330	53 648	33 406
Schaffhausen	4 473	8 339	208	24 615	13 174	17 347	11 717
Appenzell Ausserrhoden	497	4 359	141	16 254	8 652	11 300	19 379
Appenzell Innerrhoden	33	1 491	41	4 772	1 432	4 010	5 344
Sankt Gallen	3 098	54 393	46 829	149 052	90 736	82 041	78 309
Graubünden	8 769	19 421	10 492	58 931	25 607	34 565	206 317
Aargau	6 340	51 918	1 689	194 893	78 738	77 524	69 530
Thurgau	2 266	23 798	690	79 686	37 549	27 000	29 372
Tessin	9 277	39 773	67 738	105 137	110 612	43 587	72 156
Waadt	7 334	68 234	158 080	227 969	160 922	138 904	95 031
Wallis	7 948	34 067	2 177	99 291	39 416	45 497	290 589
Neuenburg	1 287	20 929	44 663	53 877	41 925	49 044	41 967
Genf	25 897	35 804	242 375	145 372	109 469	75 614	29 723
Jura	722	8 879	189	21 736	14 410	482	68 636
Total, konsolidiert	124 322	763 287	1 998 113	2 479 532	1 501 299	1 414 491	1 742 607

Im konsolidierten Total sind auch die Einnahmen der Konkordate enthalten. Zudem ist das Total an die Bundesausgaben angepasst, weshalb es nicht zwingend der Summe der Einnahmen aus Bundesquellen über alle Kantone entspricht.

Einnahmen der Kantone aus Bundesquellen, 2016

Fortsetzung

	Umweltschutz (ohne Raum- ordnung)	Landwirtschaft	Finanz- und Lastenausgleich	Ertragsanteile an Bundesein- nahmen, nicht zweckgebunden	Übriges	Einnahmen aus Bundesquellen Total	Gesamt- einnahmen der Kantone
1 000 CHF							
Zürich	53 314	150 536	74 390	789 559	32 240	2 723 843	13 393 508
Bern	19 779	553 705	782 093	322 012	37 344	3 248 037	11 666 231
Luzern	20 535	214 123	157 935	159 128	16 357	958 298	3 164 589
Uri	10 034	31 080	53 349	10 694	3 136	201 004	412 006
Schwyz	8 089	81 968	6 859	133 039	4 430	373 162	1 380 204
Obwalden	10 975	32 585	16 829	27 451	1 748	124 117	293 507
Nidwalden	4 123	21 987	1 269	28 703	4 115	99 857	348 189
Glarus	4 219	27 345	44 849	10 679	5 401	134 971	349 710
Zug	1 669	29 526		246 230	7 946	379 698	1 324 582
Freiburg	7 559	202 011	269 592	114 891	14 828	948 351	3 428 339
Solothurn	12 357	78 738	155 526	73 882	5 061	563 107	2 149 235
Basel-Stadt	2 126		53 668	282 185	4 506	707 426	5 155 850
Basel-Landschaft	14 733	44 229	4 867	143 284	11 016	473 626	2 706 306
Schaffhausen	1 870	35 258	2 001	59 079	3 115	181 197	739 529
Appenzell Ausserrhoden	5 894	37 165	34 670	19 180	2 811	160 302	446 304
Appenzell Innerrhoden	1 020	22 394	13 418	5 747	636	60 341	148 320
Sankt Gallen	29 947	186 051	238 589	157 101	14 766	1 130 912	4 422 367
Graubünden	45 418	236 835	210 642	64 520	116 404	1 037 922	2 339 357
Aargau	31 449	140 982	139 052	198 296	18 288	1 008 700	4 846 511
Thurgau	10 264	108 675	137 631	77 767	12 085	546 781	1 872 212
Tessin	14 230	43 955	45 052	144 069	36 857	732 444	3 541 597
Waadt	19 837	279 282	70 133	521 179	29 111	1 776 016	10 207 540
Wallis	37 101	135 915	392 538	78 169	35 359	1 198 069	3 567 350
Neuenburg	6 783	80 340	133 106	76 752	8 348	559 022	2 112 257
Genf	5 469	21 512	107 388	446 839	12 406	1 257 867	9 324 484
Jura	8 218	105 611	100 446	21 347	10 363	361 040	924 193
Total, konsolidiert	465 760	2 889 035	3 245 891	4 211 784	507 785	21 343 907	87 324 281

Im konsolidierten Total sind auch die Einnahmen der Konkordate enthalten. Zudem ist das Total an die Bundesausgaben angepasst, weshalb es nicht zwingend der Summe der Einnahmen aus Bundesquellen über alle Kantone entspricht.

Einnahmen der Kantone aus Bundesquellen 2016, pro Kopf

Arten: 4600, 4610, 4620, 4630, 4860, 670, 6870

	öffentliche Sicherheit, Verteidigung	Berufsbildung	Hochschulen, Forschung	Krankheit und Unfall	Invalidität, Alter und Hinterlassene	übrige Soziale Sicherheit	Strassenverkehr
CHF							
Zürich	9	78	305	292	151	166	90
Bern	27	101	356	295	192	211	311
Luzern	23	99	41	293	178	205	128
Uri	169	102	3	300	104	200	1 689
Schwyz	5	70	3	294	110	182	227
Obwalden	6	96	3	296	121	174	229
Nidwalden	113	82	3	298	97	174	165
Glarus	9	97	3	298	169	227	255
Zug	13	97	4	290	97	153	107
Freiburg	13	82	265	290	169	163	106
Solothurn	10	82	3	294	188	200	105
Basel-Stadt	7	106	876	307	399	130	66
Basel-Landschaft	22	78	28	299	162	188	117
Schaffhausen	55	103	3	305	163	215	145
Appenzell Ausserrhoden	9	79	3	296	157	206	353
Appenzell Innerrhoden	2	93	3	298	89	251	334
Sankt Gallen	6	108	93	297	181	163	156
Graubünden	44	98	53	298	130	175	1 044
Aargau	10	78	3	294	119	117	105
Thurgau	8	88	3	294	139	100	108
Tessin	26	112	191	297	312	123	204
Waadt	9	87	201	290	205	177	121
Wallis	23	100	6	293	116	134	857
Neuenburg	7	117	250	302	235	275	235
Genf	53	73	495	297	224	154	61
Jura	10	121	3	297	197	7	939
Total, konsolidiert	15	91	237	294	178	168	207

Einnahmen der Kantone aus Bundesquellen 2016, pro Kopf

Fortsetzung

CHF	Umweltschutz (ohne Raum- ordnung)	Landwirtschaft	Finanz- und Lastenausgleich	Ertragsanteile an Bundesein- nahmen, nicht zweckgebunden	Übriges	Einnahmen aus Bundesquellen Total	Gesamt- einnahmen der Kantone	in % an den Gesamt- einnahmen der Kantone
Zürich	36	101	50	531	22	1 831	9 001	20.3%
Bern	19	539	762	314	36	3 164	11 365	27.8%
Luzern	51	531	392	394	41	2 376	7 845	30.3%
Uri	278	860	1 476	296	87	5 561	11 399	48.8%
Schwyz	52	526	44	854	28	2 394	8 855	27.0%
Obwalden	294	872	450	734	47	3 321	7 852	42.3%
Nidwalden	97	517	30	674	97	2 346	8 182	28.7%
Glarus	105	681	1 117	266	135	3 362	8 711	38.6%
Zug	13	238	0	1 987	64	3 063	10 687	28.7%
Freiburg	24	648	864	368	48	3 040	10 991	27.7%
Solothurn	46	292	577	274	19	2 090	7 977	26.2%
Basel-Stadt	11	0	278	1 462	23	3 664	26 705	13.7%
Basel-Landschaft	52	155	17	502	39	1 658	9 475	17.5%
Schaffhausen	23	437	25	731	39	2 243	9 156	24.5%
Appenzell Ausserrhoden	107	676	631	349	51	2 917	8 121	35.9%
Appenzell Innerrhoden	64	1 399	838	359	40	3 771	9 268	40.7%
Sankt Gallen	60	370	475	313	29	2 250	8 800	25.6%
Graubünden	230	1 199	1 066	327	589	5 254	11 842	44.4%
Aargau	47	212	210	299	28	1 520	7 305	20.8%
Thurgau	38	401	508	287	45	2 020	6 916	29.2%
Tessin	40	124	127	407	104	2 067	9 994	20.7%
Waadt	25	356	89	664	37	2 263	13 006	17.4%
Wallis	109	401	1 157	230	104	3 532	10 518	33.6%
Neuenburg	38	450	745	430	47	3 131	11 829	26.5%
Genf	11	44	219	913	25	2 570	19 048	13.5%
Jura	112	1 444	1 374	292	142	4 938	12 639	39.1%
Total, konsolidiert	55	343	386	500	60	2 535	10 372	24.4%

24 Kantone

2016 verzeichnen die Kantone zum zweiten Mal in Folge ein Plus im ordentlichen Finanzierungsergebnis. Der ordentliche Finanzierungsüberschuss beträgt 1,1 Milliarden. Aufgrund von bundesrechtlichen Vorgaben über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) sind die Kantonsrechnungen 2016 erneut von Sanierungsbeiträgen an die kantonalen Pensionskassen geprägt. Im Vergleich zu den Vorjahren fallen diese jedoch mit 695 Millionen deutlich tiefer aus, 2015 waren es 3,3 Milliarden.

In der konsolidierten *Erfolgsrechnung* 2016 wachsen der *betriebliche Aufwand* um 2,4 % und der *betriebliche Ertrag* um 1,4 %. Der Anstieg beim betrieblichen Aufwand um 2 auf 84 Milliarden ist primär auf Zunahmen beim ordentlichen *Transferaufwand* (+1,3 Mrd.) zurückzuführen. Der erhöhte betriebliche Ertrag von rund 1,2 Milliarden kommt durch den Fiskalertrag zustande. Der Fiskalertrag wächst im Jahr 2016 um 2,8 % auf 45,6 Milliarden. Im Vergleich zum Vorjahr entfallen die grössten prozentualen Zunahmen auf die Kantone *Schwyz* (+21,4 %), *Schaffhausen* (+14,5 %) und *Zug* (+6,6 %). So ist zum Beispiel der deutliche Anstieg beim Fiskalertrag im Kanton *Schwyz* auf höhere Steuererträge bei den natürlichen Personen und auf einen Einzeleffekt bei den juristischen Personen zurückzuführen. Die Erhöhung bei den direkten Steuern natürlicher Personen begründen sich mit Wirkungen der Steuergesetzteilrevision per 1.1.2015 in Verbindung mit den Steuerauswerthaltungen und einer Steigerung des Steuersubstrates.

Bei den Kantonen insgesamt verzeichnen die direkten Steuern der natürlichen Personen einen Zuwachs um 1,8 %. Rund 45 % dieses Anstiegs entfallen dabei auf die Einkommenssteuern natürlicher Personen und 35 % auf Vermögenssteuern natürlicher Personen. Der restliche Anteil verteilt sich auf die Quellensteuern natürlicher Personen, Personensteuern sowie übrigen direkten Steuern natürlicher Personen. Die Entwicklung der Quellensteuern und deren Aufteilung nach Kantonen ist unter anderem auch ein Abbild der Grenzgängerstatistik 2016. Rund vier Fünftel aller Grenzgänger sind in den Regionen *Genfersee*, *Nordwestschweiz* oder *Tessin* tätig.

Im *ausserordentlichen Ergebnis* der Erfolgsrechnung resultiert ein Verlust von 802 Millionen. Im Unterschied zu den Staatsrechnungen der Kantone verbucht die Finanzstatistik die Pensionskassensanierungen im ausserordentlichen Personalaufwand. Damit wird sichergestellt, dass die Pensionskassensanierungen in allen Kantonen gleich behandelt werden. Insgesamt beläuft sich im Jahr 2016 der *ausserordentliche Aufwand* auf 1,1 Milliarden. Der *ausserordentliche Ertrag* (275 Mio.) setzt sich in erster Linie aus ausserordentlichen Finanzerträgen sowie aus Eigenkapitalentnahmen zusammen. So wurden beispielsweise im Kanton *Graubünden* Finanzanlagen des Finanzvermögens höher bewertet.

In der konsolidierten *Finanzierungsrechnung* 2016 beziffern sich die *Ausgaben* auf 86,8 Milliarden. Davon sind 0,8 % ausserordentlicher Natur. Der Blick auf die Aufgabengebiete zeigt, dass die Kantone im Jahr 2016 am meisten für die «Bildung» (28,2 %) und die «soziale Sicherheit» (21,7 %) ausgegeben haben. Seit 1990 haben die Kantone ihre Bildungsausgaben kontinuierlich erhöht, einzig in den Jahren 1998 und 2009 gingen sie leicht zurück. 2016 belaufen sich diese auf 24,4 Milliarden, wovon 32,4 % auf die obligatorischen Schulen und 28,5 % auf die Hochschulen entfallen. Im Bereich der «sozialen Sicherheit» nehmen die Ausgaben um 5,6 % zu. Die Mehrausgaben von rund 992 Millionen betreffen vorwiegend die Funktionsgruppen «Sozialhilfe und Asylwesen» (+466 Mio.; +11,6 %), «Krankheit und Unfall» (+283 Mio.; +6,6 %) und «Alter und Hinterlassene» (+215 Mio.; +7,9 %). Die Ausgaben für «Sozialhilfe und Asylwesen» wachsen seit 1990 kontinuierlich und haben im Jahr 2015 erstmals die 4-Milliarden-Grenze überschritten. Der nominale Anstieg 2016 für die Sozialhilfe und das Asylwesen ergibt sich primär in den Kantonen *Zürich*, *Bern* und *Genf*. Prozentual gesehen verfügen jedoch die Kantone *Schwyz*, *Appenzell Ausserrhoden* und *Solothurn* über die stärksten Zuwachsraten. In diesen Kantonen haben die höhere Anzahl an Zuweisungen von Asylsuchenden durch den Bund wegen Konflikten im Nahen Osten das Finanzvolumen erhöht. Werden die Aufgabengebiete betrachtet, so haben sich die kantonalen Gesamtausgaben 2016 im Bereich «Allgemeine Verwaltung» (-34,2 %) prozentual am stärksten gesenkt. Werden die ausserordentlichen Ausgaben (hauptsächlich für PK-Ausfinanzierungen) ausgeklammert, so ergibt sich ein ganz anderes Bild. Die ordentlichen Ausgaben im Bereich «Allgemeine Verwaltung» verharren bei 4,4 Milliarden, während der Bereich «Volkswirtschaft» den stärksten Rückgang (-10 % gegenüber 2015) aufweist. Im Vorjahresvergleich weisen nebst der «Sozialen Sicherheit» auch die Aufgabengebiete «Umweltschutz und Raumordnung» (+3,7 %), «Gesundheit» (+2,3 %) sowie «Kultur, Sport und Freizeit, Kirche» (+2,1 %) höhere Gesamtausgaben aus. Der Anstieg im Bereich «Umweltschutz und Raumordnung» geht in erster Linie auf die Kantone *Basel-Stadt* (+23 Mio.), *Tessin* (+14 Mio.) und *Zürich* (+13 Mio.) zurück. Der Kanton *Aargau* hingegen hat gegenüber 2015 weniger Mittel zur Bekämpfung von Umweltverschmutzung (-41 Mio.) ausgegeben. Hierbei handelt es sich um verminderte Transferausgaben in der Leistungsgruppe Umweltsanierung von belasteten Standorten (insbesondere der Sondermülldeponie Kölliken).

Die *Transferausgaben zwischen den Kantonen* finden hauptsächlich in den Bereichen «Bildung» sowie «Finanzen und Steuern» statt. Gegenüber 2015 legen die Transferausgaben um rund 118 Millionen bzw. um 2,6 % zu. Im Bildungsbereich (+3,5 %) spielen dabei die hohen Beiträge an die Konkordate – Transfers an Universitäten und Fachhochschulen – eine bedeutende Rolle. So nehmen die Transferzahlungen an die «Hochschulen» um 3,9 % auf 2,4 Milliarden zu. Der Bereich «Finanzen und Steuern» macht 2016 einen Anteil von 35,8 % an den interkantonalen Transfers aus (im Vorjahr 36,4 %). In diesem Aufgabengebiet werden unter anderem die Finanzausgleichszahlungen verbucht. Diese belaufen sich im Jahr 2016 auf rund 1,7 Milliarden. Davon haben die ressourcenstarken Kantone rund 1,6 Milliarden über den horizontalen Ressourcenausgleich an die ressourcenschwachen überwiesen. Gegenüber 2015 haben dabei die Kantone *Zürich* (+32 Mio.), *Schwyz* (+14 Mio.), *Nidwalden* und *Zug* (je rund +10 Mio.) mehr in den Ressourcenausgleich bezahlt. Die Kantone *Basel-Landschaft* (-0,7 Mio.), *Basel-Stadt* (-0,8 Mio.), *Schaffhausen* (-2 Mio.), *Genf* (-10 Mio.) und *Waadt* (-32 Mio.) dagegen sind 2016 besser weggekommen. Fast drei Viertel der Ressourcenausgleichszahlungen 2016 haben die Kantone *Zürich*, *Zug* und *Genf* aufgebracht.

In der Tabelle «Finanz- und Lastenausgleich – Kantone» sind die hierfür ausgegeben und vereinnahmten Ausgleichsbeträge der Kantone zusammengefasst dargestellt. Im Vergleich zu den Vorjahren erscheint 2016 unter «Finanzausgleich nicht anderweitig genannt (n.a.g.)» erneut ein geringerer Betrag. Grund für diese Entwicklung ist, die Umstellung auf HRM2, so dass der Empfänger (zumindest der Teilssektor) der Finanzausgleichszahlungen aus der Kantonsrechnung klar ersichtlich ist. Die Transferereinnahmen der Kantone im Rahmen des Finanz- und Lastenausgleichs belaufen sich im Jahr 2016 auf rund 3,6 Milliarden, gegenüber 2015 beträgt der Rückgang 0,7 %. Davon leistet der Bund unverändert rund 3,2 Milliarden durch den vertikalen Ressourcenausgleich, den sozio-demografischen und geografisch-topografischen

Lastenausgleich sowie den Härteausgleich. Die einnahmeseitigen Finanz- und Lastenausgleichszahlungen von den Gemeinden an die Kantone sind im Vergleich dazu gering. Sie nehmen um 29 auf rund 310 Millionen ab.

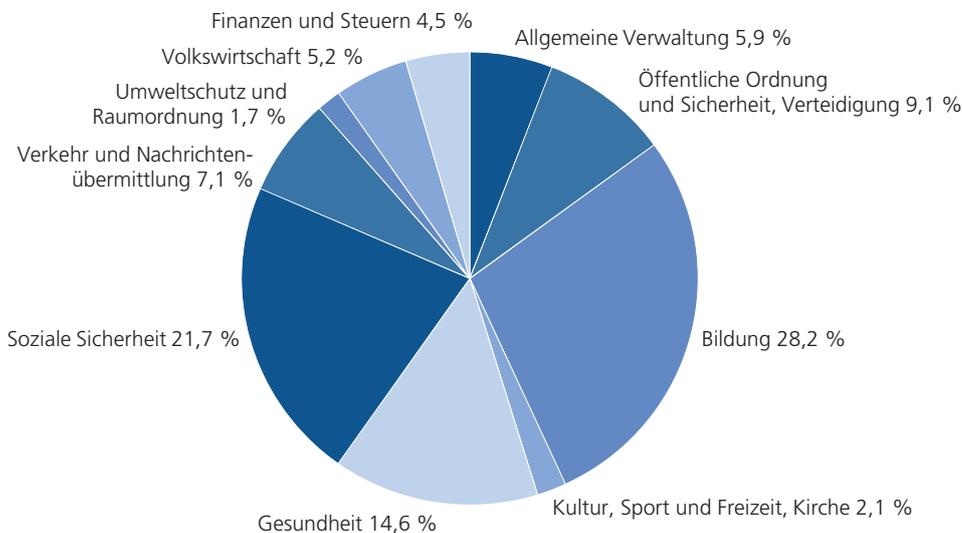
Die *Transfers* von den Kantonen *an die Gemeinden* sind in zwei weiteren Tabellen detailliert dargestellt. Im Jahr 2016 haben die Kantone rund 5,9 Milliarden in erster Linie zugunsten der Bereiche «Finanzen und Steuern» (39 %) sowie «soziale Sicherheit» (31 %) gezahlt. Die Zunahme um 6,1 % bei der sozialen Sicherheit ergibt sich primär wegen wachsenden Ausgaben zugunsten der Sozialhilfe und dem Asylwesen. Im Bereich «Finanzen und Steuern» steigen die Transfers an Finanz- und Lastenausgleichszahlungen um 1,3 % bei gleichzeitig sinkenden Ertragsanteilen ohne Zweckbindung (-1,6 %).

In der *Investitionsrechnung* 2016 nehmen die ordentlichen *Investitionsausgaben* um 4,6 % ab und die entsprechenden Einnahmen um 1 % zu. Die Verbesserung der kantonalen *Investitionsereinnahmen* (+24 Mio.) zeigt sich hauptsächlich in der Rubrik Rückzahlung von Darlehen (+155 Mio.) bei gleichzeitig verminderten Investitionsbeiträgen (-133 Mio.). Die höheren Darlehensrückzahlungen entstehen hauptsächlich im Kanton *Zürich*. Geringere Investitionsbeiträge haben vor allem die Kantone *Graubünden* (-106 Mio.) und *Bern* (-59 Mio.). Die deutlich tieferen Investitionsausgaben (-324 Mio.) ergeben sich aus gegenläufigen Entwicklungen bei den Unterpositionen, so nehmen die Beteiligungen und Grundkapitalien sowie die Sachanlagen ab, während die Investitionsbeiträge und Darlehen wachsen.

Die Gesamtergebnisse der einzelnen Kantone zeigt die Tabelle «Erfolgs- und Finanzierungsrechnung, Kantone – 2016». Insgesamt präsentieren 14 Kantone ein negatives und 2 ein ausgeglichenes Finanzierungsergebnis (+/- 2 Mio.). Zehn Kantone weisen ein positives Finanzierungsergebnis aus, den höchsten Gewinn erzielt der Kanton *Waadt*.

Abbildung 4: Ausgaben nach Funktionen – Kantone, 2016

Total Ausgaben: CHF 86 778 704 949



Die Ausgaben der Kantone nehmen im Bereich «soziale Sicherheit» mit 5,6% bzw. 992 Millionen gegenüber dem Vorjahr am stärksten zu. Hauptgründe sind die Migration (+411 Mio.), Krankenkassenprämienverbilligungen (+283 Mio.) sowie Ergänzungsleistungen zur AHV (+206 Mio.).

Gegenüber 2015 weitet sich die Bilanz der Kantone um 2,6 Milliarden (+2,3 %) aus, damit setzt sich der langfristige Trend zur Bilanzerweiterung fort. Verantwortlich für die jüngsten Bilanzerweiterungen sind vorwiegend Umgliederungen und Neubewertungen, die im Rahmen der Umstellungen auf das harmonisierte Rechnungslegungsmodell (HRM2) erfolgt sind. Mit der Rechnung 2016 hat der Kanton Schwyz seine Rechnungslegung umgestellt und damit auch den detaillierteren Kontenplan übernommen.

Das Fremdkapital der Kantone erhöht sich wegen den schuldenrelevanten Komponenten um 2,4 Milliarden. Die Bruttoschulden steigen Ende 2016 um 2,3% auf 64,3 Milliarden an. Der Anstieg ergibt sich aus gegenläufigen Bewegungen: die laufenden Verbindlichkeiten (+0,2 Mrd.) und kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten (+1,6 Mrd.) nehmen zu, während die langfristigen Finanzverbindlichkeiten um 0,3 Milliarden zurückgehen.

Die Kantone Genf, Zürich, Bern, Basel-Stadt und Basel-Landschaft zusammen halten einen Schuldenanteil von 61,6 % (2015: 61,9 %). Pro Kopf beträgt die Bruttoschuld aller Kantone 7 640 Franken; gegenüber dem Vorjahr erhöht sich diese um 88 Franken bzw. um 1,2 %. Der Kanton Genf weist im Jahr 2016 mit 31 503 Franken pro Einwohner die höchste Verschuldung aus, gefolgt von den Kantonen Basel-Stadt (Fr. 26 453) und Basel-Landschaft (Fr. 15 326). Zu berücksichtigen ist allerdings, dass in den Schulden des Kantons Basel-Stadt auch jene der Stadt Basel enthalten sind. Während in den Kantonen Basel-Stadt (+461 Mio.; Fr. +2228 pro Kopf) und Basel-Landschaft (+178 Mio.; Fr. +498 pro Kopf) die Schulden wachsen, hat der Kanton Genf seine Schulden gegenüber 2015 abgebaut (-248 Millionen bzw. Fr. -824 pro Kopf). Ende 2016 weisen die Kantone Obwalden (Fr. 1040), Freiburg (Fr. 2811) und Uri (Fr. 3012) die niedrigsten Pro-Kopf-Schulden aus.¹

¹ Die Bruttoschulden pro Kopf sind im Internet unter www.efv.admin.ch, Rubriken «Themen», «Finanzstatistik», «Berichterstattung», «FS-Modell: Kantone», «Kantone im Vergleich» verfügbar.

Rechnungsabschlüsse – Kantone

Mio. CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Erfolgsrechnung					
Ertrag	78 815	80 242	81 460	84 982	86 034
Aufwand	80 294	81 224	83 693	87 212	86 036
Erfolg	- 1 479	- 983	- 2 233	- 2 229	- 2
Finanzierungsrechnung					
Einnahmen	79 773	81 353	82 830	86 092	87 324
Ausgaben	83 209	83 263	85 206	88 576	86 779
Finanzierungsergebnis	- 3 436	- 1 909	- 2 376	- 2 484	546
Bilanz					
Finanzvermögen	47 852	47 449	50 312	49 624	52 377
Verwaltungsvermögen	55 851	58 952	60 487	61 593	61 392
Fremdkapital	78 415	76 947	81 925	83 518	85 919
Eigenkapital	25 289	29 454	28 873	27 700	27 850
Bilanzsumme	103 703	106 401	110 798	111 218	113 769

Erfolgsrechnung – Kantone

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Betrieblicher Aufwand	76 922 893	78 635 203	80 281 408	82 010 424	83 972 185
Personalaufwand	26 302 256	26 729 289	27 092 758	27 586 766	27 910 579
Sach- und übriger Betriebsaufwand	8 584 616	8 981 262	9 131 339	9 225 384	9 259 209
Rüstungsaufwand					
Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen	3 189 499	3 152 904	3 137 284	3 097 720	3 472 527
Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	726 195	808 476	569 557	613 978	574 574
Transferaufwand	38 120 327	38 963 272	40 350 470	41 486 576	42 755 296
Betrieblicher Ertrag	75 273 772	76 788 690	77 792 317	81 432 938	82 586 124
Fiskalertrag	41 660 933	42 348 961	43 481 520	44 364 781	45 594 808
Regalien und Konzessionen	1 695 293	1 615 373	959 955	2 380 182	1 636 756
Entgelte	6 636 648	7 006 640	7 146 075	7 323 934	7 277 616
Verschiedene Erträge	219 726	250 057	375 155	393 184	373 927
Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	911 167	834 049	665 127	570 311	604 899
Transferertrag	24 150 004	24 733 610	25 164 484	26 400 545	27 098 118
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-1 649 121	-1 846 514	-2 489 092	- 577 486	-1 386 060
Finanzaufwand	1 287 756	1 214 728	1 161 297	1 117 956	986 956
Finanzertrag	3 067 095	3 002 379	3 152 465	3 053 333	3 173 457
Finanzergebnis	1 779 338	1 787 651	1 991 168	1 935 376	2 186 502
Ordentliches Ergebnis	130 217	- 58 862	- 497 924	1 357 890	800 441
Ausserordentlicher Aufwand	2 083 763	1 374 330	2 250 287	4 083 543	1 076 714
Ausserordentlicher Ertrag	474 355	450 646	515 299	496 205	274 706
Ausserordentliches Ergebnis	-1 609 408	- 923 684	-1 734 988	-3 587 339	- 802 008
Erfolg	-1 479 192	- 982 546	-2 232 912	-2 229 449	- 1 566

Finanzierungsrechnung – Kantone

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Betriebliche Ausgaben	72 537 175	74 183 299	75 773 342	77 297 068	78 552 615
Personalausgaben	26 302 256	26 729 289	27 092 758	27 586 766	27 910 579
Sach- und übrige Betriebsausgaben	8 587 820	8 972 400	9 067 289	9 163 140	9 208 273
Rüstungsausgaben					
Transferausgaben	37 647 100	38 481 609	39 613 295	40 547 162	41 433 762
Betriebliche Einnahmen	74 301 037	75 878 481	77 041 453	80 769 506	81 891 615
Fiskaleinnahmen	41 660 933	42 348 961	43 481 520	44 364 781	45 594 808
Regalien und Konzessionen	1 695 293	1 615 373	959 955	2 380 182	1 636 756
Entgelte	6 636 648	7 006 640	7 146 075	7 323 934	7 277 616
Verschiedene Einnahmen	219 726	250 057	375 155	393 184	373 927
Transfereinnahmen	24 088 437	24 657 451	25 078 747	26 307 425	27 008 507
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	1 763 862	1 695 182	1 268 111	3 472 438	3 339 000
Finanzausgaben	1 129 790	1 104 438	1 027 224	973 867	888 034
Finanzeinnahmen	2 693 683	2 783 509	2 839 499	2 771 795	2 826 844
Finanzergebnis	1 563 892	1 679 070	1 812 275	1 797 928	1 938 810
Investitionsausgaben	7 550 969	6 890 748	6 517 205	6 966 293	6 642 616
Sachanlagen	4 794 045	4 392 511	4 158 212	4 098 465	4 006 847
Investitionen auf Rechnung Dritter	6 408	17 900	8 198	3 938	2 307
Investitionen, immaterielle Anlagen	99 027	96 904	128 061	123 468	141 471
Darlehen und Beteiligungen n.a.g.	259 325	139 604	53 175	47 961	113 111
Darlehen	150 102	246 039	244 511	317 233	391 659
Beteiligungen und Grundkapitalien	442 994	155 178	128 123	639 543	67 590
Investitionsbeiträge	1 799 069	1 842 612	1 796 925	1 735 683	1 919 631
Investitionseinnahmen	2 778 210	2 690 735	2 784 282	2 466 781	2 490 734
Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen	66 018	228 946	32 961	162 283	115 512
Rückerstattungen	262 891	63 579	81 894	91 918	82 396
Abgang immaterielle Sachanlagen	484	181	243	71	10 489
Rückzahlung von Darlehen und Beteiligungen n.a.g.	102 345	92 741	73 491	49 619	99 164
Rückzahlung von Darlehen	197 658	321 968	606 063	252 577	407 967
Übertragung von Beteiligungen	4 511	2 073	1 816	36	1 040
Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	21 987	14 630	12 874	15 386	12 515
Investitionsbeiträge	2 122 317	1 966 617	1 974 939	1 894 891	1 761 651
Nettoinvestitionen	-4 772 759	-4 200 013	-3 732 923	-4 499 512	-4 151 882
Ordentliches Ergebnis	-1 445 004	- 825 760	- 652 537	770 854	1 125 928
Ausserordentliche Ausgaben	1 991 377	1 084 170	1 887 730	3 338 448	695 441
Ausserordentliche Ausgaben	1 991 377	1 084 170	1 887 730	3 338 448	695 441
Ausserordentliche Investitionsausgaben					
Ausserordentliche Einnahmen		708	164 304	83 684	115 089
Ausserordentliche Einnahmen			164 304	83 684	28 116
Ausserordentliche Investitionseinnahmen		708			86 973
Ausserordentliches Ergebnis	-1 991 377	-1 083 462	-1 723 426	-3 254 764	- 580 352
Finanzierungsergebnis	-3 436 381	-1 909 222	-2 375 964	-2 483 910	545 576

Bilanz – Kantone

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Aktiven	103 703 208	106 400 518	110 798 257	111 217 705	113 768 905
Finanzvermögen	47 852 278	47 448 805	50 311 715	49 624 228	52 376 766
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	9 301 299	7 288 839	8 477 981	7 819 868	7 702 563
Forderungen	21 676 261	21 148 495	19 777 649	19 457 901	21 456 686
Kurzfristige Finanzanlagen	2 063 612	2 618 151	2 389 287	1 591 115	1 907 586
Aktive Rechnungsabgrenzungen	3 873 583	4 843 501	8 633 957	8 223 659	7 687 820
Vorräte und angefangene Arbeiten	144 208	146 739	175 316	193 185	200 711
Finanzanlagen	5 151 590	5 298 282	5 693 149	7 017 389	7 386 246
Sachanlagen, FV	4 331 026	4 643 296	4 700 438	4 873 157	5 593 745
Forderungen gegenüber Spezialfinanzierungen und Fonds im Fremdkapital	1 310 699	1 461 502	463 939	447 955	441 408
Verwaltungsvermögen	55 850 930	58 951 714	60 486 542	61 593 476	61 392 139
Sachanlagen, VV	33 119 281	34 993 538	38 231 800	38 701 920	39 087 605
Vorräte, VV	38 150	38 910	885	670	1 082
Immaterielle Anlagen	103 729	126 942	361 756	327 689	332 029
Darlehen und Beteiligungen n.a.g.	9 513 556	7 148 749	1 905 496	2 062 221	1 740 090
Darlehen	2 854 280	3 718 933	4 834 061	4 672 154	4 216 912
Beteiligungen, Grundkapitalien	4 622 922	7 028 810	9 017 143	9 700 381	9 568 227
Investitionsbeiträge	5 805 462	6 110 922	6 345 203	6 159 833	6 483 116
Guthaben gegenüber öffentlichen Haushalten					
Kumulierte zusätzliche Abschreibungen	- 206 449	- 215 091	- 209 803	- 31 391	- 36 922
Passiven	103 703 208	106 400 518	110 798 257	111 217 705	113 768 905
Fremdkapital	78 414 643	76 946 698	81 924 979	83 517 839	85 918 652
Laufende Verbindlichkeiten	16 149 131	14 638 488	14 692 812	15 781 611	15 987 368
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	7 289 322	7 988 995	9 244 795	7 066 243	8 664 428
Passive Rechnungsabgrenzungen	8 284 631	9 133 181	9 078 124	9 313 407	9 905 660
Kurzfristige Rückstellungen	3 886 503	922 925	1 479 304	867 222	867 246
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	32 975 577	35 228 839	39 859 080	41 937 511	41 602 651
Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Haushalten					
Langfristige Rückstellungen	5 656 989	5 002 601	4 139 691	5 006 049	5 200 506
Zweckgebundene Mittel/Fonds	4 172 491	4 031 669	3 431 173	3 545 796	3 690 793
Eigenkapital	25 288 565	29 453 820	28 873 278	27 699 866	27 850 253
Spezialfinanzierungen und Fonds und Eigenkapital	3 791 063	4 316 093	4 435 778	4 082 346	4 304 051
Rücklagen der Globalbudgetbereiche	149 275	131 781	176 144	198 422	213 757
Vorfinanzierungen	989 241	987 637	1 179 243	1 265 229	1 373 861
Aufwertungsreserve	2 589 878	4 483 940	5 189 410	5 100 702	3 704 180
Neubewertungsreserve Finanzvermögen	642 016	1 851 350	1 759 601	1 265 395	1 325 577
Übriges Eigenkapital	817 160	244 618	825 841	1 292 337	1 260 551
Bilanzüberschuss/-fehlbetrag	15 682 093	15 652 334	13 526 081	12 256 654	13 860 201

Ausgaben nach Funktionen – Kantone

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Total	83 209 312	83 262 655	85 205 501	88 575 676	86 778 705
Allgemeine Verwaltung	6 443 181	5 578 810	6 422 193	7 719 799	5 082 233
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	7 290 173	7 602 247	7 723 447	7 876 329	7 897 434
Bildung	23 148 968	23 504 125	23 983 469	24 292 710	24 436 295
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	1 604 148	1 582 716	1 685 250	1 761 599	1 798 835
Gesundheit	11 801 136	11 901 866	12 030 579	12 377 611	12 665 979
Soziale Sicherheit	16 455 970	16 687 658	17 237 798	17 849 195	18 840 710
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	6 317 931	6 403 969	6 189 460	6 241 521	6 122 975
Umweltschutz und Raumordnung	1 492 781	1 493 656	1 442 237	1 430 546	1 482 780
Volkswirtschaft	4 497 247	4 471 212	4 485 437	5 034 604	4 529 975
Finanzen und Steuern	4 157 775	4 036 395	4 005 632	3 991 762	3 921 488

Fiskalertrag – Kantone

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Fiskalertrag	41 660 933	42 348 961	43 481 520	44 364 781	45 594 808
Direkte Steuern natürliche Personen	29 521 434	29 861 418	30 594 983	31 360 006	31 913 152
Einkommenssteuern natürliche Personen	23 995 215	24 114 636	24 325 205	24 841 328	25 089 908
Vermögenssteuern natürliche Personen	3 396 832	3 531 962	3 839 667	4 044 141	4 237 896
Quellensteuern natürliche Personen	2 091 862	2 158 286	2 315 552	2 343 545	2 442 289
Personensteuern	12 024	12 370	12 336	12 652	12 880
Übrige direkte Steuern natürliche Personen	25 501	44 164	102 223	118 341	130 179
Direkte Steuern juristische Personen	6 707 230	7 028 161	7 248 721	7 290 974	7 770 255
Gewinnsteuern juristische Personen	5 747 096	5 985 446	6 266 460	6 293 758	6 640 950
Kapitalsteuern juristische Personen	957 190	1 032 323	942 593	947 494	1 079 668
Quellensteuern juristische Personen					
Übrige direkte Steuern juristische Personen	2 944	10 392	39 667	49 723	49 637
Übrige direkte Steuern	3 193 476	3 303 207	3 430 753	3 453 734	3 610 956
Verrechnungssteuer (nur Bund)					
Grundsteuern	315 125	303 255	264 079	348 972	391 310
Vermögensgewinnsteuern	1 110 590	1 167 788	1 178 060	1 207 174	1 233 909
Vermögensverkehrssteuern	933 003	924 188	865 885	886 670	919 747
Erbschafts- und Schenkungssteuern	782 990	854 314	1 073 970	963 960	1 017 871
Spielbanken- und Spielautomatenabgabe	51 769	53 662	48 760	46 959	48 119
Besitz- und Aufwandsteuern	2 238 793	2 156 175	2 207 063	2 260 067	2 300 444
Motorfahrzeugsteuern	2 158 934	2 088 460	2 130 623	2 180 771	2 220 862
Schiffssteuer	17 733	18 069	27 288	29 476	30 363
Vergnügungssteuern	35 341	19 561	19 707	20 148	19 630
Hundesteuer	9 356	9 697	9 116	9 465	9 752
Übrige Besitz- und Aufwandsteuer	17 430	20 388	20 329	20 208	19 837

Schulden – Kantone

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Bruttoschulden	55 167 091	56 645 948	61 875 277	62 882 670	64 323 413
Laufende Verbindlichkeiten	16 149 131	14 638 488	14 692 812	15 781 611	15 987 368
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	7 289 322	7 988 995	9 244 795	7 066 243	8 664 428
<i>abzüglich: derivative Finanzinstrumente</i>	<i>31 932</i>	<i>12 861</i>	<i>38 222</i>	<i>9 541</i>	<i>9 343</i>
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	32 975 577	35 228 839	39 859 080	41 937 511	41 602 651
<i>abzüglich: passivierte Investitionsbeiträge</i>	<i>1 215 006</i>	<i>1 197 513</i>	<i>1 883 188</i>	<i>1 893 154</i>	<i>1 921 692</i>
Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Haushalten					

Transfers nach Sachgruppen – zwischen den Kantonen

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Total	4 351 543	4 422 273	4 512 008	4 590 570	4 708 184
Ertragsanteile an Kantone und Konkordate					
Entschädigungen an Kantone und Konkordate	209 784	282 872	278 480	278 865	308 092
Finanz- und Lastenausgleich an Kantone	1 574 778	1 619 865	1 627 598	1 671 931	1 685 972
Ressourcenausgleich	1 452 919	1 500 219	1 507 952	1 552 285	1 572 308
Sozio-demografischer Lastenausgleich					
Geografisch-topografischer Lastenausgleich					
Härteausgleich	121 859	119 646	119 646	119 646	113 663
Vertikaler Finanzausgleich von Gemeinde an Kanton					
Vertikaler Lastenausgleich von Gemeinde an Kanton					
Weitergabe Ressourcen- und Härteausgleich der Geberkantone					
Beiträge an Kantone und Konkordate	2 562 135	2 513 656	2 598 331	2 630 632	2 695 942
Ausserordentliche Transferausgaben; Kantone und Konkordate					
Investitionsbeiträge, Kantone und Konkordate	4 847	5 880	7 600	9 143	18 178
Ausserordentliche Investitionsbeiträge, Kantone und Konkordate					

Transfers nach Funktionen – zwischen den Kantonen

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Total	4 351 543	4 422 273	4 512 008	4 590 570	4 708 184
Allgemeine Verwaltung	2 151	2 398	2 414	3 331	2 871
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	32 469	30 720	33 452	34 321	36 885
Bildung	2 563 480	2 598 798	2 680 570	2 712 941	2 808 103
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	19 083	19 323	18 713	18 819	19 488
Gesundheit	16 352	16 416	15 714	16 551	15 849
Soziale Sicherheit	125 011	117 115	113 822	110 454	112 435
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	10 052	7 748	10 287	13 238	17 795
Umweltschutz und Raumordnung	3 047	3 591	3 645	3 619	3 630
Volkswirtschaft	5 120	6 299	5 793	5 365	5 157
Finanzen und Steuern	1 574 778	1 619 865	1 627 598	1 671 931	1 685 972

Finanz- und Lastenausgleich – Kantone

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Transferausgaben	1 565 022	1 494 845	1 518 221	1 510 197	1 521 527
Finanz- und Lastenausgleich an Kantone					
Finanz- und Lastenausgleich an Gemeinden	1 344 391	1 306 747	1 430 632	1 432 393	1 444 401
Finanzausgleich n.a.g.	220 631	188 098	87 589	77 804	77 126
Transfereinnahmen	3 453 724	3 597 776	3 594 079	3 618 633	3 592 975
Finanz- und Lastenausgleich Bund	3 101 559	3 177 655	3 185 168	3 238 182	3 245 891
Finanz- und Lastenausgleich von Kantonen					
Finanz- und Lastenausgleich von Gemeinden	208 469	287 526	368 606	339 302	309 969
Finanzausgleich n.a.g.	143 695	132 595	40 306	41 149	37 115

Transfers nach Sachgruppen – Kantone an Gemeinden

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Total	5 572 314	5 461 746	5 679 553	5 817 148	5 874 747
Einnahmensanteile Gemeinden und Gemeindezweckverbände	703 898	706 487	737 196	771 173	758 528
Gemeindeanteile an kantonalen Steuern	686 995	688 969	713 911	751 694	736 327
Gemeindeanteile an Regalien und Konzessionen	1 836	1 974	1 849	1 328	952
Gemeindeanteile an kantonalen Gebühren	4 944	5 636	3 907	3 785	6 325
Gemeindeanteile an übrigen kantonalen Einnahmen	10 124	9 908	17 529	14 366	14 924
Entschädigungen an Gemeinden und Gemeindezweckverbände	715 398	749 909	761 655	768 213	814 814
Finanz- und Lastenausgleich an Gemeinden	1 344 391	1 306 747	1 430 632	1 432 393	1 444 401
Weitergabe eines Anteils am Ressourcenausgleich an Gemeinden	182 805	182 279	189 753	191 867	198 804
Weitergabe eines Anteils am sozio-demografischen Ausgleich an Gemeinden	68 331	70 048	92 650	124 105	141 742
Weitergabe eines Anteils am geografisch-topografischen Ausgleich an Gemeinden	83 488	80 016	79 251	79 286	80 108
Weitergabe eines Anteils am Härteausgleich an Gemeinden					
Innerkantonaler vertikaler Finanzausgleich	367 969	325 682	428 238	419 301	301 367
Innerkantonaler vertikaler Lastenausgleich	641 798	648 722	640 740	617 834	722 380
Horizontaler Finanzausgleich von Gemeinde an Gemeinde					
Horizontaler Lastenausgleich von Gemeinde an Gemeinde					
Finanzausgleich n.a.g.	220 631	188 098	87 589	77 804	77 126
Beiträge an Gemeinden und Gemeindezweckverbände	2 250 196	2 197 059	2 316 835	2 404 896	2 415 774
Ausserordentliche Transferausgaben; Gemeinden und Gemeindezweckverbände					
Investitionsbeiträge, Gemeinden und Gemeindezweckverbände	337 800	313 447	345 645	362 668	364 104
Ausserordentliche Investitionsbeiträge, Gemeinden und Gemeindezweckverbände					

Transfers nach Funktionen – Kantone an Gemeinden

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Total	5 572 314	5 461 746	5 679 553	5 817 148	5 874 747
Allgemeine Verwaltung	196 968	211 897	193 964	179 809	162 668
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	79 870	100 000	95 653	93 935	88 276
Bildung	928 139	884 167	980 214	976 995	935 174
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	16 629	15 387	18 539	28 397	24 660
Gesundheit	22 350	9 542	12 068	11 217	12 180
Soziale Sicherheit	1 566 017	1 579 762	1 605 221	1 715 477	1 820 716
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	199 316	174 223	179 656	197 637	201 226
Umweltschutz und Raumordnung	196 527	190 537	219 155	211 754	222 376
Volkswirtschaft	97 579	94 899	119 665	120 556	119 096
Finanzen und Steuern	2 268 920	2 201 332	2 255 417	2 281 370	2 288 374

Erfolgs- und Finanzierungsrechnung, Kantone – 2016

Mio. CHF	Ertrag	Aufwand	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
Total	86 034	86 036	- 2	87 324	86 779	546
Zürich	13 228	12 970	258	13 394	13 127	266
Bern	11 404	11 093	311	11 666	11 519	147
Luzern	3 130	3 154	- 24	3 165	3 202	- 37
Uri	373	377	- 4	412	413	- 1
Schwyz	1 381	1 297	85	1 380	1 292	88
Obwalden	275	281	- 6	294	306	- 13
Nidwalden	341	342	- 1	348	351	- 3
Glarus	358	353	4	350	349	1
Zug	1 302	1 400	- 98	1 325	1 429	- 105
Freiburg	3 476	3 541	- 65	3 428	3 355	74
Solothurn	2 132	2 141	- 9	2 149	2 197	- 48
Basel-Stadt	5 335	5 766	- 431	5 156	5 345	- 189
Basel-Landschaft	2 696	2 853	- 158	2 706	3 003	- 296
Schaffhausen	725	711	14	740	678	61
Appenzell Ausserrhoden	444	451	- 8	446	472	- 26
Appenzell Innerrhoden	147	144	3	148	154	- 6
Sankt Gallen	4 468	4 413	54	4 422	4 406	16
Graubünden	2 234	2 289	- 55	2 339	2 366	- 27
Aargau	4 841	4 951	- 110	4 847	4 974	- 127
Thurgau	1 888	1 858	30	1 872	1 892	- 19
Tessin	3 473	3 499	- 26	3 542	3 581	- 39
Waadt	10 174	9 869	305	10 208	9 786	422
Wallis	3 261	3 182	78	3 567	3 407	161
Neuenburg	2 107	2 180	- 73	2 112	2 186	- 74
Genf	9 138	9 131	8	9 324	9 050	274
Jura	878	883	- 6	924	919	5
Konkordate	1 767	1 749	17	1 701	1 661	40

Das Total ist um Transfers zwischen den öffentlichen Haushalten bereinigt.

Bilanz, Kantone – 2016

Mio. CHF	Finanzvermögen	Verwaltungs- vermögen	Fremdkapital	Eigenkapital	Bilanzsumme	Bruttoschulden
Total	52 377	61 392	85 919	27 850	113 769	64 323
Zürich	7 861	13 780	11 759	9 882	21 641	7 791
Bern	4 226	3 336	10 454	- 2 892	7 562	6 914
Luzern	1 496	4 722	2 389	3 828	6 217	1 548
Uri	157	235	140	252	392	109
Schwyz	551	250	575	226	801	476
Obwalden	157	130	106	182	288	39
Nidwalden	303	329	323	310	633	287
Glarus	376	198	191	383	574	163
Zug	987	481	661	806	1 467	578
Freiburg	2 280	868	1 483	1 665	3 148	877
Solothurn	1 110	1 630	2 646	95	2 741	2 410
Basel-Stadt	4 566	6 159	6 787	3 938	10 725	5 107
Basel-Landschaft	2 208	2 396	5 081	- 477	4 604	4 377
Schaffhausen	297	264	375	186	560	296
Appenzell Ausserrhoden	184	260	285	159	444	259
Appenzell Innerrhoden	137	46	59	125	184	53
Sankt Gallen	2 655	1 030	2 575	1 109	3 684	1 846
Graubünden	2 782	1 035	1 503	2 313	3 817	932
Aargau	1 433	1 937	3 174	196	3 370	2 350
Thurgau	840	1 055	1 275	620	1 895	919
Tessin	2 929	1 470	4 869	- 471	4 399	3 650
Waadt	6 277	1 732	5 525	2 484	8 009	3 439
Wallis	2 147	1 167	3 225	89	3 314	2 176
Neuenburg	728	656	2 001	- 616	1 384	1 603
Genf	4 936	15 601	17 405	3 133	20 538	15 422
Jura	242	468	522	188	710	473
Konkordate	511	156	531	137	668	229

25 Gemeinden

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die finanzielle Lage 2016 der Gemeinden ein wenig verbessert. Zwar schliesst die Finanzierungsrechnung 2016 zum fünften Mal in Folge mit einem Defizit, gegenüber 2015 hat sich das Defizit jedoch vermindert und die Bruttoschulden verharren weiterhin auf 51,4 Milliarden.

In der konsolidierten Erfolgsrechnung 2016 resultiert für den Teilsektor «Gemeinden» ein positives Ergebnis von 813 Millionen. Während der *Aufwand* um 1,5 % wächst, legt der *Ertrag* um 3 % auf 47,7 Milliarden zu. Die Ertragszunahme ergibt sich hauptsächlich durch den *Fiskalertrag* und *Finanzertrag*. Der Fiskalertrag, der im Jahr 2016 59,7 % des Ertrags ausmacht, nimmt um 3,2 % auf 28,4 Milliarden zu. Der Anstieg um 883 Millionen entsteht grösstenteils in den *Gemeinden* der Kantone *Zürich* (+526 Mio.), *Solothurn* (+76 Mio.) und *Tessin* (+72 Mio.). Allein in der Stadt *Zürich* haben im Jahr 2016 aussergewöhnlich hohe Steuernachträge aus Vorjahren sowohl bei den natürlichen als auch bei den juristischen Personen dazugeführt, dass der Fiskalertrag aus dem Vorjahr um 342 Millionen übertroffen wurde. Im Gegensatz dazu haben die *Gemeinden* des Kantons *Genf* die grösste Einbusse beim Fiskalertrag (-73 Mio.) erlitten. Einen Grossteil des Rückgangs zeigt sich in der Stadt *Genf*, deren Fiskalertrag hauptsächlich aufgrund von verminderten Steuereinnahmen natürlicher Personen um 45 Millionen sinkt.

In der Erfolgsrechnung 2016 beläuft sich das *Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit* der Gemeinden insgesamt auf -1,2 Milliarden. Im Vergleich zur Vorjahresrechnung nimmt der *betriebliche Ertrag* um 1,6 % zu, während der *betriebliche Aufwand* stabil (+0,2 %) bleibt. Der Personalaufwand, der im Jahr 2016 einen Drittel des betrieblichen Aufwands ausmacht, wächst um 1,5 %. Im Beobachtungszeitraum ab 1990 übersteigt der Transferaufwand erstmals den Personalaufwand. Gegenüber dem Vorjahr verzeichnet er einen Anstieg um 2,6 %. Ein deutlich höherer Transferaufwand kommt dabei vor allem in den *Gemeinden* der Kantone *Zürich* und *Basel-Landschaft* zustande. Der Anstieg bei den *Zürcher Gemeinden* ergibt sich in der Rubrik Entschädigungen an den Kanton und die Konkordate. Prozentual gesehen verzeichnet die Rubrik Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen mit -11,5 % gegenüber dem Vorjahr den stärksten Rückgang im betrieblichen Aufwand. Rund drei Viertel der deutlichen Abnahme an Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen findet in den *Gemeinden* der Kantone *Waadt* (-35 Mio.), *Bern* (-33 Mio.) und *Genf* (-31 Mio.) statt.

Das *ausserordentliche Ergebnis* der Erfolgsrechnung 2016 beträgt -522 Millionen und setzt sich aus einem *ausserordentlichen Ertrag* von 360 Millionen und einem *ausserordentlichen Aufwand* von 882 Millionen zusammen. Ausserordentliche Geschäftsvorfälle weisen vor allem die *Berner* und *Zürcher Gemeinden* aus. In den Rechnungen der *Berner Gemeinden* sind es primär Einlagen in und Entnahmen aus dem Eigenkapital. Bei den *Zürcher Gemeinden* fallen zusätzlich auch ausserordentliche Aufwände im Rahmen von Pensionskassensanierungen an.

In der konsolidierten *Finanzierungsrechnung* 2016 resultiert zum fünften Mal in Folge ein Defizit. Der Verlust beträgt 344 Millionen. Im ordentlichen Haushalt 2016 haben die Gemeinden netto 6,1 Milliarden investiert, dies sind 179 Millionen mehr als im Vorjahr. Während die ordentlichen *Investitionsausgaben* einen leichten Rückgang um 49 Millionen verbuchen, gehen die ordentlichen *Investitionseinnahmen* um 228 Millionen zurück. Die geringeren Investitionsausgaben ergeben sich primär aus verminderten Investitionen in Sachanlagen (-184 Mio.) bei gestiegenen Investitionsbeiträgen (+136 Mio.). So haben im Jahr 2016 insbesondere die *Gemeinden* der Kantone *Bern* und *Zürich* weniger in Sachanlagen investiert. Die reduzierten Investitionseinnahmen ergeben sich derweil insbesondere in den *Gemeinden* der Kantone *Luzern* und *Waadt*.

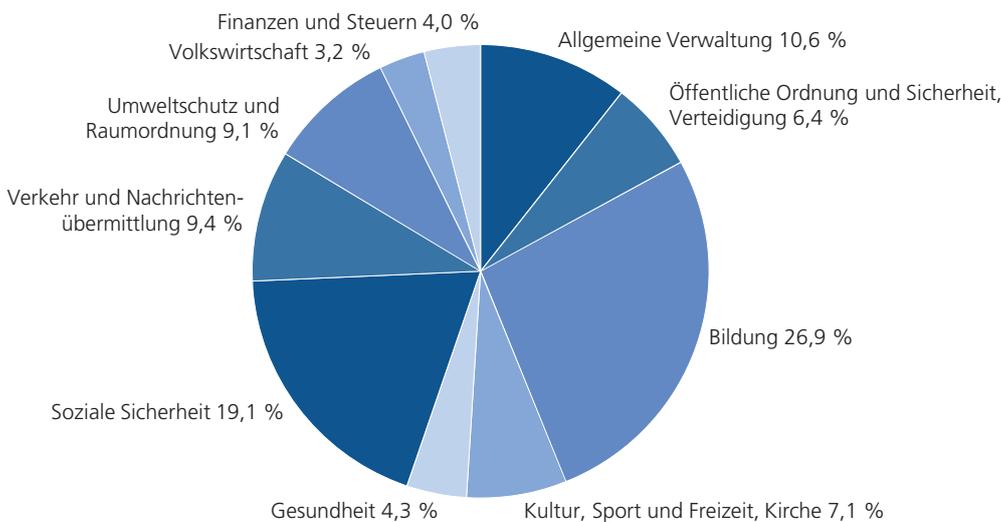
Die *Ausgaben* der Gemeinden belaufen sich im Jahr 2016 auf 47,7 Milliarden. Davon sind 26,9 % dem Bildungsbereich zugeflossen. Die Bildungsausgaben legen um 2,2 % auf 12,8 Milliarden zu. Der Anstieg resultiert in erster Linie wegen Mehrausgaben für die obligatorische Schule in den *Gemeinden* der Kantone *Waadt* (+68 Mio.) und *Freiburg* (+56 Mio.). Auch prozentual betrachtet, weisen die *Gemeinden* dieser beiden Kantone ein deutliches Wachstum aus. Rund 19,1 % der kommunalen Gesamtausgaben fallen im Aufgabengebiet «soziale Sicherheit» an. Dieser Bereich legt gegenüber 2015 um 2 % auf 9,1 Milliarden zu. Der Anstieg um 182 Millionen ergibt sich primär aus Mehrausgaben für die Funktionsgruppen «Alter und Hinterlassene» (+98 Mio.) sowie «Sozialhilfe und Asylwesen» (+93 Mio.). Die Mehrausgaben für die Sozialhilfe und das Asylwesen tragen allen voran *Gemeinden* in den Kantonen *Zürich* (71 Mio.), *Sankt Gallen* (+18 Mio.) und *Aargau* (+17 Mio.). Die *Gemeinden* der Kantone *Obwalden* (+18,3 %), *Schwyz* (+16,8 %) und *Schaffhausen* (+13,6 %) verfügen dagegen über die stärksten prozentualen Zunahmen. Werden die Aufgabengebiete einander gegenübergestellt, so wächst der Bereich «Kultur, Sport und Freizeit, Kirche» am stärksten (+4,5 %). Am meisten zurückgegangen sind dagegen die Ausgaben in den Bereichen «Volkswirtschaft» (-4,4 %) sowie «Finanzen und Steuern» (-4,9 %). Der Rückgang von 97 Millionen im Bereich «Finanzen und Steuern» geht auf die *Genfer* und *Schwyzer Gemeinden* zurück. Der Aufgabenbereich «Volkswirtschaft» weist 2016 im Vorjahresvergleich einen Rückgang um 71 Millionen aus. Von dieser Minderung betroffen sind alle Funktionsgruppen, einzig die Rubrik «Brennstoffe und Energie» wächst (+1,7 %).

Die Tabelle «Erfolgs- und Finanzierungsrechnung, Städte und Kantonshauptorte – 2016» zeigt, dass von den insgesamt 55 Städten und Kantonshauptorten deren 30 ihre Finanzierungsrechnung mit einem Defizit abschliessen. 11 Orte präsentieren ein nahezu ausgeglichenes Finanzierungsergebnis (+/- 2 Mio.) und 14 einen Überschuss. Auf kommunaler Ebene speziell nennenswert

ist, dass die Stadt *Basel* über keinen eigenen Haushalt verfügt, weshalb sie im Rahmen der Kantonsrechnungen ausgewiesen wird. Mit dem Rechnungsjahr 2016 haben weitere *Gemeinden* der Kantone *Zürich*, *Bern*, *Solothurn*, *Sankt Gallen*, *Graubünden* und *Neuenburg*, das neue harmonisierte Rechnungslegungsmodell (HRM2) eingeführt.

Abbildung 5: Ausgaben nach Funktionen – Gemeinden, 2016

Total Ausgaben: CHF 47 735 292 051



Gegenüber 2008 wachsen die Ausgaben für die «obligatorische Schule» um rund ein Viertel. Jene Ausgaben machen im Jahr 2016 rund 90 % der kommunalen Bildungsausgaben aus.

Die *Bilanzsumme* der Gemeinden beläuft sich Ende 2016 auf 105,8 Milliarden. Gegenüber dem Vorjahr hat sie sich um 4,5 Milliarden erweitert. Die Erweiterung zeigt sich sowohl im Finanzvermögen (+2,1 Mrd.; +4,4 %) als auch im Verwaltungsvermögen (+2,4 Mrd.; +4,4 %). Ein Teil der Anstiege kommt durch Aufwertungen im Rahmen von HRM2-Umstellungen zustande. Die Restatements führen gleichzeitig zu einer Verbesserung des Eigenkapitals. Das *Eigenkapital* der Gemeinden wächst im Jahr 2016 insgesamt um 17,7 % auf 40,2 Milliarden. Allein auf die Städte und Kantonshauptorte, deren Kapital massiv zunimmt (+21,4 %), entfällt ein Anteil von 23,7 %.

Das *Fremdkapital* der Gemeinden geht wegen nicht schuldenrelevanten Komponenten um 2,4 % zurück. Die *Bruttoschulden*, die im Jahr 2016 78,3 % des Fremdkapitals ausmachen, nehmen ihrerseits um 0,1 % bzw. um rund 40 Millionen ab. Dieser Rückgang entsteht hauptsächlich bei den langfristigen Finanzverbindlichkeiten in den Gemeinden der Kantone *Bern* und *Zürich*.

Im Jahr 2016 gehen die Schulden der Städte und Kantonshauptorte insgesamt um rund 697 Millionen auf 25,4 Milliarden zurück. Davon entfallen 64 % der Schulden auf die Städte *Zürich* (7,6 Mrd.), *Bern* (2,7 Mrd.), *Lausanne* (2,6 Mrd.), *Winterthur* (1,7 Mrd.) und *Genf* (1,6 Mrd.). In Relation zur Einwohnerzahl zeigt sich für die Städte und Kantonshauptorte folgendes Bild: Die höchste Bruttoschuld pro Kopf ergibt sich für die Stadt *Bern* (Fr. 19 987), die tiefste für die Stadt *Appenzell* (Fr. 72). Die Stadt *Lausanne* weist mit 19 036 Franken die zweithöchste Bruttoschuld pro Einwohner auf, gefolgt von den Städten *Zürich* (Fr. 18 958), *Lugano* (Fr. 16 331) und *Winterthur* (Fr. 15 812). Im Jahr 2016 beträgt die Bruttoschuld aller Gemeinden 6103 Franken pro Einwohner. Gegenüber 2015 geht sie um 1,2 % bzw. um 72 Franken zurück.²

² Die Bruttoschulden pro Kopf sind im Internet unter www.efv.admin.ch, Rubriken «Themen», «Finanzstatistik», «Berichterstattung», «FS-Modell: Gemeinden», «Gemeinden im Vergleich» verfügbar.

Rechnungsabschlüsse – Gemeinden

Mio. CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Erfolgsrechnung					
Ertrag	43 568	44 168	45 078	46 280	47 666
Aufwand	44 027	44 898	45 070	46 157	46 853
Erfolg	- 460	- 730	9	122	813
Finanzierungsrechnung					
Einnahmen	44 147	44 504	45 443	46 831	47 391
Ausgaben	45 110	45 945	46 324	47 248	47 735
Finanzierungsergebnis	- 963	- 1 442	- 881	- 417	- 344
Bilanz					
Finanzvermögen	45 370	46 228	46 294	48 015	50 108
Verwaltungsvermögen	39 526	41 941	51 251	53 323	55 691
Fremdkapital	65 166	67 123	66 269	67 233	65 645
Eigenkapital	19 730	21 046	31 277	34 105	40 154
Bilanzsumme	84 896	88 169	97 546	101 338	105 799

Erfolgsrechnung – Gemeinden

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Betrieblicher Aufwand	42 238 077	43 334 429	43 489 440	44 492 594	44 596 931
Personalaufwand	13 855 927	14 071 750	14 346 483	14 525 813	14 742 623
Sach- und übriger Betriebsaufwand	9 615 664	9 664 647	9 524 029	9 566 225	9 613 529
Rüstungsaufwand					
Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen	4 541 369	4 780 164	4 686 676	4 805 557	4 404 206
Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	1 119 802	1 224 714	1 011 317	1 122 545	993 878
Transferaufwand	13 105 316	13 593 154	13 920 935	14 472 454	14 842 695
Betrieblicher Ertrag	40 189 734	40 666 003	41 686 507	42 725 894	43 389 015
Fiskalertrag	25 427 333	26 073 966	26 813 634	27 555 400	28 438 600
Regalien und Konzessionen	327 491	347 475	355 442	353 476	358 085
Entgelte	8 144 189	8 186 648	8 248 942	8 397 898	8 285 818
Verschiedene Erträge	76 666	70 465	90 887	101 402	121 943
Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	857 986	702 547	733 906	722 191	531 410
Transferertrag	5 356 068	5 284 900	5 443 695	5 595 527	5 653 159
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-2 048 344	-2 668 427	-1 802 933	-1 766 699	-1 207 916
Finanzaufwand	1 339 867	1 241 801	1 176 622	1 159 228	1 374 650
Finanzertrag	3 321 598	3 426 509	3 141 552	3 376 250	3 917 607
Finanzergebnis	1 981 731	2 184 708	1 964 930	2 217 022	2 542 958
Ordentliches Ergebnis	- 66 613	- 483 719	161 996	450 323	1 335 042
Ausserordentlicher Aufwand	449 240	321 990	403 497	505 217	881 733
Ausserordentlicher Ertrag	56 208	75 971	250 180	177 369	359 781
Ausserordentliches Ergebnis	- 393 032	- 246 019	- 153 317	- 327 848	- 521 952
Erfolg	- 459 645	- 729 737	8 680	122 475	813 090

Finanzierungsrechnung – Gemeinden

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Betriebliche Ausgaben	36 573 595	37 312 731	37 741 028	38 513 511	39 121 185
Personalausgaben	13 855 927	14 071 750	14 346 483	14 525 813	14 742 623
Sach- und übrige Betriebsausgaben	9 616 914	9 660 212	9 519 185	9 573 302	9 607 223
Rüstungsausgaben					
Transferausgaben	13 100 754	13 580 768	13 875 360	14 414 397	14 771 338
Betriebliche Einnahmen	39 330 831	39 962 157	40 949 315	41 988 859	42 839 078
Fiskaleinnahmen	25 427 333	26 073 966	26 813 634	27 555 400	28 438 600
Regalien und Konzessionen	327 491	347 475	355 442	353 476	358 085
Entgelte	8 144 189	8 186 648	8 248 942	8 397 898	8 285 818
Verschiedene Einnahmen	76 666	70 465	90 887	101 402	121 943
Transfereinnahmen	5 355 152	5 283 602	5 440 409	5 580 683	5 634 631
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	2 757 236	2 649 427	3 208 286	3 475 348	3 717 893
Finanzausgaben	1 260 146	1 165 055	1 121 823	1 089 561	1 032 958
Finanzeinnahmen	3 221 906	3 139 853	3 017 349	3 223 556	3 169 218
Finanzergebnis	1 961 760	1 974 798	1 895 526	2 133 996	2 136 260
Investitionsausgaben	6 873 871	7 234 325	7 334 997	7 497 024	7 447 794
Sachanlagen	5 161 033	5 478 979	5 673 541	5 985 792	5 801 719
Investitionen auf Rechnung Dritter	2 108	982	1 139	2 288	5 418
Investitionen, immaterielle Anlagen	127 821	130 280	182 123	162 696	119 032
Darlehen und Beteiligungen n.a.g.	278 329	100 651	32 824	30 155	990
Darlehen	53 552	53 245	71 851	91 332	62 889
Beteiligungen und Grundkapitalien	105 968	162 104	130 163	197 845	295 075
Investitionsbeiträge	1 145 061	1 308 083	1 243 356	1 026 916	1 162 671
Investitionseinnahmen	1 592 545	1 394 836	1 439 005	1 582 983	1 354 763
Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen	202 557	117 595	63 521	186 770	100 721
Rückerstattungen	109 355	99 455	98 066	134 854	85 123
Abgang immaterielle Sachanlagen			267	349	148
Rückzahlung von Darlehen und Beteiligungen n.a.g.	65 010	27 624	9 762	24 175	5 159
Rückzahlung von Darlehen	18 159	34 443	63 222	40 472	33 807
Übertragung von Beteiligungen	522	3 359	1 817	6 100	6 944
Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	6 269	2 609	2 311	5 869	1 505
Investitionsbeiträge	1 190 674	1 109 749	1 200 039	1 184 395	1 121 356
Nettoinvestitionen	-5 281 326	-5 839 489	-5 895 992	-5 914 041	-6 093 032
Ordentliches Ergebnis	- 562 330	-1 215 264	- 792 179	- 304 697	- 238 879
Ausserordentliche Ausgaben	402 445	233 388	126 125	148 109	133 355
Ausserordentliche Ausgaben	402 445	233 334	126 097	148 074	133 314
Ausserordentliche Investitionsausgaben		54	28	35	42
Ausserordentliche Einnahmen	1 786	6 829	37 265	35 774	27 865
Ausserordentliche Einnahmen	1 757	6 829	35 588	35 103	26 811
Ausserordentliche Investitionseinnahmen	29		1 676	671	1 054
Ausserordentliches Ergebnis	- 400 659	- 226 559	- 88 861	- 112 334	- 105 490
Finanzierungsergebnis	- 962 989	-1 441 823	- 881 040	- 417 031	- 344 369

Bilanz – Gemeinden

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Aktiven	84 896 248	88 168 633	97 545 561	101 337 692	105 798 710
Finanzvermögen	45 370 082	46 228 043	46 294 445	48 014 863	50 107 995
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	9 435 322	8 873 320	8 953 891	9 252 485	9 454 609
Forderungen	11 666 693	11 883 677	11 394 609	11 573 697	12 078 921
Kurzfristige Finanzanlagen	547 778	1 056 514	988 554	1 173 634	583 036
Aktive Rechnungsabgrenzungen	2 349 738	2 380 282	2 389 988	2 410 041	2 496 742
Vorräte und angefangene Arbeiten	175 604	183 080	171 886	173 883	185 949
Finanzanlagen	4 424 158	4 598 238	4 040 182	4 015 829	4 192 391
Sachanlagen, FV	15 737 437	16 222 595	17 862 832	18 978 931	20 741 086
Forderungen gegenüber Spezialfinanzierungen und Fonds im Fremdkapital	1 033 351	1 030 336	492 502	436 364	375 262
Verwaltungsvermögen	39 526 166	41 940 590	51 251 117	53 322 829	55 690 715
Sachanlagen, VV	33 947 918	35 821 051	44 231 975	46 012 787	47 990 672
Vorräte, VV	34 914	23 672	15 916	13 122	13 467
Immaterielle Anlagen	213 934	206 699	230 363	256 359	306 169
Darlehen und Beteiligungen n.a.g.	3 881 249	3 516 724	2 899 759	2 760 056	2 896 185
Darlehen	162 184	261 263	382 453	451 016	486 174
Beteiligungen, Grundkapitalien	230 979	979 059	1 536 595	1 761 711	1 889 916
Investitionsbeiträge	1 165 761	1 233 963	2 057 727	2 105 510	2 174 949
Guthaben gegenüber öffentlichen Haushalten					
Kumulierte zusätzliche Abschreibungen	- 110 773	- 101 841	- 103 673	- 37 732	- 66 817
Passiven	84 896 248	88 168 633	97 545 561	101 337 692	105 798 710
Fremdkapital	65 165 861	67 123 020	66 268 533	67 232 810	65 644 897
Laufende Verbindlichkeiten	10 389 792	10 312 570	9 955 440	9 878 199	10 002 538
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	1 902 838	2 071 158	2 582 821	3 044 954	3 934 753
Passive Rechnungsabgrenzungen	2 103 594	2 044 113	2 142 778	2 168 962	2 131 267
Kurzfristige Rückstellungen	11 719	23 603	59 531	199 386	314 878
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	34 967 860	36 579 874	37 769 783	38 782 383	37 870 334
Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Haushalten					
Langfristige Rückstellungen	3 040 991	2 922 473	2 901 333	2 912 972	2 888 430
Zweckgebundene Mittel/Fonds	12 749 066	13 169 229	10 856 847	10 245 954	8 502 697
Eigenkapital	19 730 387	21 045 613	31 277 028	34 104 882	40 153 813
Spezialfinanzierungen und Fonds und Eigenkapital	306 759	526 060	2 143 399	4 244 128	5 865 004
Rücklagen der Globalbudgetbereiche	47	531	20 337	27 945	29 894
Vorfinanzierungen	2 092 554	2 082 241	2 681 878	3 037 104	4 320 839
Aufwertungsreserve	340 201	972 975	7 125 903	5 897 335	5 761 739
Neubewertungsreserve Finanzvermögen	640 479	709 544	1 691 015	1 462 370	2 627 279
Übriges Eigenkapital	53 343	94 163	63 938	153 317	165 033
Bilanzüberschuss/-fehlbetrag	16 187 866	16 554 414	17 437 322	18 889 346	20 825 688

Ausgaben nach Funktionen – Gemeinden

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Total	45 110 057	45 945 499	46 323 973	47 248 205	47 735 292
Allgemeine Verwaltung	4 911 871	4 945 070	4 940 922	5 041 427	5 050 710
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	2 859 607	2 935 180	3 006 018	3 052 665	3 070 093
Bildung	11 316 905	11 607 885	12 123 135	12 559 662	12 834 947
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	3 141 049	3 188 069	3 240 369	3 233 645	3 380 070
Gesundheit	1 951 871	1 955 654	1 855 862	1 985 089	2 030 316
Soziale Sicherheit	8 262 113	8 492 435	8 587 457	8 926 506	9 108 671
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	4 534 079	4 530 304	4 468 984	4 482 439	4 472 420
Umweltschutz und Raumordnung	4 246 276	4 349 132	4 278 616	4 349 685	4 338 676
Volkswirtschaft	1 710 021	1 784 926	1 719 837	1 616 962	1 546 450
Finanzen und Steuern	2 176 265	2 156 844	2 102 772	2 000 125	1 902 940

Fiskalertrag – Gemeinden

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Fiskalertrag	25 427 333	26 073 966	26 813 634	27 555 400	28 438 600
Direkte Steuern natürliche Personen	19 652 727	20 082 523	20 672 318	21 320 401	21 741 018
Einkommenssteuern natürliche Personen	16 352 216	16 555 600	16 895 120	17 475 772	17 641 207
Vermögenssteuern natürliche Personen	2 143 457	2 253 468	2 482 568	2 559 863	2 771 246
Quellensteuern natürliche Personen	1 043 615	1 156 672	1 173 721	1 149 036	1 199 837
Personensteuern	42 341	42 411	39 946	40 603	43 596
Übrige direkte Steuern natürliche Personen	71 098	74 372	80 964	95 126	85 132
Direkte Steuern juristische Personen	3 835 567	3 924 537	4 092 677	4 159 654	4 456 273
Gewinnsteuern juristische Personen	3 130 237	3 131 744	3 368 484	3 418 061	3 649 133
Kapitalsteuern juristische Personen	506 100	584 931	516 878	531 159	599 174
Quellensteuern juristische Personen					
Übrige direkte Steuern juristische Personen	199 231	207 862	207 315	210 435	207 966
Übrige direkte Steuern	1 872 025	1 984 562	1 964 448	1 977 375	2 137 114
Verrechnungssteuer (nur Bund)					
Grundsteuern	711 935	748 401	779 531	789 396	811 412
Vermögensgewinnsteuern	801 209	865 683	826 037	806 469	933 139
Vermögensverkehrssteuern	243 033	258 560	255 749	257 529	262 273
Erbschafts- und Schenkungssteuern	115 406	111 530	102 748	123 620	129 948
Spielbanken- und Spielautomatenabgabe	442	389	383	360	342
Besitz- und Aufwandsteuern	67 014	82 345	84 191	97 971	104 194
Motorfahrzeugsteuern					
Schiffssteuer					
Vergnügungssteuern	14 464	14 638	15 249	14 449	15 333
Hundesteuer	31 266	32 705	34 381	35 426	37 858
Übrige Besitz- und Aufwandsteuer	21 284	35 002	34 560	48 097	51 003

Schulden – Gemeinden

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Bruttoschulden	47 252 660	48 941 511	50 164 139	51 422 825	51 383 299
Laufende Verbindlichkeiten	10 389 792	10 312 570	9 955 440	9 878 199	10 002 538
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	1 902 838	2 071 158	2 582 821	3 044 954	3 934 753
<i>abzüglich: derivative Finanzinstrumente</i>					26 415
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	34 967 860	36 579 874	37 769 783	38 782 383	37 870 334
<i>abzüglich: passivierte Investitionsbeiträge</i>	7 831	22 092	143 905	282 712	397 910
Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Haushalten					

Erfolgs- und Finanzierungsrechnung, Städte und Kantonshauptorte – 2016

Mio. CHF	Ertrag	Aufwand	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
Total	18 406	18 527	- 121	18 025	18 630	- 605
Wetzikon	178	183	- 5	163	164	- 1
Horgen	171	150	21	168	150	18
Wädenswil	140	142	- 2	132	142	- 11
Dübendorf	178	185	- 7	170	172	- 1
Uster	223	224	- 1	211	248	- 37
Winterthur	937	1 146	- 209	947	1 196	- 249
Dietikon	244	241	3	208	202	6
Zürich	5 548	5 586	- 38	5 289	5 493	- 204
Bern	1 134	1 131	3	1 108	1 135	- 27
Köniz	206	212	- 5	208	226	- 19
Biel	414	415	- 1	403	422	- 19
Thun	263	264	- 1	241	245	- 4
Emmen	137	144	- 7	140	152	- 13
Kriens	137	139	- 3	136	158	- 22
Luzern	584	544	39	580	542	38
Altdorf	36	36	0	36	38	- 2
Schwyz	55	74	- 20	56	82	- 25
Sarnen	56	56	0	57	54	3
Stans	37	34	3	36	33	3
Glarus	50	49	1	51	50	0
Baar	133	118	15	133	121	12
Zug	279	259	20	280	239	41
Bulle	101	98	4	102	103	- 1
Fribourg	220	213	7	222	230	- 8
Solothurn	109	109	0	109	108	1
Riehen	139	130	9	139	129	10
Allschwil	103	102	0	103	120	- 17
Liestal	65	66	- 1	66	70	- 4
Schaffhausen	235	198	37	235	193	42
Herisau	88	89	- 1	89	90	- 1
Appenzell	7	6	1	6	7	- 1
St. Gallen	564	559	6	577	583	- 6
Rapperswil-Jona	195	194	1	194	154	41
Wil	134	126	8	134	122	12
Chur	226	210	15	225	214	11
Aarau	149	149	0	151	160	- 9
Wettingen	91	91	0	91	102	- 11
Frauenfeld	145	144	1	146	144	2
Kreuzlingen	115	112	3	114	112	3
Bellinzona	80	85	- 6	80	85	- 4
Lugano	426	417	9	433	441	- 8
Lausanne	1 201	1 250	- 49	1 195	1 220	- 25
Renens	102	103	- 1	99	103	- 4
Nyon	157	170	- 14	156	197	- 41
Montreux	144	143	1	140	153	- 13
Yverdon-les-Bains	155	164	- 9	156	172	- 17
Sion	200	196	4	202	205	- 3
La Chaux-de-Fonds	229	228	1	213	220	- 7
Neuchâtel	245	249	- 5	239	253	- 14
Carouge	98	98	0	102	101	1
Genève	1 141	1 109	33	1 149	1 144	4
Lancy	113	112	2	115	131	- 16
Meyrin	108	93	15	108	108	1
Vernier	108	106	2	108	121	- 13
Delémont	73	73	0	74	73	1

Die Stadt Basel wird im Rahmen der Kantonsrechnungen ausgewiesen.

Bilanz, Städte und Kantonshauptorte – 2016

Mio. CHF	Finanzvermögen	Verwaltungs- vermögen	Fremdkapital	Eigenkapital	Bilanzsumme	Bruttoschulden
Total	19 633	22 277	32 403	9 507	41 910	25 442
Wetzikon	132	164	195	101	297	128
Horgen	160	76	113	123	236	88
Wädenswil	137	87	172	52	224	148
Dübendorf	163	41	89	116	205	77
Uster	200	157	190	167	357	154
Winterthur	839	1 980	2 134	686	2 820	1 736
Dietikon	150	100	153	97	250	127
Zürich	5 107	7 874	11 950	1 031	12 981	7 636
Bern	2 807	1 202	2 882	1 127	4 009	2 661
Köniz	224	128	278	73	351	257
Biel	671	526	776	421	1 197	736
Thun	315	81	181	215	396	159
Emmen	83	164	256	- 10	247	228
Kriens	96	205	291	10	301	216
Luzern	500	254	656	98	754	570
Altdorf	23	19	28	14	42	27
Schwyz	26	88	99	15	114	95
Sarnen	30	44	19	54	73	14
Stans	23	43	30	36	66	30
Glarus	52	32	26	58	84	24
Baar	139	50	16	173	189	15
Zug	296	272	151	417	568	69
Bulle	77	83	140	20	160	131
Fribourg	166	200	325	41	366	262
Solothurn	117	66	39	144	183	33
Riehen	170	341	77	433	510	68
Allschwil	54	104	105	54	158	94
Liestal	50	30	44	36	80	40
Schaffhausen	223	142	299	67	366	213
Herisau	45	86	96	35	131	92
Appenzell	3	2	2	3	5	0
St. Gallen	700	585	1 068	217	1 285	958
Rapperswil-Jona	154	50	142	62	203	114
Wil	102	122	160	65	225	154
Chur	542	206	241	507	748	232
Aarau	237	444	136	545	681	122
Wettingen	45	275	114	206	319	107
Frauenfeld	138	104	110	133	242	103
Kreuzlingen	113	78	67	124	191	59
Bellinzona	84	86	155	15	170	149
Lugano	452	720	1 067	104	1 172	1 044
Lausanne	817	1 124	3 105	- 1 164	1 941	2 623
Renens	54	91	102	43	145	90
Nyon	99	237	255	81	336	225
Montreux	76	68	103	41	144	59
Yverdon-les-Bains	95	170	250	14	264	205
Sion	210	246	222	233	456	183
La Chaux-de-Fonds	253	509	546	216	762	434
Neuchâtel	372	440	438	374	812	355
Carouge	66	162	64	164	228	35
Genève	1 488	1 250	1 700	1 038	2 738	1 624
Lancy	215	260	210	265	475	163
Meyrin	86	206	71	221	292	34
Vernier	94	129	128	94	222	122
Delémont	65	75	136	3	139	120

Die Stadt Basel wird im Rahmen der Kantonsrechnungen ausgewiesen.

26 Sozialversicherungen

Die Gesundung und Sicherung der Finanzen der Schweizer Sozialwerke schreitet weiter voran. So verzeichnet der Teilsektor «Sozialversicherungen» seit 2011 rückläufige Schulden sowie Überschüsse in der konsolidierten Finanzierungsrechnung. Im Jahr 2016 resultiert ein Gewinn von 710 Millionen.

Die konsolidierte *Erfolgsrechnung* 2016 der öffentlichen Sozialversicherungen schliesst mit einem Gewinn von 1,4 Milliarden. Dieser ergibt sich hauptsächlich aus dem Finanzergebnis (1,3 Mrd.). Ausserordentliche Geschäftsvorfälle sind wie in den beiden Vorjahren keine angefallen. Das betriebliche Ergebnis sinkt gegenüber dem Vorjahr um 940 auf 87 Millionen.

In der konsolidierten *Finanzierungsrechnung* 2016 belaufen sich die *Einnahmen* auf 62,7 Milliarden und die *Ausgaben* auf 62 Milliarden. Gegenüber dem Vorjahr nehmen die Einnahmen um 389 Millionen (bzw. +0,6%) zu. Die Ausgaben erhöhen sich dagegen deutlich stärker (+1,4 Mrd.; +2,2%). Die Ausgaben entfallen auf die Bereiche «soziale Sicherheit» sowie «Finanzen und Steuern», im letztgenannten Bereich ausschliesslich auf die beiden Funktionsgruppen «Steuern» sowie «Vermögens- und Schuldenverwaltung». Im Jahr 2016 machen die Ausgaben der Funktionsgruppe «Alter und Hinterlassene» einen Anteil von 69,4% an den Gesamtausgaben aus. Jene Ausgaben nehmen infolge der kontinuierlich wachsenden Zahl an Rentenbezüglern um 1,8% auf 43 Milliarden zu. Gemäss AHV-Statistik sind im Jahr 2016 die Bestände an Altersrenten (Haupt und Zusatz) um 1,9% und jene an Hinterlassenenrenten um 2,3% angestiegen. Bei einer leicht ansteigenden durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 3,3% verzeichnen ferner die Ausgaben zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine Zunahme um 8,5%. Die Ausgaben für «Familie und Jugend» sind zum siebten Mal in Folge rückläufig, 2016 beträgt der Rückgang 2,1%. Diese Rubrik setzt sich aus den *Familienzulagen in der Landwirtschaft* (FL) und den Ausgaben der *Mutterschaftsversicherung* in Genf zusammen.

Werden die einzelnen Sozialversicherungshaushalte betrachtet, so zeigt sich folgendes Bild:

Von den Gesamtausgaben der *Alters- und Hinterlassenenversicherung* (AHV) in der Grössenordnung von 43,2 Milliarden entfallen rund 99% auf Renten und Hilfslosenentschädigungen. In der Finanzstatistik sind Renten und Hilfslosenentschädigungen als Beiträge an private Haushalte verbucht. Die Entwicklung dieser Ausgaben wird bestimmt durch die Demografie, durch die Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung sowie durch allfällige Systemänderungen aufgrund gesetzgeberischer Entscheide. Im Vorjahresvergleich nehmen die Beiträge an private Haushalte um 1,8% zu, während die Sozialversicherungsbeiträge der Versicherten und Arbeitgeber einen Zuwachs um 1,4% erfahren. Letztere machen mit 30,9 Milliarden den grössten Teil der Gesamteinnahmen aus und decken im Jahr 2016 71,7% der betrieblichen Ausgaben. Die zweitwichtigste Finanzierungsquelle ist der Bund. Der Bundesbeitrag legt um 1,9% auf 8,3 Milliarden zu. Ein Teil der AHV-Ausgaben finanziert der Bund aus dem zweckgebundenen Fonds «Alters-, Hinterlassenen- und

Invalidenversicherung», welcher aus dem Ertrag aus der Tabak- und Alkoholsteuer sowie aus dem Bundesanteil am MWST-Prozent der AHV alimentiert wird.

Die Gesamteinnahmen der AHV belaufen sich im Jahr 2016 auf 43,1 Milliarden und wachsen im Vorjahresvergleich um 0,9%. Ein kleiner Anteil von 1,7% entfällt dabei auf die Finanzeinnahmen.

Die *Invalidenversicherung* (IV) wie auch die AHV beruhen auf dem Umlageverfahren. Dies bedeutet, dass sämtliche Ausgaben eines Jahres grundsätzlich durch die Einnahmen des gleichen Jahres zu decken sind. Seit 2012 erzielt die IV in der Finanzierungsrechnung ein positives Ergebnis. Mit Einnahmen von 10,2 Milliarden und Ausgaben von 9,5 Milliarden kann sie im Jahr 2016 dank der befristeten Zusatzfinanzierung (2011–2017) ein Finanzierungsergebnis von 753 Millionen präsentieren. Ohne die Zusatzfinanzierung (Sonderbeitrag des Bundes zur Übernahme der Zinsen auf den Schulden der IV beim AHV-Ausgleichsfonds und dem Mehrwertsteuerzuschlag) von rund 1,1 Milliarden wäre ein Verlust entstanden. Das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit hat sich in den Jahren 2005 bis 2014 kontinuierlich verbessert. Dies geht auf die allgemein erhöhte Sensibilität aller Akteure im IV-Bereich sowie auf die neuen Instrumente im Zusammenhang mit den jüngsten IV-Revisionen zurück. Im Jahr 2016 beträgt der betriebliche Überschuss 823 Millionen. Einnahmenseitig wachsen die Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber um 1,4% und belaufen sich auf 5,2 Milliarden. Sie decken damit 55,5% der betrieblichen Ausgaben. Mit 3,6 Milliarden stellt der Bundesbeitrag die zweitwichtigste Einnahmenkomponente dar. Der Bundesbeitrag an die IV ist seit Januar 2014 an die Zunahme der Mehrwertsteuererträge gekoppelt (wobei mit einem Diskontfaktor zusätzlich die Entwicklung der Löhne und Preise berücksichtigt wird). Durch die Anbindung des Bundesbeitrags an die Mehrwertsteuer anstatt an die IV-Ausgaben wird erreicht, dass Sparanstrengungen der IV in vollem Umfang der Versicherung zugutekommen und sich nicht mehr teilweise in der Höhe des Bundesbeitrags niederschlagen. Im Rahmen der Zusatzfinanzierung sind im Jahr 2016 rund 30 Millionen des Bundes an die IV für Schuldzinsen geflossen, im Vorjahr waren es 160 Millionen. Die Schuldzinsen der IV gegenüber dem AHV-Ausgleichsfonds werden während der IV-Zusatzfinanzierung voll vom Bund übernommen. Zusätzlich beträgt der befristete Mehrwertsteuerzuschlag im Jahr 2016 1,1 Milliarden (+0,1% gegenüber dem Vorjahr). Dieser ergibt sich aus dem entsprechenden Anteil an den gesamten Mehrwertsteuereinnahmen nach dem Bruttoprinzip abzüglich des Anteils an den Debitorenverlusten. Die Leistungen an die privaten Haushalte verteilen sich primär auf Geldleistungen in Form von Renten, Hilfslosenentschädigungen, Taggeldern, individuellen Eingliederungsmassnahmen

und kollektiven Leistungen. Die Leistungen an die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck gehen im Vorjahresvergleich um 6,5 % auf 156 Millionen zurück. Hierbei handelt es sich um Beiträge an gemeinnützige Organisationen der privaten Invalidenhilfe für die Beratung von Behinderten und ihren Angehörigen, für die Durchführung von Kursen, für Leistungen zur Unterstützung und Förderung der Eingliederung Behinderter sowie für begleitetes Wohnen. In der Finanzierungsrechnung der *Arbeitslosenversicherung* (ALV) resultiert zum sechsten Mal in Folge ein Gewinn. 2016 beträgt der Einnahmenüberschuss rund 159 Millionen. Die Einnahmen nehmen dabei um 1,6 % und die Ausgaben um 8,4 % zu. Als grösste Ausgabenrubrik der ALV gelten die Beiträge an die privaten Haushalte. 2016 hat die ALV insgesamt Leistungen von rund 6,4 Milliarden an private Haushalte und private Unternehmungen erbracht. Diese verteilen sich auf Zahlungen bei Arbeitslosigkeit (rund 5,7 Mrd.), bei Kurzarbeit (143 Mio.), bei Arbeitsausfall infolge Schlechtwetters (24 Mio.) und bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers (36 Mio.). Für die arbeitsmarktlichen Massnahmen hat die Arbeitslosenversicherung zudem 636 Millionen aufgewendet. Haupteinnahmequelle der ALV sind die Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber. 2016 machen diese, die grundsätzlich je zur Hälfte durch die Versicherten und Arbeitgeber entrichtet werden, wie im Vorjahr 90,9 % aller ALV-Einnahmen aus. Die Beiträge der öffentlichen Hand (vom Bund und von den Kantonen) bilden die zweitbedeutendste Einnahmerubrik. Sie sind von der Höhe der prämiempflichtigen Lohnsumme wie auch vom Beitragssatz abhängig. Im Jahr 2016 belaufen sich die ordentlichen Transfereinnahmen der ALV auf 676 Millionen.

Die *Familienzulagen in der Landwirtschaft* (FL) werden auf Grundlage des Bundesgesetzes vom 20.6.1952 über die Familienzulagen in der Landwirtschaft (FLG, SR 836.1) an Landwirte und landwirtschaftliche Arbeitnehmende ausgerichtet. Die Ansätze der Zulagen nach dem FLG entsprechen den Mindestansätzen gemäss Bundesgesetz über die Familienzulagen (FamZG, SR 836.2). Zur Finanzierung der Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmende entrichten die Arbeitgeber in der Landwirtschaft einen Beitrag von 2 % der auf ihren Betrieben ausgerichteten Bar- und Naturallöhne, soweit diese der AHV-Beitragspflicht unterliegen. Den Restbetrag sowie die Ausgaben für die Familienzulagen an Landwirtinnen und Landwirte decken zu zwei Dritteln der Bund und zu einem Drittel die Kantone. Überdies

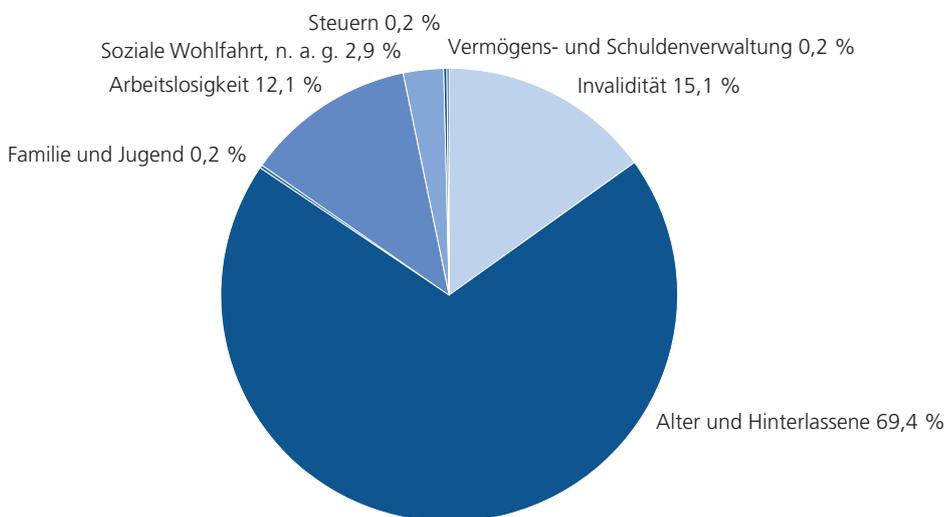
stehen die Erträge des Fonds für Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern zur Verfügung, die für die Herabsetzung der Kantonsbeiträge verwendet werden. Die Gesamtausgaben der *Familienzulagen in der Landwirtschaft* gehen gegenüber dem Jahr 2015 um 5,2 % auf rund 111 Millionen zurück.

Die *Mutterschaftsversicherung* ist seit 1.7.2005 auf eidgenössischer Ebene geregelt – sie ist Teil der Erwerbsersatzordnung (EO). Nebst der eidgenössischen Entschädigung für Mutterschaft haben die Kantone *Genf* (seit 1.7.2001) und *Freiburg* (seit 1.7.2011) ergänzende Regelungen. Die *Mutterschaftsversicherung* in *Genf* erfüllt die Sektorisierungskriterien der Finanzstatistik gemäss ESVG 2010, jene von *Freiburg* hingegen nicht. Aus diesem Grund wird erstere beim Teilssektor «öffentliche Sozialversicherungen» dazu erfasst. Der Fonds der Mutterschaftsversicherung im Kanton *Genf* schliesst ihre Finanzierungsrechnung 2016 im Minus (-2,4 Mio.). Bei einem im Vergleich zum Vorjahr gleichbleibenden Beitragssatz von 0,082 % verzeichnen die Einnahmen einen Rückgang um 0,9 % und belaufen sich auf rund 25 Millionen. Mit dem Inkrafttreten der eidgenössischen Mutterschaftsversicherung wurden die Beitragssätze der Arbeitnehmer und Arbeitgeber der kantonalen *Mutterschaftsversicherung* in *Genf* mehrere Male angepasst. Im Jahr 2006 erfuhren diese eine Reduktion von 0,26 % auf 0,04 % der AHV-relevanten Löhne und Einkommen. Als Folge davon präsentierte der kantonale Ausgleichsfonds für Mutterschaft defizitäre Rechnungen (2006 bis 2009), weshalb im Jahr 2010 die Beitragssätze wieder auf 0,09 % erhöht wurden. Folglich stiegen die Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen der Versicherten und Arbeitgeber um 13 Millionen.

Der Fonds der *Erwerbsersatzordnung* (EO) schliesst im Jahr 2016 ihre Finanzierungsrechnung erstmals seit 2010 wieder mit einem Defizit. Er reagiert sehr empfindlich auf Veränderungen der Beiträge und Auszahlungen an private Haushalte. Dank einer Beitragserhöhung (von 0,3 % auf 0,5 % des Erwerbseinkommens) sind die Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber im Jahr 2011 sprunghaft um 722 Millionen auf 1,7 Milliarden angestiegen. Im Jahr 2016 belaufen sich die Einnahmen aus Beiträgen der Versicherten und Arbeitgeber auf 1,7 Milliarden und verzeichnen gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 8,9 %, während die betrieblichen Ausgaben um 2,6 % steigen.

Abbildung 6: Ausgaben nach Funktionen – Sozialversicherungen, 2016

Total Ausgaben: CHF 61 960 363 261



Die Ausgaben der Alters- und Hinterlassenenversicherung 2016 sind gegenüber 2012 um 9,6 % gewachsen. Im Vergleich dazu nimmt das Total an Bezüglern von Haupt-, Zusatz- und Hinterlassenenrenten um 9,0 % zu.

Ende 2016 beträgt die konsolidierte *Bilanzsumme* der Sozialversicherungen 41,8 Milliarden (+2,9 %). Im Vorjahresvergleich nimmt deren Fremdkapitalanteil von 10 % auf 9,3 % ab. Ein Grund dafür ist, dass der ALV-Ausgleichsfonds dank des positiven Ergebnisses Darlehen von 100 Millionen an die Bundestresorerie zurückbezahlen konnte. Jene Darlehensschulden sinken per Ende 2016 auf insgesamt 2,5 Milliarden. Die Rückzahlung hat jedoch keinen Effekt auf die Bruttoschulden des Sektors Staat. Wegen der Schuldenkonsolidierung werden die Verbindlichkeiten der Sozialversicherungen nämlich mit den Forderungen des Bundes verrechnet. Die Konsolidierungsregel gilt auch für Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den Sozialversicherungen. Ende 2016 sind die *Bruttoschulden* der Sozialversicherungen mit 3 Milliarden nahezu unverändert. Das konsolidierte *Finanzvermögen* von 40,4 Milliarden besteht im Wesentlichen aus Finanzanlagen des AHV-Ausgleichsfonds. Gegenüber 2015 haben sich die Finanzanlagenbestände an Aktien und Anteilscheinen auf 14,4 Milliarden (+1,4 Mrd.) und jene an verzinslichen Anlagen auf 14,7 Milliarden (+0,5 Mrd.) erhöht. Seit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes zur Sanierung der Invalidenversicherung per 1.1.2011 werden nebst dem eigenständigen

ALV-Ausgleichsfonds auch die Bilanzen und Betriebsrechnungen der AHV, IV und EO getrennt geführt. Bis 2010 wurden die Mittel der AHV, IV und der EO über einen einzelnen Ausgleichsfonds abgewickelt.

Gegenüber der Eröffnungsbilanz 2016 nimmt die Bilanzsumme der AHV um 0,9 % auf 46,3 Milliarden ab. Dabei verzeichnet das Finanzvermögen einen Anstieg um 3,6 %. Wegen rückläufiger Darlehen hat sich das Verwaltungsvermögen der AHV um 5,9 % reduziert. Speziell erwähnenswert ist ferner, dass die Aktiven der ALV fast ausschliesslich aus Positionen des Finanzvermögens (98,7 %) bestehen.

Das *Eigenkapital* der Sozialversicherungen setzt sich aus dem Bilanzfehlbetrag/-überschuss sowie den Verpflichtungen bzw. Vorschüssen gegenüber Spezialfinanzierungen und Fonds im Eigenkapital zusammen. Ende 2016 verfügen die Sozialversicherungen insgesamt über eigene Mittel von 37,9 Milliarden. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Zunahme um 1,4 Milliarden.

Rechnungsabschlüsse – Sozialversicherungen

Mio. CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Erfolgsrechnung					
Ertrag	60 668	60 863	63 410	62 299	63 347
Aufwand	56 688	58 678	59 823	61 476	61 971
Erfolg	3 980	2 185	3 587	823	1 376
Finanzierungsrechnung					
Einnahmen	59 563	60 814	61 958	62 281	62 670
Ausgaben	56 666	58 668	59 802	60 605	61 960
Finanzierungsergebnis	2 897	2 146	2 156	1 676	710
Bilanz					
Finanzvermögen	35 212	35 914	39 574	39 306	40 421
Verwaltungsvermögen	1 581	1 569	1 482	1 324	1 391
Fremdkapital	6 776	5 242	5 279	4 079	3 899
Eigenkapital	30 018	32 241	35 778	36 551	37 914
Bilanzsumme	36 793	37 483	41 057	40 630	41 812

Erfolgsrechnung – Sozialversicherungen

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Betrieblicher Aufwand	56 242 550	58 363 729	59 533 262	60 443 333	61 867 240
Personalaufwand	375 513	392 373	393 084	409 239	407 009
Sach- und übriger Betriebsaufwand	829 181	1 017 762	1 097 784	1 068 463	1 084 511
Rüstungsaufwand					
Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen	10 395	9 232	10 586	10 381	6 543
Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen					
Transferaufwand	55 027 461	56 944 361	58 031 808	58 955 250	60 369 177
Betrieblicher Ertrag	58 515 971	59 826 619	61 059 759	61 470 503	61 954 313
Fiskalertrag	41 957 772	42 863 022	43 544 989	44 284 314	44 752 924
Regalien und Konzessionen					
Entgelte	827 411	1 030 349	1 255 136	842 116	857 442
Verschiedene Erträge	3 516	5 465	3 127	2 549	2 443
Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen					
Transferertrag	15 727 273	15 927 782	16 256 507	16 341 524	16 341 504
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	2 273 422	1 462 890	1 526 497	1 027 171	87 073
Finanzaufwand	445 398	314 326	289 672	1 032 521	103 466
Finanzertrag	2 152 050	1 036 715	2 350 631	828 478	1 392 528
Finanzergebnis	1 706 652	722 389	2 060 960	- 204 044	1 289 062
Ordentliches Ergebnis	3 980 074	2 185 279	3 587 457	823 127	1 376 136
Ausserordentlicher Aufwand	129	107			
Ausserordentlicher Ertrag	235	3			
Ausserordentliches Ergebnis	106	- 104			
Erfolg	3 980 180	2 185 175	3 587 457	823 127	1 376 136

Finanzierungsrechnung – Sozialversicherungen

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Betriebliche Ausgaben	56 220 603	58 353 720	59 518 414	60 431 905	61 860 670
Personalausgaben	375 513	392 373	393 084	409 239	407 009
Sach- und übrige Betriebsausgaben	817 630	1 016 986	1 093 523	1 067 415	1 084 484
Rüstungsausgaben					
Transferausgaben	55 027 461	56 944 361	58 031 808	58 955 250	60 369 177
Betriebliche Einnahmen	58 514 971	59 965 472	61 059 759	61 470 503	61 954 313
Fiskaleinnahmen	41 957 772	42 863 022	43 544 989	44 284 314	44 752 924
Regalien und Konzessionen					
Entgelte	827 411	1 030 349	1 255 136	842 116	857 442
Verschiedene Einnahmen	3 516	5 465	3 127	2 549	2 443
Transfereinnahmen	15 726 273	16 066 635	16 256 507	16 341 524	16 341 504
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	2 294 368	1 611 752	1 541 345	1 038 599	93 644
Finanzausgaben	445 398	314 326	283 684	173 487	99 694
Finanzeinnahmen	1 047 557	848 660	898 587	810 459	715 667
Finanzergebnis	602 159	534 334	614 903	636 971	615 973
Investitionsausgaben					
Investitionseinnahmen					
Nettoinvestitionen					
Ordentliches Ergebnis	2 896 527	2 146 086	2 156 248	1 675 570	709 617
Ausserordentliche Ausgaben					
Ausserordentliche Ausgaben					
Ausserordentliche Investitionsausgaben					
Ausserordentliche Einnahmen	235	3			
Ausserordentliche Einnahmen	235	3			
Ausserordentliche Investitionseinnahmen					
Ausserordentliches Ergebnis	235	3			
Finanzierungsergebnis	2 896 762	2 146 089	2 156 248	1 675 570	709 617

Bilanz – Sozialversicherungen

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Aktiven	36 793 469	37 483 134	41 056 983	40 629 887	41 812 464
Finanzvermögen	35 212 196	35 914 070	39 574 499	39 305 732	40 421 273
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	4 102 873	4 053 911	2 512 709	3 294 353	3 195 563
Forderungen	4 253 546	4 217 942	4 635 391	4 221 645	4 157 147
Kurzfristige Finanzanlagen	440 176	317 776	261 570	595 604	244 664
Aktive Rechnungsabgrenzungen	944 307	1 056 580	1 009 483	841 165	830 728
Vorräte und angefangene Arbeiten					
Finanzanlagen	25 471 294	26 203 261	31 083 346	30 248 564	31 859 871
Sachanlagen, FV		64 600	72 000	104 400	133 300
Forderungen gegenüber Spezialfinanzierungen und Fonds im Fremdkapital					
Verwaltungsvermögen	1 581 273	1 569 063	1 482 484	1 324 155	1 391 190
Sachanlagen, VV	95 995	78 258	70 831	65 602	62 887
Vorräte, VV					
Immaterielle Anlagen	1 813	1 494	3 106	194	443
Darlehen und Beteiligungen n.a.g.					
Darlehen	250	235	195	170	179
Beteiligungen, Grundkapitalien					
Investitionsbeiträge					
Guthaben gegenüber öffentlichen Haushalten	1 483 214	1 489 076	1 408 353	1 258 189	1 327 682
Kumulierte zusätzliche Abschreibungen					
Passiven	36 793 469	37 483 134	41 056 983	40 629 887	41 812 464
Fremdkapital	6 775 760	5 242 156	5 279 288	4 079 337	3 898 824
Laufende Verbindlichkeiten	49 390	205 002	485 958	397 057	400 223
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	1 385 404	491 989	1 150 361	703 088	620 936
Passive Rechnungsabgrenzungen	27 798	32 365	25 829	22 507	9 990
Kurzfristige Rückstellungen	301 891	297 222	314 368	326 226	321 218
Langfristige Finanzverbindlichkeiten					
Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Haushalten	5 010 817	4 215 006	3 302 202	2 630 019	2 546 016
Langfristige Rückstellungen	332	439	439	439	439
Zweckgebundene Mittel/Fonds	127	133	131		
Eigenkapital	30 017 710	32 240 978	35 777 695	36 550 551	37 913 640
Spezialfinanzierungen und Fonds und Eigenkapital	30 709 088	33 478 068	35 112 945	37 912 302	38 075 350
Rücklagen der Globalbudgetbereiche					
Vorfinanzierungen					
Aufwertungsreserve					
Neubewertungsreserve Finanzvermögen					
Übriges Eigenkapital					
Bilanzüberschuss/-fehlbetrag	- 691 379	- 1 237 090	664 750	- 1 361 751	- 161 710

Ausgaben nach Funktionen – Sozialversicherungen

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Total	56 666 001	58 668 046	59 802 097	60 605 392	61 960 363
Soziale Sicherheit	56 085 491	58 217 292	59 374 531	60 286 250	61 729 410
Krankheit und Unfall					
Invalidität	9 242 806	9 333 561	9 290 012	9 286 862	9 331 085
Alter + Hinterlassene	39 267 246	40 585 799	41 709 861	42 243 925	43 016 867
Familie und Jugend	164 532	158 004	146 545	142 212	139 227
Arbeitslosigkeit	5 787 251	6 481 173	6 538 346	6 888 428	7 471 721
Sozialer Wohnungsbau					
Sozialhilfe und Asylwesen					
F&E in soziale Sicherheit					
Soziale Wohlfahrt n.a.g.	1 623 656	1 658 755	1 689 767	1 724 823	1 770 510
Finanzen und Steuern	580 510	450 754	427 567	319 141	230 953
Steuern	135 112	136 428	143 883	145 654	131 414
Steuerabkommen					
Finanz- und Lastenausgleich					
Ertragsanteile an Bundeseinnahmen ohne Zweckbindung					
Ertragsanteile, übrige, ohne Zweckbindung					
Vermögens- und Schuldenverwaltung	445 398	314 326	283 684	173 487	99 539
Rückverteilungen					
Nicht aufgeteilte Posten					

Erfolgs- und Finanzierungsrechnung, Sozialversicherungen – 2016

Mio. CHF	Ertrag	Aufwand	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
Total	63 347	61 971	1 376	62 670	61 960	710
Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)	43 650	43 211	439	43 064	43 206	- 142
Invalidenversicherung (IV)	10 298	9 475	822	10 227	9 473	753
Erwerbsausfallentschädigung (EO)	1 727	1 779	- 52	1 708	1 778	- 71
Familienzulagen in der Landwirtschaft (FL)	111	111	0	111	111	0
Arbeitslosenversicherung (ALV)	7 645	7 490	156	7 645	7 487	159
Mutterschaftsversicherung, Genf	25	28	- 3	25	28	- 2

Das Total ist um Transfers zwischen den öffentlichen Haushalten bereinigt.

Bilanz, Sozialversicherungen – 2016

Mio. CHF	Finanzvermögen	Verwaltungs- vermögen	Fremdkapital	Eigenkapital	Bilanzsumme	Bruttoschulden
Total	40 421	1 391	3 899	37 914	41 812	2 993
Alters- und Hinterlassen- versicherung (AHV)	33 840	12 493	1 665	44 668	46 333	888
Invalidenversicherung (IV)	4 867	282	11 555	- 6 406	5 149	11 469
Erwerbsausfallentschädigung (EO)	1 046	1	22	1 024	1 046	3
Familienzulagen in der Landwirtschaft (FL)						
Arbeitslosenversicherung (ALV)	1 680	22	3 086	- 1 384	1 702	2 870
Mutterschaftsversicherung, Genf	13		1	12	13	0

27 Finanzkennzahlen und Indikatoren

In diesem Kapitel werden Finanzkennzahlen gemäss dem harmonisierten Rechnungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2) sowie Indikatoren für die Teilsektoren erläutert. Sie dienen als Benchmark für die einzelnen Kantone.

Die Finanzstatistik ist bestrebt, die Finanzkennzahlen des HRM2-Handbuchs für den Sektor Staat sowie dessen Teilsektoren zu berechnen und zu kommentieren. Dabei werden primär die Kennzahlen wie *Nettoverschuldungsquotient*, *Selbstfinanzierungsgrad* sowie *Zinsbelastungsanteil* herangezogen. Die Definitionen und Richtwerte der Finanzkennzahlen sind dem Kapitel methodische Grundlagen (vgl. Kapitel «Modelle», Abschnitt «Das FS-Modell») zu entnehmen.

In den letzten Jahren hat sich beim *Nettoverschuldungsquotienten* des Bundes ein Abwärtstrend gezeigt – hatte der Quotient im Jahr 2004 noch 269,3 % betragen, so ist dieser bis 2016 auf 170,7 % gesunken. Gegenüber 2015 beträgt der Rückgang 2,9 Prozentpunkte. Einen ähnlichen Rückgang verzeichnen die Kantone (-2,8 Prozentpunkte gegenüber 2015), deren Quotient beträgt 2016 69,4 %. Auf der Gemeindeebene ist der Quotient seit 2013 rückläufig, 2016 beträgt die Abnahme aufgrund stark verminderten Nettoschulden gar 15,5 Prozentpunkte. Bei den Sozialversicherungen resultiert ein negativer *Nettoverschuldungsquotient*. Der Zähler dieses Quotienten entspricht der Differenz aus Fremdkapital und Finanzvermögen. Bei den Sozialversicherungen ist die Verschuldung derart gering, dass diese Differenz und somit der Quotient negativ werden. Bei den Sozialversicherungen gibt es aus dieser Sicht folglich keinen Handlungsbedarf. Bezüglich der Richtwerte des HRM2-Handbuchs weisen darum die Kantone und Gemeinden einen «guten», der Bund einen «schlechten» Wert aus. Für den Sektor Staat resultiert Ende 2016 ein «guter» *Nettoverschuldungsquotient* (63,5 %).

Der *Selbstfinanzierungsgrad* gibt an, welchen Anteil seiner Gesamtnettoinvestitionen ein öffentlicher Haushalt aus selbst erwirtschafteten Mitteln finanzieren kann. Der Bund hat im Jahr 2016 einen *Selbstfinanzierungsgrad* von 104,6 %. Gegenüber 2015 sinkt dieser infolge verminderten *Selbstfinanzierung* um 10 Prozentpunkte. Bei den Kantonen nimmt der *Selbstfinanzierungsgrad* im Jahr 2016 wegen einer deutlich gesteigerten *Selbstfinanzierung* und gleichzeitig verminderten *Nettoinvestitionen* um 69,8 Prozentpunkte auf 116,5 % zu. Auch die Gemeinden können im Vergleich zum Vorjahr ihre *Nettoinvestitionen* 2016 mit 100,8 % zu einem höheren Grad aus eigenen Mitteln finanzieren. Damit liegen die Gemeinden seit 2011 wieder im Bereich des Richtwerts für eine Hochkonjunktur (>100 %). Für den gesamten Staat resultiert im Jahr 2016 ein *Selbstfinanzierungsgrad* von 114 %, dieser ist im Vorjahresvergleich um 18,2 Prozentpunkte höher.

Der *Zinsbelastungsanteil* des Bundes nimmt um 0,3 Prozentpunkte auf 2 % ab. Damit liegt der *Belastungsanteil* weiterhin auf einem sehr tiefen Niveau. Der Handlungsspielraum des Bundes ist somit gemäss den Richtwerten des HRM2-Handbuchs als «gut» (0 % bis 4 %) einzustufen. Auch der *Zinsbelastungsanteil* der Kantone bleibt mit 0,3 % im «guten» Bereich. Der Anteil des laufenden Ertrags, der durch Nettozinsen gebunden ist, hat sich in den Gemeinden gegenüber dem Vorjahr ebenso vermindert (-0,2 Prozentpunkte), im Jahr 2016 beträgt er 0,9 %. Da die Sozialversicherungen grosse Anlagebeträge aufweisen, resultiert ein Zinsertrag, welcher den Zinsaufwand deutlich übersteigt. Deshalb ergibt sich ein negativer *Zinsbelastungsanteil*, womit der Handlungsspielraum der Sozialversicherungen in diesem Bereich sehr gross ist. Die Nettozinsen belasten den laufenden Ertrag des Staates mit 0,7 %, gegenüber dem Vorjahr reduziert sich der *Belastungsanteil* um 0,2 Prozentpunkte.

Eine Grösse zur Beurteilung der Verschuldungssituation ist der *Bruttoverschuldungsanteil*. Im Jahr 2016 kommt für den Sektor Staat ein *Bruttoverschuldungsanteil* von guter Güte (50 % bis 100 %) zustande. Gegenüber 2015 nimmt diese Grösse um 2,7 Prozentpunkte auf 97,8 % ab. Für die Gemeinden ergibt sich im Jahr 2016 ein mittlerer Richtwert (108,4 %; -2,8 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr). Einzig der *Bruttoverschuldungsanteil* der Kantone wächst gegenüber 2015, dieser beträgt im Jahr 2016 75 %. Für den Bund ergibt sich dagegen ein Rückgang von 6,7 Prozentpunkten. Sein *Bruttoverschuldungsanteil* beträgt 140,8 %, damit steht seine Verschuldung im Vergleich zu den laufenden Erträgen in einem «mittlerem» Verhältnis. Der *Bruttoverschuldungsanteil* der Sozialversicherungen ist seit 2010 rückläufig, im Jahr 2016 beträgt dieser 4,7 %.

Der *Investitionsanteil* zeigt die Aktivität im Bereich der Investitionen. Gegenüber 2015 sinkt der Anteil für den Sektor Staat um 0,3 Prozentpunkte auf 9,3 %. Damit bleibt der Gesamtstaat wie im Vorjahr unter dem Richtwert (10 % bis 20 %) zur «mittleren» Investitionstätigkeit und wird somit als «schwach» eingestuft. Der Rückgang ist auf eine verminderte Investitionstätigkeit bei den Kantonen und auf höhere laufende Ausgaben beim Bund zurückzuführen, deren Prozentwert gewachsen ist. Für den Bund und die Gemeinden ergibt sich ein mittlerer *Investitionsanteil*. Da die Sozialversicherungen keine Investitionen tätigen, kann diese Kennzahl nicht berechnet werden.

Als Mass für die Belastung der öffentlichen Haushalte durch die Kapitalkosten gilt der *Kapitaldienstanteil*. Für den Gesamtstaat ist die Belastung mit 10,4% im Jahr 2016 tragbar. Im Vergleich zum Vorjahr erhöht sich der Kapitaldienstanteil für den Teilssektor «Kantone» von 5,1% auf 5,7%. Beim Bund beträgt der Anstieg 6,3 Prozentpunkte, was auf eine deutliche Erhöhung der Abschreibungen auf Investitionsbeiträge zurückzuführen ist. Bei den Gemeinden hingegen ist der finanzielle Spielraum im Vorjahresvergleich wieder grösser geworden. Der Kapitaldienstanteil reduziert sich auf 10,3%, bleibt jedoch weiterhin im «mittleren» Bereich.

Der *Selbstfinanzierungsanteil* gibt an, welchen Anteil seines Ertrages der öffentliche Haushalt zur Finanzierung seiner Investitionen aufwenden kann. Gemäss den Richtwerten des HRM2 ergeben sich für den Bund und die Gemeinden kein «schlechter» Wert (d.h. kleiner 10%). Während für die Kantone im Jahr 2009 ein mittlerer Wert von 9,3% resultiert hat, ist dieser im Jahr 2012 auf 1,8% zurückgegangen. Im Jahr 2016 beträgt der Selbstfinanzierungsanteil der Kantone 5,5%. Der Selbstfinanzierungsanteil des Bundes sinkt von 12,8% auf 11%, was auf eine geringere Selbstfinanzierung zurückzuführen ist. Diese kommt zu einem grossen Teil durch höhere Abschreibungen auf Investitionsbeiträge zustande. Bei den anderen Teilssektoren des Sektors Staat ergeben sich demgegenüber je Zunahmen. Der stärkste Anstieg im Vorjahresvergleich ergibt sich für den Teilssektor «Kantone» (+3 Prozentpunkte). Insgesamt wächst der Selbstfinanzierungsanteil für den Sektor Staat um +1 Prozentpunkte, bleibt im Jahr 2016 mit 9,1% weiterhin «schlecht».

Der *Steuerausschöpfungsindex* ergibt sich aus der Relation zwischen der kantonalen Steuerausschöpfung und jener aller Kantone. Der Indexwert für alle Kantone beträgt 100. Die kantonale Steuerausschöpfung 2018 ist der Mittelwert der Steuereinnahmen 2012 bis 2014 eines Kantons und seiner Gemeinden gemäss Finanzstatistik, dividiert durch das Ressourcenpotenzial für das Referenzjahr 2018 gemäss dem nationalen Finanzausgleich. Das Ressourcenpotenzial 2018 berechnet sich aus dem Mittelwert der aggregierten Steuerbemessungsgrundlage (ASG) der Jahre 2012 bis 2014, wobei sich die ASG aus dem Einkommen, dem Vermögenszuwachs und den Gewinnen zusammensetzt.

In 17 Kantonen nimmt die Steuerausschöpfung ab, wenn auch der Rückgang in etlichen Kantonen im Vergleich zu früheren Jahren gering ist. Am stärksten geht der Index in *Basel-Stadt* und *Wallis* zurück. In acht Kantonen nimmt die steuerliche Belastung zu – am meisten in den Kantonen *Neuenburg*, *Waadt* und *Sankt Gallen*. Im Schweizer Durchschnitt schöpfen die Kantone und Gemeinden 25,2% ihres Ressourcenpotenzials durch Steuern aus, im Vergleich zum letzten Referenzjahr 2017 nimmt die Ausschöpfung damit leicht ab (siehe Tabelle «Steuerliche Ausschöpfung des Ressourcenpotenzials nach Kantonen»). An den kantonalen Unterschieden hat sich insgesamt wenig verändert. Vor allem am unteren und oberen Ende der Skala ist die Reihenfolge praktisch gleichgeblieben. Nach wie vor liegen die *Zentralschweizer* Kantone *Nidwalden*, *Zug* und *Schwyz* deutlich unter dem Schweizer Durchschnitt, wobei *Schwyz* mit 10,4% den tiefsten Wert aufweist. Am höchsten liegt die steuerliche Belastung erneut in einigen *Westschweizer* Kantonen sowie in *Bern*, wobei *Genève* mit 34,5% Spitzenreiter ist. Auch im mittleren Bereich der Skala ist die Rangfolge nahezu unverändert.

Finanzkennzahlen – Staat

	2012	2013	2014	2015	2016
Nettoverschuldungsquotient	75,2	72,0	69,4	67,9	63,5
Selbstfinanzierungsgrad	96,7	98,2	97,4	95,8	114,0
Zinsbelastungsanteil	1,4	1,1	1,0	0,9	0,7
Bruttoverschuldungsanteil	104,9	104,2	104,8	100,5	97,8
Investitionsanteil	9,8	9,6	9,4	9,6	9,3
Kapitaldienstanteil	8,8	8,6	8,6	8,4	10,4
Selbstfinanzierungsanteil	8,3	7,7	8,0	8,1	9,1

Finanzkennzahlen – Bund

	2012	2013	2014	2015	2016
Nettoverschuldungsquotient	190,5	183,4	182,4	173,6	170,7
Selbstfinanzierungsgrad	96,6	113,6	87,2	114,6	104,6
Zinsbelastungsanteil	3,4	2,5	2,5	2,3	2,0
Bruttoverschuldungsanteil	169,5	164,8	163,0	147,5	140,8
Investitionsanteil	12,1	12,0	12,1	12,3	12,1
Kapitaldienstanteil	14,1	13,3	13,5	12,6	19,0
Selbstfinanzierungsanteil	10,9	10,5	9,9	12,8	11,0

Finanzkennzahlen – Kantone

	2012	2013	2014	2015	2016
Nettoverschuldungsquotient	70,4	66,8	68,4	72,1	69,4
Selbstfinanzierungsgrad	29,5	54,0	39,2	46,7	116,5
Zinsbelastungsanteil	0,6	0,5	0,4	0,4	0,3
Bruttoverschuldungsanteil	70,4	71,0	76,2	74,2	75,0
Investitionsanteil	9,1	8,3	7,6	7,9	7,7
Kapitaldienstanteil	5,1	5,0	5,1	5,1	5,7
Selbstfinanzierungsanteil	1,8	2,8	1,8	2,5	5,5

Finanzkennzahlen – Gemeinden

	2012	2013	2014	2015	2016
Nettoverschuldungsquotient	77,8	80,1	74,0	68,7	53,2
Selbstfinanzierungsgrad	82,1	76,0	86,1	94,3	100,8
Zinsbelastungsanteil	1,4	1,2	1,1	1,1	0,9
Bruttoverschuldungsanteil	108,6	111,0	111,4	111,2	108,4
Investitionsanteil	15,2	15,7	15,8	15,9	15,6
Kapitaldienstanteil	11,8	12,0	11,6	11,5	10,3
Selbstfinanzierungsanteil	10,0	10,1	11,3	12,1	13,0

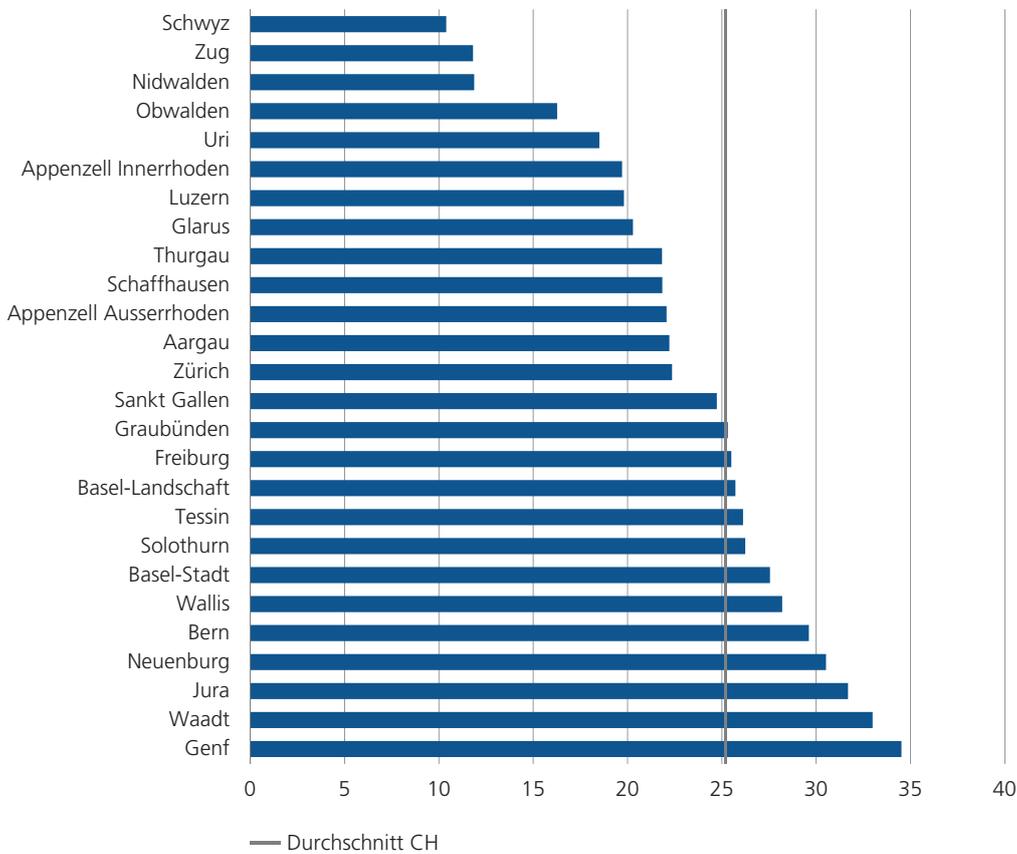
Finanzkennzahlen – Sozialversicherungen

	2012	2013	2014	2015	2016
Nettoverschuldungsquotient	-67,8	-71,6	-78,8	-79,5	-81,6
Selbstfinanzierungsgrad	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zinsbelastungsanteil	-0,7	-0,6	-0,7	-0,6	-0,6
Bruttoverschuldungsanteil	10,4	7,8	6,6	4,9	4,7
Investitionsanteil	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kapitaldienstanteil	-0,7	-0,6	-0,6	-0,6	-0,6
Selbstfinanzierungsanteil	6,6	3,6	5,7	1,3	2,2

Steuerliche Ausschöpfung des Ressourcenpotenzials nach Kantonen in Prozent

Referenzjahr	2014 (2008–2010)	2015 (2009–2011)	2016 (2010–2012)	2017 (2011–2013)	2018 (2012–2014)	2018 (2012–2014)
Bemessungsjahre	in %	Index				
Zürich	23,9 %	24,1 %	23,3 %	23,1 %	22,4 %	88,8
Bern	31,9 %	31,6 %	30,3 %	30,1 %	29,6 %	117,6
Luzern	24,7 %	23,9 %	21,5 %	20,5 %	19,8 %	78,7
Uri	22,1 %	19,8 %	18,5 %	18,4 %	18,5 %	73,5
Schwyz	12,2 %	11,3 %	10,5 %	10,6 %	10,4 %	41,3
Obwalden	19,2 %	18,9 %	17,8 %	16,8 %	16,3 %	64,6
Nidwalden	16,3 %	15,6 %	13,5 %	12,5 %	11,9 %	47,2
Glarus	23,6 %	23,2 %	20,9 %	20,8 %	20,3 %	80,6
Zug	13,9 %	12,9 %	11,9 %	11,8 %	11,8 %	46,9
Freiburg	28,6 %	28,1 %	27,1 %	26,4 %	25,5 %	101,3
Solothurn	27,7 %	27,8 %	26,8 %	26,8 %	26,2 %	104,2
Basel-Stadt	30,7 %	30,7 %	30,2 %	28,8 %	27,6 %	109,4
Basel-Landschaft	25,0 %	25,3 %	25,4 %	25,9 %	25,7 %	102,1
Schaffhausen	20,6 %	20,7 %	20,4 %	21,3 %	21,8 %	86,8
Appenzell Ausserrhoden	23,1 %	23,6 %	22,2 %	22,3 %	22,1 %	87,7
Appenzell Innerrhoden	20,1 %	20,5 %	20,0 %	19,8 %	19,7 %	78,3
St. Gallen	25,6 %	24,8 %	23,5 %	24,1 %	24,7 %	98,2
Graubünden	27,6 %	27,0 %	25,4 %	25,1 %	25,3 %	100,5
Aargau	23,0 %	22,3 %	21,9 %	22,1 %	22,2 %	88,2
Thurgau	23,8 %	23,3 %	21,9 %	21,6 %	21,8 %	86,7
Tessin	26,3 %	27,0 %	27,0 %	26,7 %	26,1 %	103,8
Waadt	31,7 %	31,9 %	31,2 %	32,3 %	33,0 %	131,0
Wallis	29,5 %	30,5 %	29,7 %	29,3 %	28,2 %	112,0
Neuenburg	31,5 %	32,0 %	30,9 %	29,6 %	30,5 %	121,2
Genf	35,5 %	34,9 %	34,2 %	35,1 %	34,5 %	137,1
Jura	34,7 %	34,2 %	32,8 %	32,1 %	31,7 %	125,8
Schweiz	26,7 %	26,4 %	25,5 %	25,4 %	25,2 %	100,0

Abbildung 7: Steuerliche Ausschöpfung 2018 des Ressourcenpotenzials nach Kantonen in %



An der kantonalen Verteilung hat sich im Vergleich zum letzten Referenzjahr 2016 insgesamt wenig verändert. Vor allem am unteren und oberen Ende der Skala ist die Reihenfolge praktisch gleich geblieben. Die Zentralschweizer Kantone Nidwalden, Zug und Schwyz liegen deutlich unter dem Schweizer Durchschnitt, wobei Schwyz mit 10,4 % den tiefsten Wert aufweist. Am höchsten liegt die steuerliche Belastung in einigen Westschweizer Kantonen sowie in Bern, wobei Genf mit 34,5 % Spitzenreiter ist.

Die Betrachtung der Schuldenquoten zeigt ein Bild vergangener Finanzpolitik. Zum Grossteil widerspiegeln die Quoten die Entwicklung der Finanzierungsergebnisse der öffentlichen Haushalte sowie der regionalen Wirtschaftsleistungen. Doch wie haben sich die Schuldenquoten der Regionen und Kantone der Schweiz entwickelt und wie gross sind diese?

Folgendes Kapitel beruht auf den Bruttoschulden, wie sie im Harmonisierten Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2) definiert und im FS-Modell implementiert

sind. Im FS-Modell ergeben sich die Bruttoschulden¹ des Staatssektors der Schweiz aus den Schulden des Bundes, der Kantone, der Gemeinden und der öffentlichen Sozialversicherungen. Die Schulden der Sozialversicherungen werden massgeblich durch die Arbeitslosenversicherung (ALV) bestimmt. Da die ALV hauptsächlich beim Bund verschuldet ist, werden die Schulden der Sozialversicherungen im Rahmen der Konsolidierung zum Sektor Staat grösstenteils eliminiert. Deshalb lassen sich die Schulden des Staats näherungsweise als Summe der Schulden von Bund, Kantonen und Gemeinden darstellen.

31 Schuldenabbau dank Wirtschaftswachstum und Fiskalregeln

Dank der guten Wirtschaftslage von Mitte 2003 bis Mitte 2008 und der Einführung der Schuldenbremse beim Bund und dank den Fiskalregeln bei den Kantonen und Gemeinden hat ab dem Jahr 2003 der Trend zum Schuldenabbau begonnen.

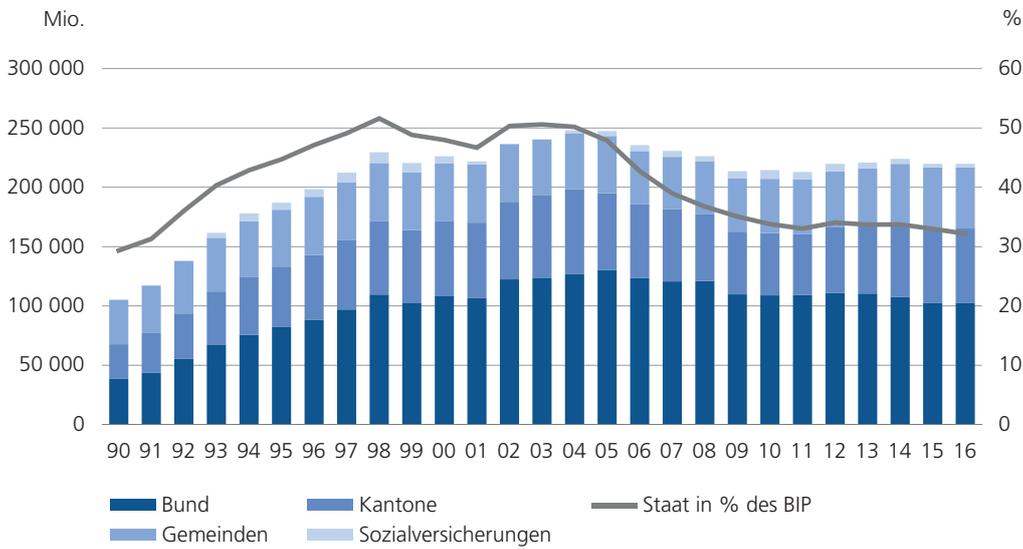
Die Abbildung «Entwicklung der Bruttoschulden im FS-Modell» zeigt, dass die Dynamik der gesamten Staatsschulden stark durch diejenige der Bundesschulden geprägt ist. Die Bruttoschulden für den Staatssektor in Anlehnung an das HRM2 im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandprodukts (BIP) erhöhte sich von 29,3% im Jahr 1990 auf 51,6% im Jahr 1998. Die Wende zum Schuldenabbau setzte mit der verbesserten Wirtschaftslage von Mitte 2003 bis Mitte 2008 und dem darauf basierenden Einnahmenwachstum ein. Wichtig war aber auch die vermehrte Haushaltsdisziplin auf allen Staatsebenen. Insbesondere die Einführung der Schuldenbremse beim Bund sowie die Einhaltung von kantonalen Fiskalregeln trugen wesentlich zur Entschuldung bei. So ist es neben dem Bund auch den Kantonen und Gemeinden gelungen, ihre Schulden zu reduzieren. Die Reduktion der Bruttoschuldenquote in Anlehnung an die Definition von HRM2 für den Sektor Staat kam 2011 zum Stillstand. Sie war mit 33,0% nur noch 3,7 Prozentpunkte höher als 1990.

Den Trend zum Schuldenabbau haben insbesondere die revidierten Gesetzesbestimmungen zur Finanzierung von Vorsorgeeinrichtungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften² gebremst. So haben die Rekapitalisierungen von Pensionskassen nicht nur die jüngsten Rechnungsergebnisse, sondern auch die Schulden (allen voran die langfristigen Finanzverbindlichkeiten) der Kantone und Gemeinden beeinflusst. Seit 2012 sinkt die auf dem nationalen FS-Modell basierende Bruttoschuldenquote der öffentlichen Haushalte, 2016 beträgt sie dank rückläufigen Schulden bei den Teilsektoren «Bund» und «öffentliche Sozialversicherungen» 32,2% des BIP.

1 Die Bruttoschulden setzen sich zusammen aus den laufenden Verbindlichkeiten sowie den kurz- und langfristigen Finanzverbindlichkeiten des nationalen FS-Modells. Nicht dazu zählen die in diesen Positionen enthaltenen derivativen Finanzinstrumente und passivierten Investitionsbeiträge. Die Bruttoschulden, als auch die Maastricht-Schuld, sind zu Nennwerten bewertet. Die Maastricht-Schuld, die im internationalen GFS-Modell berechnet wird, ist enger definiert. So werden einige der laufenden Verbindlichkeiten des FS-Modells, welche Teil der Bruttoschulden sind, den sonstigen Verbindlichkeiten des GFS-Modells zugeordnet, welche nicht Teil der Maastricht-Schuld sind. Deshalb kommt die Schuldenquote nach Maastricht um durchschnittlich 2,8% des BIP tiefer zustande als die Bruttoschuldenquote.

2 Diese sind seit 1.1.2012 in Kraft. Mit dem Ziel, die finanzielle Sicherheit der Vorsorgeeinrichtungen zu gewährleisten, verlangen sie u. a. die Erreichung eines differenzierten Zieldeckungsgrades von 80% binnen 40 Jahren und die Herauslösung der Pensionskassen aus der öffentlichen Verwaltungsstruktur.

Abbildung 8: Entwicklung der Bruttoschulden im FS-Modell



Die Budgetdisziplin der öffentlichen Haushalte hat sich gegenüber den 1990er Jahren deutlich verbessert. Im Jahr 2016 liegt die Bruttoschuldenquote mit 32,2 % des Bruttoinlandprodukts zwar um 2,9 Prozentpunkte über dem Niveau von 1990, aber deutlich unter der Maastricht-Schuldengrenze von 60 %. Die Maastricht-Schuld, berechnet im GFS-Modell, liegt durchschnittlich um 2,8 % des BIP tiefer als die Bruttoschuldenquote gemäss FS-Modell.

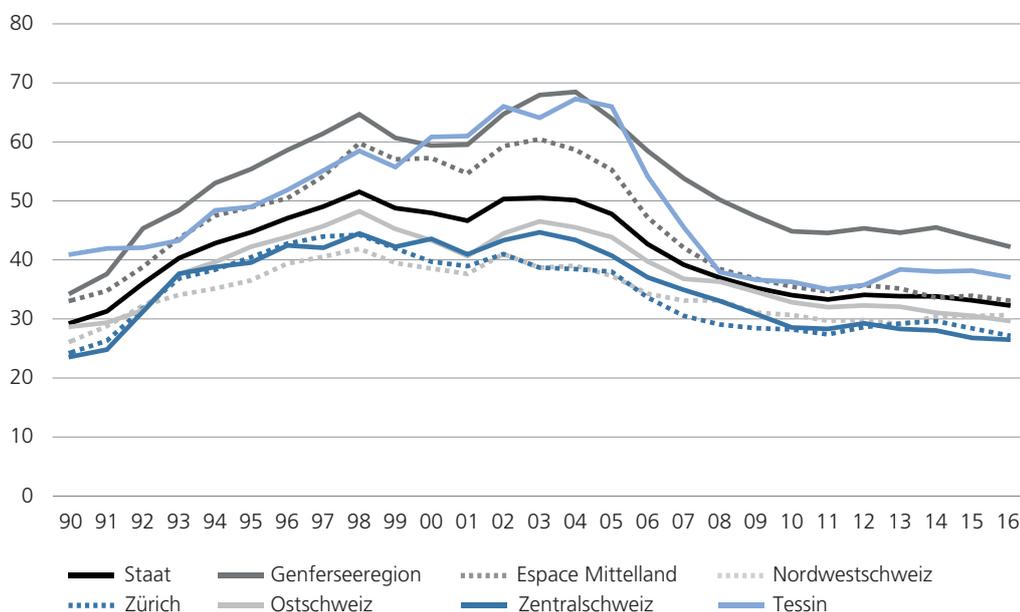
32 Deutliches Gefälle innerhalb der Schweiz

In den letzten 20 Jahren trugen die Einwohner der *Westschweizer* Kantone – allen voran Genf – die grösste Schuldenlast. Wird der Verlauf der Schuldenquote der Kantone betrachtet, so zeigt sich, dass jene in der *Genferseeregion* auf einem höheren Niveau liegen als jene im *Mittelland*. In der *Ostschweiz* liegen sie nochmals erheblich tiefer.

Für die Beurteilung der regionalen Schuldenentwicklung und der Gesamtverschuldung der Bürger eines Kantons wurden die Anteile an der Bundesschuld gemäss Einwohnerzahl berechnet und diese den Bruttoschulden der Kantone (inkl. Gemeinden) hinzugefügt. Den kantonalen und regionalen Schuldenquoten liegen die BIP-Schätzungen des Bundesamtes für Statistik (BFS) zugrunde.³ Die Abbildung «Gesamtverschuldung nach Regionen» zeigt die Entwicklung der Schuldenquoten nach den sieben Grossregionen der Schweiz. Ersichtlich sind sowohl ein West-Ost- als auch ein Nord-Süd-Gefälle. So bewegen sich die Schuldenquoten der Kantone in der *Genferseeregion* auf einem höheren Niveau als jene im *Mittelland*; die Quoten in der *Ostschweiz* liegen nochmals deutlich unter denjenigen des *Mittellandes*. Ein ähnliches Bild abfallender Schuldenquoten zeigt sich von

Süden nach Norden. In allen Regionen sind die Schuldenquoten seit 2004 bis 2011 rückläufig. Ein Grossteil des Rückgangs ist auf die Einführung der Schuldenbremse beim Bund und die gute Wirtschaftslage (2003 bis 2008) mit den damit verbundenen Überschüssen zurückzuführen. Allerdings gehen auch die Anstiege der regionalen Schuldenquoten in den 1990er-Jahren hauptsächlich auf die Zunahmen der Bundesschuld zurück. Die für die Staaten der Eurozone im Rahmen des Stabilitätspaktes von Maastricht festgelegte Schuldenobergrenze von 60 % des nominalen BIP wurde um die Jahrtausendwende von sieben Kantonen überschritten. In der betrachteten Zeit (1990 bis 2016) sind die durchschnittlichen Schuldenquoten der Kantone *Genf*, *Wallis*, *Jura* und *Neuenburg* am höchsten, jene der Kantone *Zug*, *Glarus*, *Schaffhausen* und *Basel-Stadt* am tiefsten.

Abbildung 9: Gesamtverschuldung nach Regionen in % des BIP



In den Jahren 2004 bis 2011 sind die Bruttoschuldenquoten aller Regionen rückläufig. Die höhere Bruttoschuld 2014 der Region Tessin ist primär auf das Restatement der Kantonsbilanz im Zusammenhang mit dem Wechsel auf das harmonisierte Rechnungslegungsmodell (HRM2) zurückzuführen.

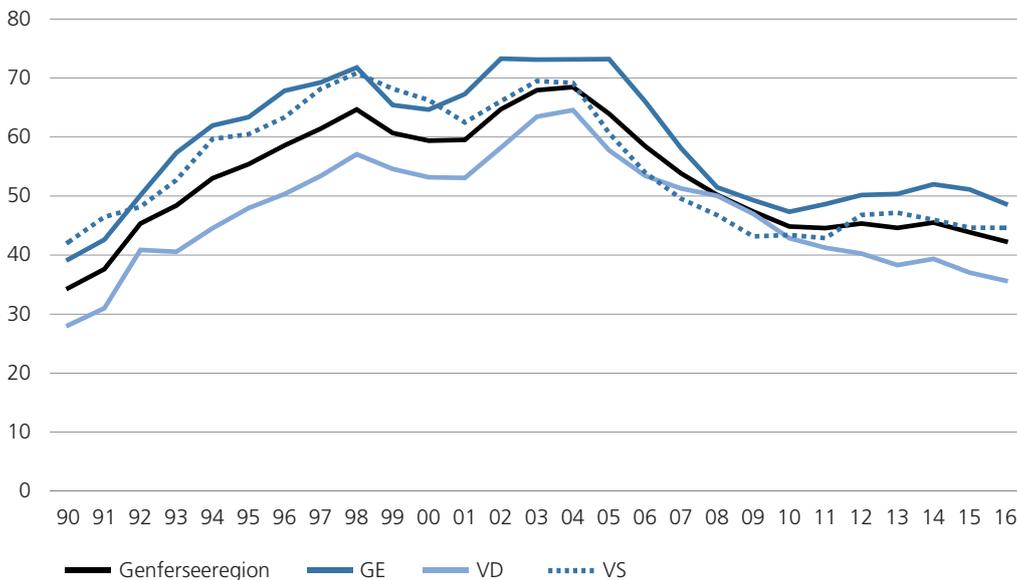
3 Die Daten zu den kantonalen BIP beruhen auf der revidierten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vom August 2017 und existieren für die Jahre 2008 bis 2015. Dem Jahr 2016 wurde die vereinfachte Annahme unterstellt, dass die kantonalen Wirtschaftsleistungen im Schweizer Durchschnitt gewachsen sind. Die Rückrechnung bis 1990 erfolgt auf Basis der kantonalen Netto-Volkseinkommen zu Faktor-kosten (BFS).

321 Genferseeregion

Wird der Fokus auf die *Genferseeregion* gerichtet (siehe Abbildung «Schulden der Genferseeregion in % des BIP»), verfügen die Kantone *Genf*, *Waadt* und *Wallis* bis zum Jahr 2009 über ähnlich verlaufende Schuldenquoten. Im Kanton *Genf* verbesserten die höheren Fiskaleinnahmen bei gleichbleibenden Steuerfüssen⁴ sowie die geringeren Investitionsausgaben die Finanzierungsergebnisse und liessen die Schuldenquote ab 1998 sinken. Im Zuge der Wirtschaftsbaissе als Folge des Platzens der Dotcom-Blase begann die Schuldenquote ab 2001 wieder zuzunehmen. Die *Genfer* Schulden (inkl. Anteil an den Bundesschulden) erreichten 2006 einen Spitzenwert von 25,4 Milliarden Franken. Die

Schuldenquote lag 2005 mit 73,2 % am höchsten. Sie ging bis 2010 auf 47,3 % des nominalen BIP zurück und erhöhte sich seither wieder auf 52,0 % im Jahr 2014. 2016 beträgt sie 48,7 %. Im Gegensatz zu den Kantonen *Genf* und *Waadt* erfuhr die *Walliser* Schuldenquote schon im Jahr 1998 ihren Höchststand. Den Turnaround schaffte der Kanton ab 2003 aufgrund von sukzessiv besseren Finanzierungssaldi sowie tieferen Bundesschulden. Trotz Finanzkrise und rezessivem Umfeld erfuhr die *Walliser* Wirtschaft 2009 einen nominalen BIP-Anstieg. Damit erreichte die kantonale Schuldenquote ihren drittniedrigsten Stand von 43,2 % des nominalen BIP. Einzig in den Jahren 1990 und 2011 war die Quote tiefer. Ende 2016 ist die *Walliser* Schuldenquote mit 44,6 % unverändert zum Vorjahr.

Abbildung 10: Schulden der Genferseeregion in % des BIP



Die Schuldenquote der *Waadt* liegt im betrachteten Zeitraum stets unterhalb jener der *Genferseeregion*. In den Jahren der Finanzkrise ab 2007 bis 2010 ist die Differenz jedoch minimal.

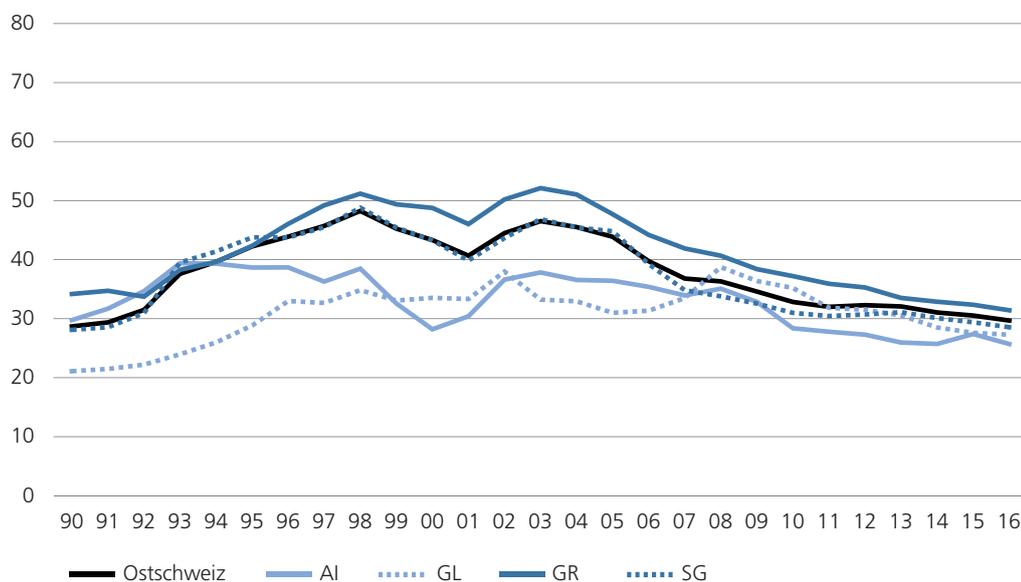
⁴ Die in diesem Kapitel angegebenen Steuerfüsse stammen von der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) und beziehen sich auf die Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen bei Kantonen und Kantonshauptorten.

322 Ostschweiz

In der *Ostschweiz* bewegen sich die Schuldenquoten der Kantone (Abbildung «Schulden der Region Ostschweiz in % des BIP» zeigt einige ausgewählte Kantone) zwischen 20 % und 50 % des BIP. Bis zum Ausbruch der Banken- und Finanzkrise im Herbst 2008 verfügte der Kanton *Glarus* über die zweitniedrigste Schuldenquote. Einzig in den Jahren 1999 bis 2001 fiel die Quote von *Appenzell Innerrhoden* dank eines starken BIP-Wachstums zwischenzeitlich darunter. Die *Glerner* Schuldenquote erreichte im Jahr 2008 ihren Höchststand (38,7 %); der Schuldenstand indes war im Jahr 2004 am höchsten. Die Umgliederung von Fremd- in Eigenkapital im Zusammenhang mit der Umstellung auf das harmonisierte Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2) sowie die *Glerner* Gemeindereform führten 2011 zu einem grossen Schuldenrückgang. Dabei sank die Schuldenquote um 3,4 Prozentpunkte auf 31,8 %. Ein Jahr zuvor, hatte der Kanton *Appenzell Innerrhoden* hinter den Kantonen *Zug*, *Nidwalden* und *Schaffhausen* das vierkräftigste Wirtschaftswachstum der Schweiz zu verzeichnen. Infolgedessen konnte der Kanton mitsamt seinen Kommunen im Jahr 2010 deutlich höhere Einnahmen aus den direkten Steuern natürlicher und juristischer Personen schreiben. Zusätzlich stiegen die Fiskaleinnahmen aufgrund von höheren Einnahmen aus der Erbschafts- und

Schenkungssteuer, was einen weiteren Schuldenabbau ermöglichte. Der Steuerfuss im Kanton lag dabei unverändert bei 85 %; jener des Kantonshauptortes wurde um 5 Prozentpunkte auf 97 % erhöht. Seit 2008 bewegt sich die Schuldenquote des Kantons *Appenzell Innerrhoden*, der als einziger Kanton keine Fiskalregel hat, wieder am untersten Skalenende der *Ostschweizer* Kantone. Am oberen Ende befindet sich dagegen die Quote des Kantons *Graubünden*, sie bewegt sich seit 2009 wieder (wie anfangs bis Mitte der 1990er Jahre) unterhalb von 40 % des kantonalen BIP. Quasi im Gleichklang mit der Region *Ostschweiz* entwickelte sich die Schuldenquote des Kantons *Sankt Gallen*. Dies erstaunt nicht, da *Sankt Gallen* im Mittel des betrachteten Zeitraums mit 43 % zur Wirtschaftsleistung der *Ostschweiz* beiträgt. In den Jahren 1993 bis 1995 lag die *Sankt Galler* Quote leicht über derjenigen der *Ostschweiz*, 2007 bis 2009 teils mit rund 2 Prozentpunkte darunter. Die Einhaltung der Schuldenbremse gelang dem Kanton seit 2010 nur wegen hohen Bezügen aus dem freien Eigenkapital. Angesichts der Haushaltsdefizite wurde 2012 eine Erhöhung des kantonalen Steuerfusses von 95 % auf 105 % notwendig. Der Steuerfuss des Kantonshauptortes blieb dagegen unverändert bei 144 %. Ende 2016 beträgt die *Sankt Galler* Schuldenquote 28,5 % des nominalen BIP und erreicht damit im betrachteten Zeitraum ihren dritt niedrigsten Stand, einzig in den Jahren 1990 und 1991 war sie leicht tiefer.

Abbildung 11: Schulden der Region Ostschweiz in % des BIP



Quasi im Gleichklang verlaufen die Schuldenquoten der Ostschweiz und des Kantons Sankt Gallen. Dies erstaunt nicht, da Sankt Gallen im Mittel des betrachteten Zeitraums mit rund 43 % zur Wirtschaftsleistung der Ostschweiz beiträgt.

Zu Zwecken der internationalen Vergleichbarkeit übernimmt die Finanzstatistik die Richtlinien gemäss dem «Government Finance Statistics Manual 2014» (GFSM 2014) des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die nachfolgenden Kapitel kommentieren die finanzstatistischen Ausweise zum Gesamtstaat und seinen Teilsektoren gemäss diesem GFS-Modell.

41 Staat

Die finanzielle Lage des Sektors Staat ist weiterhin gut, hat sich jedoch gegenüber dem Vorjahr etwas verschlechtert. Sowohl der Überschuss in der Erfolgsrechnung als auch der positive Finanzierungssaldo gehen gegenüber 2015 zurück. Die Defizit-/Überschussquote sinkt damit von +0,6 % im Jahr 2015 auf +0,4 % im Jahr 2016. Dank wachsenden Steuererträgen erhöht sich die Fiskalquote, sie steigt von 27,6 % auf 27,8 %.

Die *Erfolgsrechnung* 2016 des Sektors Staat schliesst mit einem Überschuss von 4,1 Milliarden. Gegenüber dem Vorjahr wächst der Ertrag mit 0,5 % weniger stark als das nominale Bruttoinlandprodukt (BIP). Die Steuern, die wichtigste Ertragskomponente, nehmen um 2,1 Milliarden zu. Die Steuern 2016 setzen sich aus folgenden Anteilen zusammen: Einkommens-, Gewinn- und Kapitalsteuern (61,3 %), Vermögenssteuern (8,6 %), Steuern auf Waren und Dienstleistungen (28,5 %) sowie übrige Abgaben und Steuern (0,7 %). Die Zölle und andere Abgaben auf internationale Transaktionen, deren Anteil 0,8 % beträgt, notieren im Vorjahresvergleich einen deutlichen Anstieg um 7,4 %.

Die Erhöhung des Aufwands (+3,1 Mrd.) ist insbesondere auf die wachsenden Sozialleistungen (+2,1 Mrd.) und Arbeitsentgelte (+631 Mio.) zurückzuführen. Rückläufig sind dagegen die öffentlichen Transfers sowie der Zinsaufwand. Das tiefe Zinsniveau und günstige Refinanzierungen haben bei den öffentlichen Haushalten im Jahr 2016 erneut tiefere Passivzinsen generiert. Gegenüber 2015 sinkt der Zinsaufwand um 11,7 %. Die Betrachtung nach den Aufgabengebieten zeigt, dass der Staat den grössten Teil seiner *Ausgaben* für die «Soziale Sicherheit» tätigt. Im Jahr 2016 verfügt dieser Bereich über einen Anteil von 39,5 % an den Gesamtausgaben und schreibt gegenüber 2015 ein Plus um 2,8 %. Die Gründe für die Mehrausgaben von 2,4 Milliarden für die «Soziale Sicherheit» finden sich zu einem grossen Teil in der gestiegenen Zahl an Rentenbezüglern der Alters- und Hinterlassenenversicherung (+1,9 % gegenüber 2015). Die öffentlichen Haushalte verzeichnen ebenso Mehrausgaben zugunsten der Funktionsgruppen «Arbeitslosigkeit» (+7,9 %) und «Sozialhilfe und Asylwesen» (+7,3 %). Der Ausgabenanstieg bei der letztgenannten Gruppe ist hauptsächlich durch die erhöhte Migration und die wachsende Zahl an Sozialhilfebezüglern begründet. Prozentual

gesehen wächst das Aufgabengebiet «Verteidigung» (+4,6 %) am kräftigsten. Einzig die beiden Aufgabenbereiche «Allgemeine öffentliche Verwaltung» (-3 %) und «Wohnungswesen und öffentliche Einrichtungen» (-2 %) weisen Minderausgaben aus.

Das Vermögen des Staates (rund 492 Mrd.) setzt sich zusammen aus *Vermögensgütern* und *Forderungen*. Der Bestand an Vermögensgütern bestehend aus Anlagegütern, Vorräten, Wertsachen und nichtproduzierten Vermögensgütern wächst um 5,4 Milliarden. Der Forderungsbestand verzeichnet ebenso einen Zuwachs, dieser ist 21,5 Milliarden gross. Der deutliche Anstieg bei den Forderungen ist im Wesentlichen auf Zunahmen bei den Anteilsrechten und Anteilen an Investmentfonds zurückzuführen. So steigt allein der Anteil des Bundes und der Kantone am Eigenkapital der Schweizerischen Nationalbank (SNB) um 23,5 Milliarden. Der Anspruch des Bundes am Eigenkapital der SNB beträgt ein Drittel, jener der Kantone zwei Drittel. Das Eigenkapital der SNB beläuft sich Ende 2016 auf 84,5 Milliarden und setzt sich primär aus den Rückstellungen für Währungsreserven, der Ausschüttungsreserve und dem Jahresergebnis zusammen. Während die SNB im Vorjahr noch einen Reinverlust von 23,3 Milliarden geschrieben hat, erzielt sie im Jahr 2016 einen Reingewinn von 24,5 Milliarden. Das positive Ergebnis ergibt sich insbesondere aus Gewinnen auf den Fremdwährungspositionen (19,4 Mrd.) und Goldbeständen (3,9 Mrd.). Die Forderungen des Sektors Staat verteilen sich Ende 2016 zu 91,3 % auf das Inland und zu 8,7 % auf das Ausland. Im Vorjahresvergleich haben sich die Anteile nur marginal verändert (-0,2 Prozentpunkte zu Lasten des Inlandes). Ende 2016 stehen den Forderungen von 276,9 Milliarden *Verbindlichkeiten* von 277,1 Milliarden gegenüber. Die Verbindlichkeiten notieren aufgrund von sinkenden sonstigen Verbindlichkeiten einen Rückgang um 5,2 Milliarden.

Erfolgs- und Finanzierungsrechnung – Sektor Staat

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Ertrag	203 941 054	208 762 211	210 864 375	219 115 212	220 176 992
Steuern	126 767 859	129 773 977	131 502 458	136 478 099	138 574 474
Sozialabgaben	42 280 661	42 999 979	43 506 173	44 261 243	44 780 661
Öffentliche Transfers	216 191	244 256	258 161	276 287	284 222
Sonstige nichtfiskalische Einnahmen	34 676 343	35 744 000	35 597 583	38 099 583	36 537 635
Aufwand	200 513 231	210 102 559	210 871 978	212 948 086	216 066 334
Arbeitsentgelte	46 943 786	47 804 660	48 624 618	49 360 667	49 991 477
Verwendung von Waren und Diensten	22 643 479	23 519 049	23 966 312	24 151 882	24 206 033
Wertverzehr von Vermögensgütern	17 305 771	17 952 319	18 501 568	18 120 729	18 477 399
Zinsaufwand	4 435 417	3 973 367	3 699 572	3 612 253	3 188 715
Subventionen	19 056 806	19 175 026	19 198 826	19 710 136	20 011 623
Öffentliche Transfers	3 501 339	4 011 406	3 740 913	4 107 016	3 966 509
Sozialleistungen	69 225 901	71 431 985	72 847 371	74 148 171	76 253 001
Übriger Aufwand	17 400 733	22 234 747	20 292 797	19 737 233	19 971 576
Erfolg	3 427 822	-1 340 348	- 7 603	6 167 126	4 110 658
Nettozugang an Vermögensgütern	1 033 689	1 398 852	1 384 693	1 947 877	1 636 599
Erwerb: Vermögensgüter	20 048 750	20 406 371	20 608 880	21 021 797	21 059 697
Veräusserung: Vermögensgüter	1 709 290	1 055 200	722 619	953 191	945 698
Wertverzehr: Vermögensgüter	17 305 771	17 952 319	18 501 568	18 120 729	18 477 399
Finanzierungssaldo	2 394 133	-2 739 200	-1 392 296	4 219 249	2 474 059

Vermögensrechnung – Sektor Staat

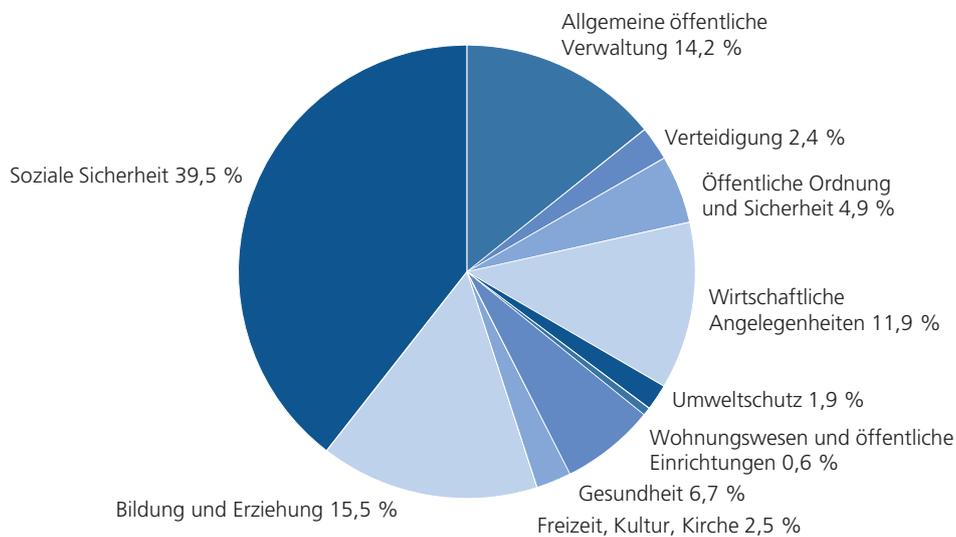
1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Vermögensgüter	187 035 971	192 305 351	206 422 069	209 452 258	214 847 182
Forderungen	243 020 143	237 667 429	279 092 958	255 354 062	276 873 373
Verbindlichkeiten	274 045 836	274 361 194	280 266 243	282 242 185	277 071 942
Reinvermögen	156 010 278	155 611 586	205 248 784	182 564 135	214 648 614

Ausgaben nach Funktionen – Sektor Staat

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Total	201 546 921	211 501 411	212 256 671	214 895 963	217 702 933
Allgemeine öffentliche Verwaltung	29 255 922	33 626 376	32 301 920	31 887 127	30 921 669
Verteidigung	4 995 411	5 288 942	5 073 134	5 047 580	5 277 353
Öffentliche Ordnung und Sicherheit	9 696 646	10 147 434	10 321 933	10 532 292	10 566 087
Wirtschaftliche Angelegenheiten	24 893 165	25 854 212	25 634 611	25 811 628	25 987 574
Umweltschutz	3 831 854	3 981 192	3 864 477	3 949 655	4 065 092
Wohnungswesen und öffentliche Einrichtungen	1 211 566	1 225 494	1 224 651	1 277 013	1 251 166
Gesundheit	13 036 152	13 664 803	13 861 055	14 107 123	14 551 806
Freizeit, Kultur, Kirche	5 091 850	5 130 950	5 292 901	5 329 180	5 405 466
Bildung und Erziehung	31 423 345	32 172 638	32 697 849	33 369 035	33 736 706
Soziale Sicherheit	78 111 010	80 409 369	81 984 140	83 585 329	85 940 014

Abbildung 12: Ausgaben nach Funktionen – Staat, 2016

Total Ausgaben: CHF 217 702 933 286



Rund vier Fünftel des Ausgabenwachstums 2016 entsteht im Aufgabengebiet «Soziale Sicherheit». Wachstumstreibend wirken dabei die Migration, Arbeitslosen- sowie Alters- und Hinterlassenenversicherung.

42 Bund

Im Vergleich zum Vorjahr schliesst der Bund seine Finanzierungsrechnung 2016 mit einem reduzierten Überschuss, was die Defizit-/Überschussquote von +0,4 % auf +0,1 % des BIP sinken lässt. Die Fiskalquote ihrerseits verzeichnet einen Rückgang um 0,1 Prozentpunkte.

Der Bund beendet das Rechnungsjahr 2016 mit einem positiven Finanzierungssaldo von 971 Millionen. Die Erfolgsrechnung weist seit 2007 einen Milliarden Gewinn aus. Im Jahr 2016 beträgt der positive Erfolg 2,1 Milliarden, im Vergleich zum Vorjahr sinkt er um 1,5 Milliarden. Der verminderte Überschuss ist aufwandsseitig bedingt, denn der Ertrag bleibt mit 71,6 Milliarden in etwa auf dem Vorjahresniveau. Der marginale Ertragsrückgang um 154 Millionen ergibt sich hauptsächlich aus wachsenden öffentlichen Transfers (+498 Mio.) und abnehmenden sonstigen nichtfiskalischen Einnahmen (-630 Mio.). Der Rückgang bei den sonstigen nichtfiskalischen Einnahmen ergibt sich in erster Linie aus verringerten Erträgen aus Bussen, Strafsteuern und Pfandveräusserungen sowie verminderten Vermögenseinkommen (Dividenden). Die Steuern, die wichtigste Ertragskomponente, verharren indes im Jahr 2016 auf 64,4 Milliarden. Sie setzen sich aus folgenden Anteilen zusammen: Steuern auf Güter und Dienstleistungen (56,4 %), Einkommens-, Gewinn- und Kapitalsteuern (41,7 %) sowie Zölle, andere Abgaben auf internationale Transaktionen (1,8 %) und übrige Abgaben und Steuern (0,1 %).

Die Ausgaben 2016 beziffern sich insgesamt auf 70,6 Milliarden. Im Vergleich zum Vorjahr nehmen sie um 2,1 % zu. Werden die Anteile an den Gesamtausgaben berechnet, zeigt sich folgendes Bild: Das Aufgabengebiet «Allgemeine öffentliche Verwaltung» ist mit einem Anteil von 29,8 % hinter der «sozialen Sicherheit» (32,1 %) der zweitgrösste Ausgabeposten. Im Vergleich zum Vorjahr hat der Bund für die «soziale Sicherheit» Mehrausgaben von 2,2 % getätigt. Diese kommen einerseits der Alters- und Hinterlassenversicherung aufgrund der erhöhten Anzahl an Rentenbezüglern, andererseits der Sozialhilfe und dem Asylwesen zugute. Die grösste Zunahme an Bundesausgaben in Prozenten notiert der Umweltschutz. Der Anstieg um 16,1 % resultiert hauptsächlich aus der Abwasserentsorgung. Durch Massnahmen bei ausgewählten Abwasserreinigungsanlagen (ARA) soll der Eintrag von Mikroverunreinigungen in die Gewässer verringert werden. Dazu hat das Parlament im 2014 eine Anpassung des Gewässerschutzgesetzes

zur verursachergerechten Finanzierung der Elimination von Spurenstoffen im Abwasser beschlossen. Die Abgeltungen wurden im Jahr 2016 zum ersten Mal gewährt. Einzig der Bereich «Allgemeine öffentliche Verwaltung» verzeichnet leicht verminderte Ausgaben, gegenüber 2015 registriert dieser eine leichte Einbusse um 83 Millionen (-0,4 %).

Infolge von Marktwertanpassungen verschiedener Forderungen erhöht sich das *Reinvermögen* des Bundes von 33,7 auf 42,4 Milliarden. Die *Verbindlichkeiten* von 130,8 Milliarden entfallen zu 83,7 % auf Geldgeber im Inland und zu 16,3 % auf solche im Ausland. Gegenüber 2015 vermindern sich die gesamten *Verbindlichkeiten* um 5,9 Milliarden. Der grösste Rückgang zeigt sich bei den Schuldtiteln (-5,7 Mrd.), dieser kommt grösstenteils durch Rückzahlungen von Eidg. Anleihen zustande. Im Jahr 2016 machen die grösseren Unterrubriken folgende Anteile an den gesamten Verbindlichkeiten aus: Schuldtitel (73 %), sonstige Verbindlichkeiten (13,8 %), Bargeld und Einlagen (7 %) sowie Kredite (4,1 %).

Das *Vermögen* des Bundes, bestehend aus *Vermögensgütern* und *Forderungen*, nimmt im Jahr 2016 um 1,6 % zu. Der Zuwachs ergibt sich hauptsächlich bei den Forderungen. Die Forderungen belaufen sich im Jahr 2016 auf 86,2 Milliarden, davon entfallen 98,4 % auf das Inland. Insgesamt hält der Bund Kredite sowie Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds im Umfang von 10,5 bzw. 60 Milliarden. Der Gesamtbestand des Bundes an Bargeld und Einlagen im In- und Ausland (8,8 Mrd.) geht um 3,6 Milliarden zurück. So vermindert sich der Bestand an Girokonten bei der SNB grösstenteils wegen Rückzahlungen zweier Anleihen. Einen deutlichen Anstieg um 7,5 Milliarden verzeichnen dagegen die Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds. Die grosse Zunahme bei den Anteilsrechten rührt im Wesentlichen daher, dass sich allein der Bundesanteil am Eigenkapital der Schweizerischen Nationalbank (SNB) massiv (um rund 7,8 Mrd.) erhöht hat. Die Ansprüche des Staats am Eigenkapital der SNB werden anteilmässig zwischen Bund (zu 1/3) und Kantonen (zu 2/3) aufgeteilt.

Erfolgs- und Finanzierungsrechnung – Bund

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Ertrag	65 813 924	67 964 907	67 292 424	71 725 867	71 571 457
Steuern	59 636 952	61 282 959	61 085 013	64 389 469	64 370 346
Sozialabgaben	56 772	67 329	58 509	59 023	55 923
Öffentliche Transfers	137 895	147 513	157 898	147 677	645 878
Sonstige nichtfiskalische Einnahmen	5 982 304	6 467 107	5 991 004	7 129 698	6 499 310
Aufwand	64 325 107	65 925 315	66 394 248	68 129 494	69 504 211
Arbeitsentgelte	6 885 726	7 104 592	7 331 813	7 412 586	7 491 667
Verwendung von Waren und Diensten	5 725 168	5 918 417	6 036 386	6 195 179	6 458 545
Wertverzehr von Vermögensgütern	4 829 009	4 973 369	5 149 556	5 030 376	5 126 132
Zinsaufwand	2 357 012	2 103 795	1 962 434	1 882 925	1 664 424
Subventionen	2 767 747	2 634 782	2 740 394	2 874 211	3 151 121
Öffentliche Transfers	37 272 052	38 156 934	38 397 791	39 348 226	39 384 465
Sozialleistungen	351 350	353 776	334 511	332 734	316 610
Übriger Aufwand	4 137 043	4 679 651	4 441 362	5 053 258	5 911 247
Erfolg	1 488 817	2 039 593	898 175	3 596 373	2 067 246
Nettozugang an Vermögensgütern	412 031	1 113 299	899 589	1 008 377	1 095 896
Erwerb: Vermögensgüter	6 033 842	6 228 728	6 130 399	6 231 235	6 408 969
Veräusserung: Vermögensgüter	792 803	142 060	81 253	192 483	186 942
Wertverzehr: Vermögensgüter	4 829 009	4 973 369	5 149 556	5 030 376	5 126 132
Finanzierungssaldo	1 076 786	926 293	- 1 414	2 587 996	971 350

Vermögensrechnung – Bund

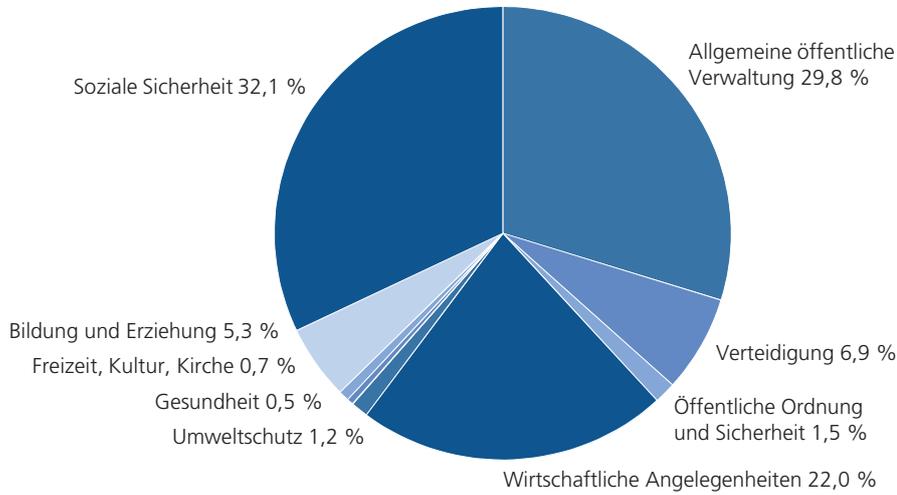
1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Vermögensgüter	87 142 152	87 504 144	87 703 297	87 132 869	86 959 308
Forderungen	79 357 640	78 863 513	91 063 957	83 231 636	86 170 538
Verbindlichkeiten	136 826 655	132 531 742	136 442 627	136 722 676	130 777 451
Reinvermögen	29 673 137	33 835 915	42 324 627	33 641 829	42 352 396

Ausgaben nach Funktionen – Bund

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Total	64 737 138	67 038 614	67 293 837	69 137 871	70 600 107
Allgemeine öffentliche Verwaltung	19 387 680	20 082 526	20 261 865	21 104 978	21 021 795
Verteidigung	4 599 391	4 890 300	4 687 192	4 635 715	4 861 362
Öffentliche Ordnung und Sicherheit	964 013	1 017 261	1 052 906	1 082 604	1 084 209
Wirtschaftliche Angelegenheiten	13 990 930	14 727 980	14 677 644	14 885 926	15 528 113
Umweltschutz	684 547	745 369	707 070	745 321	865 169
Wohnungswesen und öffentliche Einrichtungen	15 605	15 101	14 910	15 324	16 213
Gesundheit	353 638	378 865	293 916	317 265	321 146
Freizeit, Kultur, Kirche	460 188	471 191	478 577	499 431	516 261
Bildung und Erziehung	3 482 144	3 636 768	3 577 115	3 708 625	3 750 477
Soziale Sicherheit	20 799 003	21 073 253	21 542 641	22 142 682	22 635 362

Abbildung 13: Ausgaben nach Funktionen – Bund, 2016

Total Ausgaben: CHF 70 600 106 571



Gegenüber 2015 nehmen die Ausgaben des Bundes um 1,5 Milliarden (+2,1 %) zu. Rund ein Drittel des Zuwachses 2016 entfällt auf die «Soziale Sicherheit» (insbesondere auf die Migration, Krankenversicherung und Alters- und Hinterlassenenversicherung).

43 Kantone

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Finanzlage des Teilssektors «Kantone» ein wenig verbessert, der Finanzierungssaldo steigt um rund 0,5 Milliarden, doch bleibt die Defizit-/Überschussquote unverändert bei +0,1 % des nominellen BIP.

In der *Erfolgsrechnung* 2016 ergibt sich für die Kantone ein Überschuss von 552 Millionen. Im Vergleich zum Vorjahr wächst der *Ertrag* um 1,3 % auf 90,3 Milliarden. Von den Ertragskomponenten wachsen dabei die Steuern am stärksten. Sie steigen um 2,6 % auf 45,7 Milliarden im Jahr 2016. Ihr Ertragsanteil erhöht sich von 49,9 % im Jahr 2015 auf 50,6 % im Jahr 2016. Rund ein Viertel des Ertrags 2016 ergibt sich durch öffentliche Transfers. Die öffentlichen Transfers wachsen um 1 %. Die Zunahme um 230 Millionen fällt dabei substantiell bei den laufenden Transfers von anderen öffentlichen Haushalten des Inlandes an. Dem Ertrag steht ein *Aufwand* von 89,8 Milliarden gegenüber. Der Aufwand wächst um 1 %, wobei sich deren Komponenten unterschiedlich entwickelt haben. Das prozentual kräftigste Wachstum (+9,4 %) verzeichnet die Rubrik öffentliche Transfers. Die drei volumenmässig grössten Aufwandsrubriken, die im Jahr 2016 einen Anteil von 61,3 % am Aufwand haben, verändern sich wie folgt: Während die Subventionen auf dem Vorjahresniveau verharren, nehmen die Arbeitsentgelte um 1,3 % und die Sozialleistungen um 5,8 % zu.

Werden die Aufgabengebiete auf der obersten Stufe einander gegenübergestellt, stellt man in der Ausgabenpolitik des Teilssektors Kantone keine Verschiebung der Schwerpunkte fest. Der anteilmässig grösste Bereich bleibt weiterhin die «Bildung und Erziehung». Wie im Vorjahr macht dieser Bereich im Jahr 2016 25,8 % der gesamten *Ausgaben* aus. Das nächstgrösste Aufgabengebiet, die «soziale Sicherheit» mit einem Anteil von 21,1 % (2015: 20,1 %) an den Gesamtausgaben, legt um 5,6 % zu. Der Zuwachs in der Grössenordnung von 999 Millionen setzt sich gewichtig aus Mehrausgaben zugunsten der Rubriken «Sozialhilfe und Asylwesen» (+472 Mio.) sowie «Krankheit und Invalidität» (+278 Mio.) zusammen. Für den Gesundheitsbereich, den

drittgrössten Ausgabeposten, haben die Kantone 2016 12,6 Milliarden ausgegeben. Dieser Bereich hat gegenüber 2012 (Einführungsjahr der Fallpauschalen im Rahmen der neuen Spitalfinanzierung) um 1,2 Milliarden zugelegt. Im Vorjahresvergleich nehmen die Gesundheitsausgaben um 235 Millionen bzw. um 1,9 % zu. Der Bereich «Allgemeine öffentliche Verwaltung» verzeichnet indes den grössten prozentualen Rückgang (-4,8 %), dies weil die Sanierungsmassnahmen zur Ausfinanzierung der kantonalen Pensionskassen den kantonalen Haushalt weniger stark belasten. Dessen Ausgabenanteil beträgt im Jahr 2016 15,4 % der kantonalen Gesamtausgaben.

Das *Vermögen* der Kantone nimmt im Jahr 2016 um 11,7 % auf 177 Milliarden zu. So erhöhen sich die *Vermögensgüter* um 1,7 Milliarden vorwiegend aufgrund von Neubewertungen im Rahmen der Umstellung auf das neue Rechnungslegungsmodell (HRM2). Der deutliche Anstieg bei den *Forderungen* (+16,5 %) ergibt sich im Wesentlichen aus den Anteilsrechten und Anteilen an Investmentfonds. Dies rührt insbesondere daher, dass der Anteil der Kantone (zu 2/3) am Eigenkapital der Schweizerischen Nationalbank (SNB) sehr stark (+15,7 Mrd.) wächst.

Den Forderungen, die ausschliesslich gegenüber dem Inland anfallen, stehen *Verbindlichkeiten* von 82,6 Milliarden gegenüber. Die Verbindlichkeiten verteilen sich zu 81,7 % auf das In- und zu 18,3 % auf das Ausland. Gegenüber dem Vorjahr erhöhen sich die Bestände an inländischen Verbindlichkeiten um 2,1 Milliarden, was hauptsächlich auf die sonstigen Verbindlichkeiten und auf die Versicherungs-, Alterssicherungs- und Standardgarantie-Systeme zurückzuführen ist. Insgesamt erhöht sich das *Reinvermögen* der Kantone um 15,9 auf 94,4 Milliarden.

Erfolgs- und Finanzierungsrechnung – Kantone

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Ertrag	82 728 044	84 303 488	85 762 254	89 189 881	90 319 990
Steuern	41 740 115	42 467 707	43 636 828	44 549 442	45 727 083
Sozialabgaben	298 102	276 687	177 520	169 183	212 687
Öffentliche Transfers	21 622 524	22 007 040	22 326 151	22 851 629	23 082 006
Sonstige nichtfiskalische Einnahmen	19 067 303	19 552 055	19 621 755	21 619 627	21 298 214
Aufwand	83 279 514	89 040 348	88 105 957	88 920 121	89 767 105
Arbeitsentgelte	26 052 161	26 461 192	26 776 642	27 245 450	27 591 496
Verwendung von Waren und Diensten	8 656 636	9 256 867	9 781 716	9 909 751	9 875 588
Wertverzehr von Vermögensgütern	7 352 833	7 753 213	8 037 876	7 851 101	8 041 873
Zinsaufwand	997 707	914 952	837 070	854 851	772 005
Subventionen	14 994 567	15 244 836	15 166 455	15 471 856	15 451 611
Öffentliche Transfers	5 363 830	5 228 424	5 433 195	5 571 182	6 097 031
Sozialleistungen	10 521 647	10 667 988	10 990 824	11 293 874	11 948 807
Übriger Aufwand	9 340 132	13 512 876	11 082 179	10 722 056	9 988 693
Erfolg	- 551 470	-4 736 860	-2 343 703	269 760	552 885
Nettozugang an Vermögensgütern	296 784	- 383 479	- 381 737	- 117 323	- 341 087
Erwerb: Vermögensgüter	8 401 099	8 212 382	8 262 277	8 332 528	8 404 809
Veräusserung: Vermögensgüter	751 482	842 648	606 138	598 750	704 023
Wertverzehr: Vermögensgüter	7 352 833	7 753 213	8 037 876	7 851 101	8 041 873
Finanzierungssaldo	- 848 254	-4 353 381	-1 961 965	387 083	893 972

Vermögensrechnung – Kantone

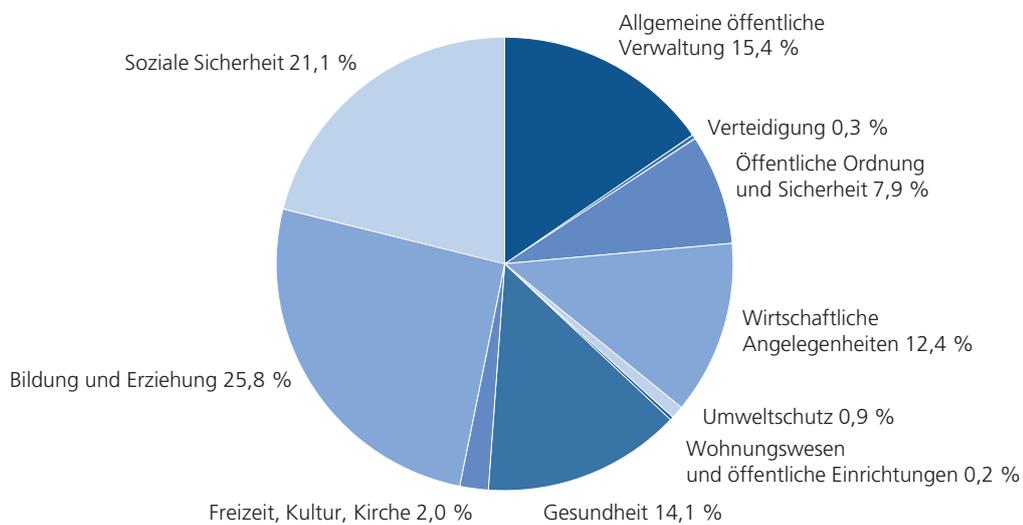
1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Vermögensgüter	49 686 204	52 199 798	56 060 874	56 715 582	58 456 589
Forderungen	99 724 847	92 585 188	118 744 389	101 711 066	118 501 203
Verbindlichkeiten	73 317 363	77 335 164	78 885 042	79 957 232	82 592 806
Reinvermögen	76 093 687	67 449 822	95 920 222	78 469 417	94 364 986

Ausgaben nach Funktionen – Kantone

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Total	83 576 298	88 656 869	87 724 220	88 802 798	89 426 019
Allgemeine öffentliche Verwaltung	12 920 794	16 792 265	14 604 597	14 446 935	13 749 605
Verteidigung	240 991	240 323	242 734	269 732	268 658
Öffentliche Ordnung und Sicherheit	6 451 766	6 785 069	6 856 846	7 014 987	7 035 945
Wirtschaftliche Angelegenheiten	11 227 074	11 149 913	11 132 591	11 127 419	11 062 840
Umweltschutz	846 692	863 410	830 910	823 041	834 167
Wohnungswesen und öffentliche Einrichtungen	191 878	201 630	212 364	191 232	192 240
Gesundheit	11 399 842	11 843 695	12 046 469	12 362 132	12 596 786
Freizeit, Kultur, Kirche	1 605 071	1 583 701	1 682 137	1 761 526	1 798 968
Bildung und Erziehung	21 975 819	22 302 523	22 738 601	22 945 285	23 027 363
Soziale Sicherheit	16 716 371	16 894 341	17 376 970	17 860 510	18 859 447

Abbildung 14: Ausgaben nach Funktionen – Kantone, 2016

Total Ausgaben: CHF 89 426 018 500



Werden die Anteile der Aufgabengebiete an den Gesamtausgaben betrachtet, so haben sich die Schwerpunkte der kantonalen Ausgabenpolitik 2016 gegenüber 2015 nicht geändert. Die «Soziale Sicherheit» mit einem Anteil von 21,1 % an den Ausgaben 2016 verzeichnet das kräftigste Wachstum (+5,6 % bzw. +999 Mio.).

44 Gemeinden

Die Rechnungen des Teilsektors «Gemeinden» weisen zum achten Mal in Folge einen negativen Finanzierungssaldo aus. Die Erfolgsrechnung hingegen registriert 2016 wie bereits im Vorjahr einen Gewinn.

Der Überschuss von 752 Millionen in der Erfolgsrechnung kommt durch ein Ertragswachstum von 1,7% zustande. Im Jahr 2016 beläuft sich der *Ertrag* auf 47 Milliarden, wovon 60,6% auf die Steuern entfallen. Die Steuern nehmen um 938 Millionen zu, allein die Einkommens-, Gewinn- und Kapitalsteuern weisen einen Zuwachs um 608 Millionen auf. Ein weiterer Anteil von 28,4% am Ertrag 2016 entfällt auf die sonstigen nichtfiskalischen Einnahmen.

Der *Aufwand* wächst um 1,5% auf 46,3 Milliarden. Der Anstieg wird durch die Entwicklung bei den Arbeitsentgelten (208 Mio.) und bei der Verwendung von Waren und Diensten (+271 Mio.) getrieben. Der Anstieg um 3,1% beim übrigen Aufwand ist indes hauptsächlich auf höhere Ausfinanzierungsbeiträge zugunsten kommunaler Pensionskassen zurückzuführen. Dank dem anhaltend tiefen Zinsniveau sinkt der Zinsaufwand wie in den letzten Jahren weiter, er fällt gegenüber dem Vorjahr um 118 Millionen auf ein neues Rekordtief.

Im Jahr 2016 belaufen sich die kommunalen *Ausgaben* auf 47,2 Milliarden. Werden die Ausgaben nach Aufgabengebieten betrachtet, zeigt sich folgendes Bild: Der anteilmässig grösste Bereich «Bildung und Erziehung» (27,2%) nimmt gegenüber 2015 um 2,5% zu. Die Mehrausgaben kommen primär der Vor- und Primarstufe zugute, oder sind für die Sekundarstufe bestimmt. Ein wesentlicher Teil der Mehrausgaben zugunsten der Schulen ausserhalb des ordentlichen Bildungsweges ist durch die *Gemeinden* der Kantone *Freiburg*, *Luzern* und *Waadt* generiert.

Der zweitgrösste Bereich, die «soziale Sicherheit» mit einem Anteil von 19,3% an den Gesamtausgaben, wächst um 1,8%. Dabei nehmen insbesondere die Ausgaben in der Funktionsgruppe «Sozialhilfe und Asylwesen» zu. Die seit 2008 festzustellende Zunahme kommt durch die erhöhte Zahl an Sozialhilfebeziehenden

sowie der weiterhin hohen Zahl an Asylgesuchten zustande. Zusätzlich steigen die Ausgaben für «Alter» erneut kräftig (+6,1% gegenüber 2015). Sie erreichen im Jahr 2016 ein neues Rekordniveau. In der sozialen Sicherheit zurückgegangen sind einzig die Ausgaben für «Familie und Jugend» (-2,6%), der Rückgang ist vor allem in den *Gemeinden* der Kantone *Zürich* und *Aargau* erfolgt. Der Bereich «Wohnungswesen und öffentliche Einrichtungen» weist 2016 die grösste prozentuale Einbusse (-2,7%) auf. Die Minderausgaben im volumenmässig zweitkleinsten Aufgabengebiet betragen 30 Millionen.

Ende 2016 verfügen die *Gemeinden* über ein *Vermögen* von 103,7 Milliarden, gegenüber dem Vorjahr weitet es sich um 4,5% aus. Der Anstieg bei den *Vermögensgütern* beträgt 3,8 Milliarden, jener bei den *Forderungen* 620 Millionen. Bei den Forderungen nehmen hauptsächlich die Rubriken «Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds» (+427 Mio.; +7,6%) sowie «sonstige Forderungen» (+381 Mio.; +3%) zu. Die *Verbindlichkeiten* belaufen sich auf 63,9 Milliarden – gegenüber 2015 haben die *Gemeinden* ihre Verbindlichkeiten um 1,7 Milliarden abgebaut. Der Rückgang zeigt sich besonders bei den sonstigen Verbindlichkeiten.

Das *Reinvermögen* der *Gemeinden* verbessert sich in den letzten Jahren kontinuierlich. Ende 2016 beläuft sich dieses auf 39,8 Milliarden. Im Vergleich zum Vorjahreswert nimmt es um rund 6,1 Milliarden zu. Für das Wachstum mitverantwortlich sind unter anderem Marktwertanpassungen und Neubewertungen der Vermögensgüter und der damit verbundenen Neubewertungs- und Aufwertungsreserven. Solche Anpassungen ergeben sich beispielsweise im Rahmen der Umstellungen auf das neue Rechnungslegungsmodell für die Kantone und *Gemeinden* (HRM2). Im Jahr 2016 haben unter anderem die *Gemeinden* des Kantons *Bern* und *Solothurn* auf HRM2 umgestellt.

Erfolgs- und Finanzierungsrechnung – Gemeinden

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Ertrag	43 493 004	44 040 649	45 093 250	46 220 501	47 026 297
Steuern	25 390 791	26 023 311	26 780 617	27 539 187	28 477 045
Sozialabgaben	122 137	135 753	116 474	104 744	114 733
Öffentliche Transfers	4 884 217	4 728 886	4 918 986	5 050 112	5 060 935
Sonstige nichtfiskalische Einnahmen	13 095 858	13 152 699	13 277 174	13 526 458	13 373 585
Aufwand	43 912 555	44 735 996	45 845 374	45 570 958	46 274 731
Arbeitsentgelte	13 626 732	13 840 870	14 110 850	14 293 449	14 501 337
Verwendung von Waren und Diensten	12 155 815	12 359 274	12 267 493	12 561 013	12 831 816
Wertverzehr von Vermögensgütern	5 118 311	5 220 599	5 309 290	5 234 914	5 305 509
Zinsaufwand	1 029 963	912 776	854 171	831 875	714 009
Subventionen	1 217 642	1 222 000	1 208 027	1 282 920	1 323 981
Öffentliche Transfers	2 969 204	3 124 571	3 267 014	3 265 997	3 319 355
Sozialleistungen	4 201 535	4 332 513	4 379 116	4 443 770	4 506 648
Übriger Aufwand	3 593 353	3 723 393	4 449 413	3 657 019	3 772 075
Erfolg	- 419 551	- 695 348	- 752 124	649 543	751 567
Nettozugang an Vermögensgütern	325 896	671 346	869 115	1 059 870	884 901
Erwerb: Vermögensgüter	5 609 206	5 962 436	6 213 621	6 456 738	6 245 140
Veräusserung: Vermögensgüter	164 999	70 491	35 217	161 953	54 730
Wertverzehr: Vermögensgüter	5 118 311	5 220 599	5 309 290	5 234 914	5 305 509
Finanzierungssaldo	- 745 447	-1 366 694	-1 621 239	- 410 327	- 133 334

Vermögensrechnung – Gemeinden

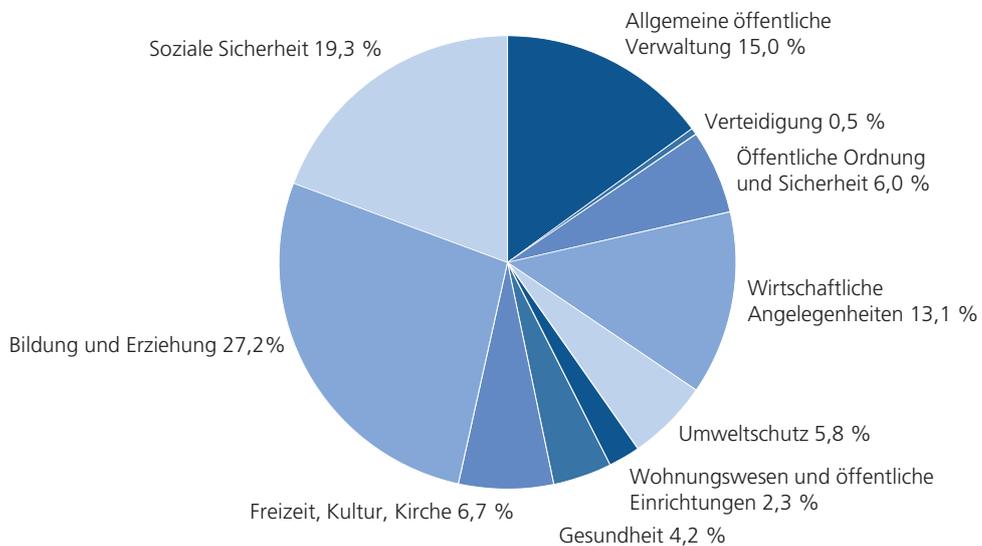
1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Vermögensgüter	50 109 807	52 457 056	62 511 961	65 433 611	69 234 656
Forderungen	33 731 453	34 579 455	33 079 545	33 835 302	34 454 922
Verbindlichkeiten	63 857 164	65 198 080	64 617 071	65 625 215	63 931 721
Reinvermögen	19 984 096	21 838 432	30 974 436	33 643 699	39 757 857

Ausgaben nach Funktionen – Gemeinden

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Total	44 238 451	45 407 342	46 714 489	46 630 828	47 159 631
Allgemeine öffentliche Verwaltung	6 969 599	7 014 471	7 738 869	7 170 712	7 053 735
Verteidigung	220 500	233 287	216 872	218 472	223 040
Öffentliche Ordnung und Sicherheit	2 618 364	2 687 745	2 770 590	2 816 139	2 825 034
Wirtschaftliche Angelegenheiten	6 302 052	6 435 538	6 341 724	6 254 671	6 177 591
Umweltschutz	2 681 121	2 807 879	2 721 089	2 691 062	2 743 758
Wohnungswesen und öffentliche Einrichtungen	1 022 446	1 030 449	1 025 595	1 091 136	1 061 214
Gesundheit	1 686 485	1 927 657	1 848 604	1 772 006	1 964 147
Freizeit, Kultur, Kirche	3 093 370	3 142 096	3 204 484	3 143 840	3 164 807
Bildung und Erziehung	11 252 284	11 602 239	12 130 631	12 525 010	12 834 600
Soziale Sicherheit	8 392 230	8 525 982	8 716 031	8 947 779	9 111 705

Abbildung 15: Ausgaben nach Funktionen – Gemeinden, 2016

Total Ausgaben: CHF 47 159 631 386



Gegenüber 2015 verzeichnet der Gesundheitsbereich die stärkste prozentuale Zunahme (+10,8 %), das grösste Aufgabengebiet «Bildung und Erziehung» folgt mit 2,5 % an zweiter Stelle.

45 Sozialversicherungen

Der Teilssektor «Sozialversicherungen» schliesst seine Rechnungen 2016 zum sechsten Mal in Folge mit grossen Überschüssen. Ein wesentlicher Faktor dafür ist die befristete Erhöhung der Mehrwertsteuersätze (2011 bis 2017) zugunsten der Invalidenversicherung.

Für den konsolidierten Teilssektor «öffentliche Sozialversicherungen» ergibt sich im Jahr 2016 ein positiver *Finanzierungssaldo* von 742 Millionen. Im Vergleich zum Vorjahr nimmt der Finanzierungsgewinn um 912 Millionen ab. Mit 96,5 % stellen die Sozialleistungen die grösste *Aufwandposition* dar, sie dehnen sich um 1,4 auf 59,5 Milliarden aus.

Auf der *Ertragsseite* wachsen die Sozialabgaben um 1,1 %. Als Sozialabgaben werden die Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber an die AHV, IV, EO, FL und ALV verbucht. Diese machen 2016 einen Anteil von 71,2 % am Gesamtertrag aus. Die zweitwichtigste Einnahmequelle stellen die Einnahmen aus den öffentlichen Transfers dar, mit 16,3 Milliarden verharren sie auf dem Vorjahresniveau. Die sonstigen nichtfiskalischen Einnahmen nehmen ferner gegenüber dem Vorjahr um 1,4 % zu.

In der Anlagerechnung beläuft sich der Nettozugang an Vermögensgütern auf -3 Millionen – dies bei einem leicht abnehmenden Wertverzehr und einem leicht verminderten Erwerb. Aufgrund des geringen *Nettozugangs an Vermögensgütern* ist deshalb der Unterschied zwischen Erfolg und Finanzierungssaldo minim.

Die *Ausgaben* der Sozialversicherungen insgesamt haben sich gegenüber 2015 um 2,4 % erhöht. Bei einer um 0,1 Prozentpunkte höheren durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 3,3 % nehmen die Ausgaben der Funktionsgruppe «Arbeitslosigkeit» um 8,4 % auf 7,3 Milliarden zu. Die Ausgaben der Funktionsgruppe «Alter» machen im Jahr 2016 rund zwei Drittel der Gesamtausgaben aus. Sie nehmen gegenüber dem Vorjahr um 767 Millionen bzw. 1,9 % zu. Die zweitgrösste Ausgabenkomponente «Krankheit und Invalidität» nimmt nur leicht (+0,5 %) zu. Gegenüber dem Höchststand im Jahr 2007 hat der Teilssektor

«Sozialversicherungen» die Ausgaben zur «Bekämpfung der Invalidität» dank den Massnahmen der jüngsten IV-Revisionen um etwas mehr als einen Fünftel reduzieren können. Das Massnahmenpaket der 6. IV-Revision (6a) ist teilweise seit 1.1.2012, teilweise seit 1.1.2014 in Kraft. Es soll die Gesundung der Invalidenversicherung weiter vorantreiben und damit die Finanzierung für die Zeit nach der Zusatzfinanzierung (2011–2017) nachhaltig sichern.

Die Sozialversicherungen verfügen Ende 2016 über ein *Vermögen* von 41,8 Milliarden, dieses nimmt im Vergleich zum Vorjahreswert um 2,9 % zu. Infolge des positiven Erfolgs verzeichnet das *Reinvermögen* einen Zuwachs um 3,7 %. Das Reinvermögen beläuft sich Ende 2016 auf 38,2 Milliarden. Ähnlich zum nationalen FS-Modell, in welchem das Fremdkapital deutlich (-4,4 %) zurückgeht, nehmen die *Verbindlichkeiten* im GFS-Modell insbesondere wegen der grössten Rubrik «Kredite» um 4,7 % ab. Die Kredite reduzieren sich um 83 Millionen, weil insbesondere die ALV infolge des guten Geschäftsgangs Bundesdarlehen zurückbezahlen konnte. Die Tresoreriedarlehen der ALV beim Bund mindern sich um 100 Millionen. Ein deutlicher Rückgang gegenüber dem Vorjahr ergibt sich bei der Rubrik Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen (-18,1 % bzw. 127 Mio.). Die sonstigen Verbindlichkeiten hingegen notieren einen Anstieg um 5,9 %.

Auf der *Vermögensseite* halten die Sozialversicherungen *Forderungen* von 41,6 Milliarden und *Vermögensgüter* von 197 Millionen. Das Ungleichgewicht zwischen Forderungen und Vermögensgütern stammt daher, dass der Grossteil der Forderungen verzinsliche Anlagen des Fonds der Alters- und Hinterlassenenversicherung sind.

Erfolgs- und Finanzierungsrechnung – Sozialversicherungen

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Ertrag	59 141 181	60 185 348	61 425 562	61 835 746	62 351 285
Steuern					
Sozialabgaben	41 803 649	42 520 210	43 153 671	43 928 292	44 397 319
Öffentliche Transfers	15 675 301	15 859 340	16 212 214	16 305 259	16 329 746
Sonstige nichtfiskalische Einnahmen	1 662 230	1 805 798	2 059 678	1 602 195	1 624 220
Aufwand	56 231 154	58 133 081	59 235 514	60 184 296	61 612 324
Arbeitsentgelte	379 166	398 006	405 313	409 183	406 977
Verwendung von Waren und Diensten	1 237 212	1 218 149	1 232 745	1 264 333	1 297 778
Wertverzehr von Vermögensgütern	5 618	5 138	4 846	4 338	3 885
Zinsaufwand	50 734	41 845	45 897	42 601	38 277
Subventionen	76 849	73 408	83 950	81 149	84 910
Öffentliche Transfers					
Sozialleistungen	54 151 370	56 077 708	57 142 921	58 077 793	59 480 937
Übriger Aufwand	330 206	318 826	319 842	304 899	299 560
Erfolg	2 910 026	2 052 267	2 190 049	1 651 450	738 961
Nettozugang an Vermögensgütern	- 1 022	- 2 314	- 2 273	- 3 047	- 3 110
Erwerb: Vermögensgüter	4 603	2 825	2 583	1 297	779
Veräusserung: Vermögensgüter	7	1	10	5	4
Wertverzehr: Vermögensgüter	5 618	5 138	4 846	4 338	3 885
Finanzierungssaldo	2 911 048	2 054 582	2 192 322	1 654 496	742 071

Vermögensrechnung – Sozialversicherungen

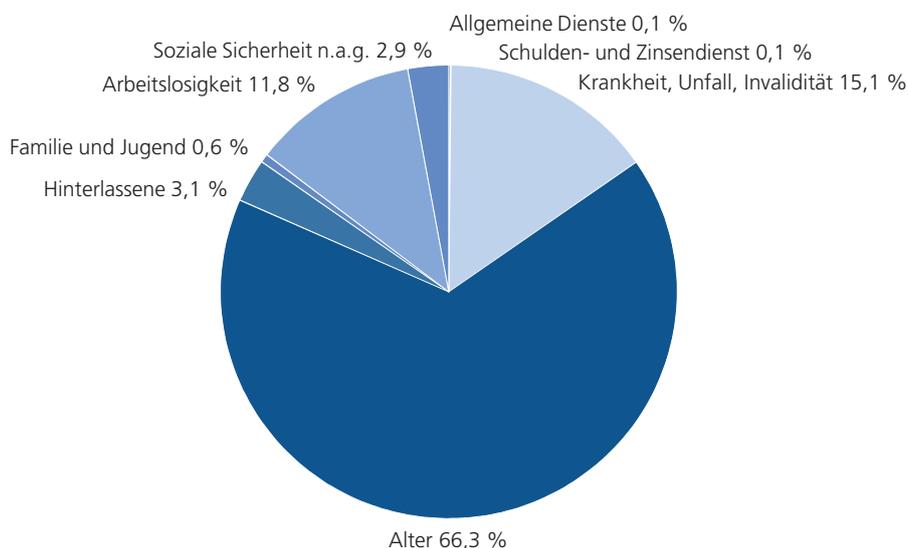
1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Vermögensgüter	97 809	144 353	145 937	170 196	196 629
Forderungen	36 700 236	37 343 356	40 915 622	40 464 266	41 620 409
Verbindlichkeiten	6 538 687	5 000 290	5 032 059	3 825 271	3 643 663
Reinvermögen	30 259 358	32 487 418	36 029 500	36 809 191	38 173 375

Ausgaben nach Funktionen – Sozialversicherungen

1 000 CHF	2012	2013	2014	2015	2016
Total	56 230 133	58 130 767	59 233 240	60 181 249	61 609 214
Allgemeine öffentliche Verwaltung	175 820	132 089	119 636	118 365	117 045
Legislative, Exekutive, Finanz- und Steuerverwaltung, Auswärtige Angelegenheiten	19 131	17 409	16 917	16 645	16 234
Wirtschaftliche Auslandhilfe					
Allgemeine Dienste	105 954	72 835	56 823	59 119	62 534
Grundlagenforschung					
F-E im Bereich der öffentlichen Verwaltung					
Allgemeine öffentliche Verwaltung n.a.g.					
Schulden- und Zinsendienst	50 734	41 845	45 897	42 601	38 277
Allgemeine Übertragungen an öffentliche Haushalte					
Soziale Sicherheit	56 054 313	57 998 678	59 113 604	60 062 884	61 492 169
Krankheit und Invalidität	9 242 746	9 333 389	9 289 273	9 286 151	9 330 409
Alter	37 179 205	38 458 048	39 554 483	40 078 357	40 845 164
Hinterlassene	1 828 322	1 861 898	1 884 914	1 897 154	1 908 209
Familie und Jugend	398 314	395 536	387 722	383 878	380 077
Arbeitslosigkeit	5 782 639	6 291 579	6 308 032	6 693 070	7 258 282
Soziales Wohnungswesen					
Sozialhilfe und Asylwesen					
F-E im Bereich der sozialen Sicherheit					
Soziale Sicherheit n.a.g.	1 623 087	1 658 228	1 689 178	1 724 274	1 770 028

Abbildung 16: Ausgaben nach Funktionen – Sozialversicherungen, 2016

Total Ausgaben: CHF 61 609 213 734



Die Summe der Ausgaben für die beiden Funktionsgruppen «Alter» und «Hinterlassene» nimmt gegenüber 2015 um 1,9 % zu. Dieser prozentuale Anstieg ist gleich hoch wie jener am Total an Bezüglern von Haupt-, Zusatz- und Hinterlassenenrenten der Alters- und Hinterlassenenversicherung.

46 Kennzahlen

Die Analyse der Auswirkungen konjunktureller Schwankungen auf die Staatsfinanzen sowie internationale Vergleiche stützen sich auf volkswirtschaftliche Kennzahlen. Diese finanzpolitischen Grössen werden nach dem Government Finance Statistics Manual 2014 des IWF berechnet. Eine Ausnahme davon bildet die Schuldenquote, welche gemäss der Maastricht-Definition der Europäischen Union ermittelt wird.

Nachdem in den 1990er Jahren die Bruttoschulden der öffentlichen Haushalte der Schweiz kräftig angestiegen sind, hat sich der Schuldenstand dank vermehrter Budgetdisziplin (Schuldenbremsen sowie Fiskalregeln) und wirtschaftlichem Aufschwung seit 2003 wieder verringert. Ende 2016 liegt die *Maastricht-Schuldenquote* mit 29 % des nominalen Bruttoinlandprodukts (BIP) um 2 Prozentpunkte über dem Tiefststand im Jahr 1990, jedoch weiterhin deutlich unter der Maastricht Schuldenobergrenze von 60 %. Die Schuldenquote des Bundes ist weiterhin rückläufig. Gegenüber 2015 verändert sich die Schuldenquote der Kantone zwar nur marginal, dennoch weist sie seit ihrem Tiefststand im Jahr 2011 eine steigende Tendenz auf. Im Jahr 2016 beträgt sie 8,4 % des nominalen BIP. Die Schuldenquote der Gemeinden ihrerseits pendelt seit 2007 zwischen 6,5 % und 6,8 %, im Jahr 2016 beträgt sie 6,7 %.

Die Maastricht-Schuld umfasst die Verbindlichkeiten von Bargeld und Einlagen (GFS Position 6302), Schuldtiteln (6303) sowie Krediten (6304). In dieser nicht enthalten sind die übrigen Verbindlichkeiten. Die Bewertung der Maastricht-Schuld erfolgt dabei zu Nennwerten.

Im Gegensatz zur Schuldenquote nach Maastricht-Definition umfasst die *Fremdkapitalquote* praktisch das gesamte Fremdkapital – einzig die Finanzderivate werden nicht berücksichtigt. Zudem erfolgt die Bewertung nach dem «true and fair view» Prinzip, was bedeutet, dass Marktpreise eingesetzt werden, sofern solche vorhanden sind. Das Fremdkapital zu Marktwerten in Prozent des nominalen BIP ist auch in den Statistiken der OECD eine zentrale Grösse. Da die Schuld ein Bestandteil des Fremdkapitals im GFS-Modell ist, liegt die Fremdkapitalquote durchwegs über der Schuldenquote gemäss Maastricht. 1990 hat die Fremdkapitalquote 34,3 % betragen und im Jahr 2002 ihren Höchststand von 59,1 % erreicht. Dank hoher Überschüsse ist die Quote der öffentlichen Haushalte von 2004 bis 2010 kontinuierlich auf 42,5 % gesunken. Seit dem Zwischenhoch Ende 2012 (43,7 %) ist sie wieder

rückläufig. Gegenüber 2015 sinkt sie hauptsächlich wegen verminderten Schuldtiteln (Eidg. Anleihen) um 1,2 Prozentpunkte und beträgt Ende 2016 41,8 %.

Die *Defizit-/Überschussquote* des Sektors Staat verbessert sich dank Überschüssen in den Teilsektoren «Bund», «Kantone» und «Sozialversicherungen». Ende 2016 beträgt die Quote +0,4 % des nominalen BIP. Der positive Finanzierungssaldo bei den Sozialversicherungen ergibt sich aufgrund der eingeleiteten Massnahmen und Reformen. Die IV profitiert dabei in den Jahren 2011–2017 von einer Entlastungsmassnahme durch den Bund und zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen. Zur guten Finanzlage 2016 des Sektors Staat trägt auch der im Vorjahresvergleich bessere Finanzierungssaldi des Teilsektors «Gemeinden» bei. Während die Kantone im Jahr 2014 ein Defizit von rund 2 Milliarden verbuchen, schreiben die Kantone 2016 dank deutlich gestiegenen Steuern einen Gewinn von rund 0,9 Milliarden. Das im Vorjahresvergleich leicht geringere Defizit der Gemeinden ergibt sich primär dank höheren Steuereinnahmen.

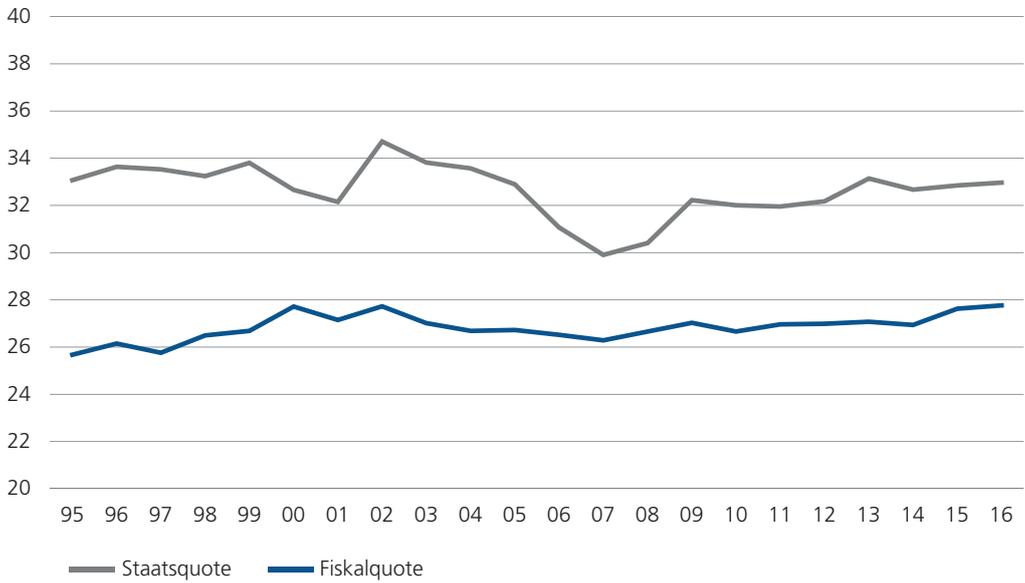
Die höheren Steuereinnahmen der Gemeinden und Kantone zeigen sich so auch in deren *Fiskalquoten*. Die Quoten steigen gegenüber 2015 um je 0,1 Prozentpunkte. Für den Bund resultiert im Jahr 2016 eine Fiskalquote von 9,8 % des nominalen BIP, dies entspricht einem Rückgang um 0,1 Prozentpunkte. Insgesamt nimmt die Fiskalquote für den Sektors Staat von 27,6 % auf 27,8 % zu.

Ebenso wächst die *Staatsquote* des Gesamtstaats, sie beträgt im Jahr 2016 33 % des nominalen BIP. Während die Ausgabenquoten der Kantone und der Gemeinden konstant bleiben, verzeichnen jene der Teilsektoren «Bund» und «Sozialversicherungen» je einen Anstieg um 0,1 Prozentpunkte. Die Ausgaben des Bundes erhöhen sich in den Bereichen «Wirtschaftliche Angelegenheiten» (für Verkehr), «Soziale Sicherheit» (speziell für Sozialhilfe und Asylwesen) sowie «Verteidigung».

Kennzahlen im GFS-Modell

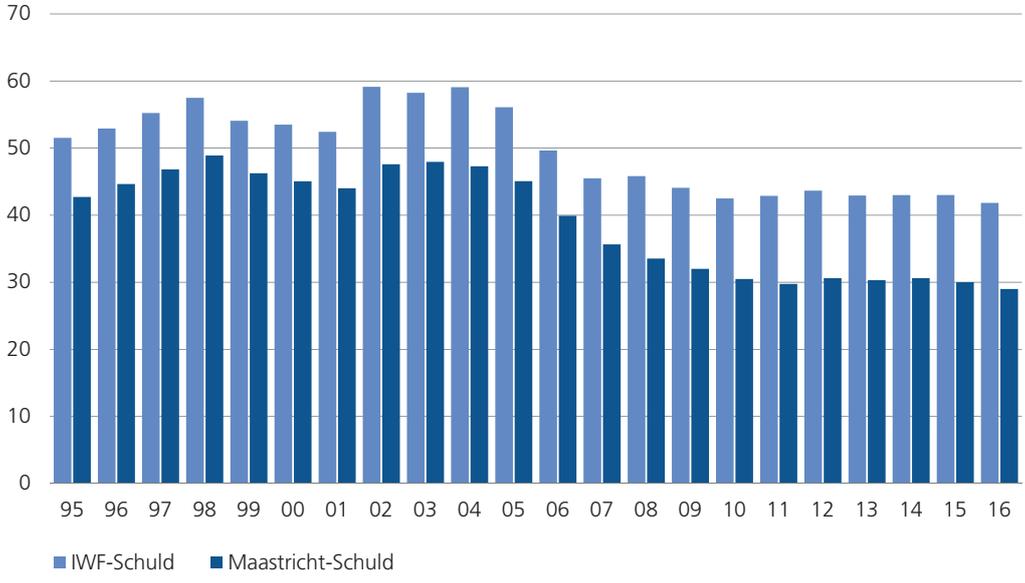
	2012	2013	2014	2015	2016
Schuldenquote					
Bund	16,8 %	16,4 %	15,8 %	15,0 %	14,0 %
Kantone	7,3 %	7,5 %	8,3 %	8,4 %	8,4 %
Gemeinden	6,5 %	6,6 %	6,7 %	6,8 %	6,7 %
Sozialversicherungen	1,0 %	0,7 %	0,6 %	0,4 %	0,4 %
Staat	30,6 %	30,3 %	30,6 %	30,0 %	29,0 %
Fremdkapitalquote					
Bund	21,8 %	20,7 %	21,0 %	20,9 %	19,8 %
Kantone	11,7 %	12,1 %	12,1 %	12,2 %	12,5 %
Gemeinden	10,2 %	10,2 %	9,9 %	10,0 %	9,7 %
Sozialversicherungen	1,0 %	0,8 %	0,7 %	0,5 %	0,5 %
Staat	43,7 %	42,9 %	43,0 %	43,0 %	41,8 %
Defizit-/Überschussquote					
Bund	0,2 %	0,1 %	0,0 %	0,4 %	0,1 %
Kantone	-0,1 %	-0,7 %	-0,3 %	0,1 %	0,1 %
Gemeinden	-0,1 %	-0,2 %	-0,2 %	-0,1 %	0,0 %
Sozialversicherungen	0,5 %	0,3 %	0,3 %	0,3 %	0,1 %
Staat	0,4 %	-0,4 %	-0,2 %	0,6 %	0,4 %
Fiskalquote					
Bund	9,5 %	9,6 %	9,4 %	9,9 %	9,8 %
Kantone	6,7 %	6,7 %	6,7 %	6,8 %	7,0 %
Gemeinden	4,1 %	4,1 %	4,1 %	4,2 %	4,3 %
Sozialversicherungen	6,7 %	6,7 %	6,6 %	6,7 %	6,7 %
Staat	27,0 %	27,1 %	26,9 %	27,6 %	27,8 %
Staatsquote					
Bund	10,3 %	10,5 %	10,4 %	10,6 %	10,7 %
Kantone	13,3 %	13,9 %	13,5 %	13,6 %	13,5 %
Gemeinden	7,1 %	7,1 %	7,2 %	7,1 %	7,1 %
Sozialversicherungen	9,0 %	9,1 %	9,1 %	9,2 %	9,3 %
Staat	32,2 %	33,1 %	32,7 %	32,8 %	33,0 %

Abbildung 17: Entwicklung der Fiskalquote und Staatsquote im GFS-Modell in % des BIP



Nach dem Anstieg in den 1990er Jahren hat sich die Fiskalquote der öffentlichen Haushalte seit der Jahrtausendwende zwischen 26 % und 28 % des Bruttoinlandprodukts stabilisiert. Im Jahr 2016 beträgt sie 27,8 % des BIP, gegenüber dem Vorjahr liegt sie um 0,2 Prozentpunkte höher.

Abbildung 18: Entwicklung der Fremdkapitalquote und Maastricht-Schuldenquote in % des BIP



Die Fremdkapitalquote ist stärkeren Schwankungen unterworfen als die Schuldenquote nach Maastricht, in welcher die Schulden zum Nennwert eingehen. Die Fremdkapitalquote umfasst zudem zusätzliche Positionen. Der Verlauf der beiden Quoten ist jedoch ähnlich.

Die folgenden Ausführungen geben einen Überblick über die wichtigsten methodischen Konzepte und deren internationale Abstützung. Weitergehende methodische Hinweise befinden sich auf der Webseite der Eidg. Finanzverwaltung.¹

51 Änderungen und Revisionen

Seit dem 24.9.2016 publiziert die Finanzstatistik der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) Daten und Kennziffern nach den aktuellen finanzstatistischen Richtlinien des Internationalen Währungsfonds (IWF). Mit der Übernahme der Richtlinien aus dem Government Finance Statistics Manual 2014 (GFSM 2014) konnte die erste Etappe des methodischen Abgleichs mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR)² abgeschlossen werden. Die zweite Etappe konnte mit der Datenpublikation vom 7.9.2017 beendet werden. Damit wurde das Ziel erreicht, einheitliche Volkswirtschaftliche Kennziffern zu den Staatsfinanzen auszuweisen.

Der Abgleich umfasste dabei die nichtfinanziellen Transaktionen der Erfolgs- und Anlagerechnung und Bestände der Vermögensrechnung. Nicht Gegenstand waren einzig die finanziellen Transaktionen auf Forderungen und Verbindlichkeiten, deren Abgleich noch offen ist und bisher auch nicht im GFS-Modell publiziert wurde.

Seit der zuletzt vorgenommenen Revision im Jahr 2017 beschränken sich die Unterschiede zwischen dem GFS-Modell und der VGR der Schweiz für den Sektor Staat auf die unterschiedlich gewählten Optiken in der Darstellung der Ergebnisse sowie den Umfang der Konsolidierung. Dabei stellt das GFS-Modell die Staatsfinanzen aus der Optik der Fiskalanalyse und -politik dar, wogegen in der VGR der Schwerpunkt auf die Produktion (Wertschöpfung) gelegt wird.

Während im GFS-Modell eine Vollkonsolidierung aller Transaktionen zwischen den öffentlichen Haushalten vorgenommen wird, erfolgt in der VGR nur eine Teilkonsolidierung. Die produktionsrelevanten Vorleistungsbezüge und Vorleistungserbringungen zwischen öffentlichen Haushalten werden in der VGR nicht konsolidiert. In der Schweiz handelt es sich dabei hauptsächlich um die im nationalen FS-Modell der Finanzstatistik ausgewiesenen Entschädigungen.

Die Teilkonsolidierung in der VGR hat zur Folge, dass im Vergleich zum GFS-Modell die Staatsausgaben und -einnahmen um den gleichen Betrag respektive durchschnittlich je um gut 3 % aufgebläht werden. Auf die Defizit-/Überschussquoten der öffentlichen Haushalte hat dies keinen Einfluss, die Staatsquote fällt deswegen in der VGR um durchschnittlich 1 % des nominalen Bruttoinlandprodukts (BIP) zu hoch aus. Die Fiskalquote ist nicht betroffen, da Steuern und Beiträge an die öffentlichen Sozialversicherungen nicht Gegenstand der Konsolidierung sind.

Die künftigen Publikationen des GFS-Modells der Finanzstatistik richten sich nach folgender Revisionspolitik:

Laufende Revisionen

- Ende August / anfangs September werden jeweils provisorische Zahlen zum vergangenen Jahr publiziert sowie die beiden Vorjahre revidiert.
- Ende Februar / anfangs März des Folgejahres erfolgt eine Aktualisierung, weil zu diesem Zeitpunkt die Kantone für das Vorjahr voll erhoben sind.

Umfassende Revisionen

- Änderungen der methodologischen Grundlagen (z.B. Neuerungen in finanzstatistischen Referenzwerken wie dem GFSM oder dem SNA, Änderungen in den Basisdaten) finden erfahrungsgemäss alle 5 bis 10 Jahre statt. In solchen Fällen werden jeweils die gesamten Zeitreihen revidiert.

¹ siehe www.efv.admin.ch, Rubriken «Themen», «Finanzstatistik», «Methoden».

² Die VGR basiert auf dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010), welches mit dem GFSM 2014 kompatibel ist. Sowohl das ESGV 2010 als auch das GFSM 2014 basieren auf dem Standardwerk der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, dem System of National Accounts (SNA 2008) der internationalen Organisationen (UNO, OECD, IWF, Weltbank, Europäische Kommission).

511 Änderungen im nationalen FS-Modell

Neuerfassung Bund 2007

Der Bund hat im Jahr 2007 das Neue Rechnungsmodell (NRM) eingeführt, welches auf den International Public Sector Accounting Standards (IPSAS¹) basiert. Seit der Einführung des NRM erfolgt die Rechnungslegung des Bundes somit nach betriebswirtschaftlichen Kriterien. Die Einführung neuer Rechnungslegungsstandards führt häufig zu gewissen Reihenbrüchen in den Zeitreihen der betroffenen Rechnungen.

In der Finanzstatistik wurde der Bund jedoch erst ab 2008 gemäss dem NRM erfasst, das Jahr 2007 hingegen noch gemäss den Grundsätzen der alten Rechnungslegungsvorschriften, welche bis 2006 in Kraft waren. Die Rechnung des Bundes 2008 ist jedoch vor allem wegen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) speziell. Im Jahr 2008 kann es somit in den betroffenen Aufgabengebieten (z.B. ging die Verantwortung für die Nationalstrassen von den Kantonen zum Bund über) zu deutlichen Reihenbrüchen kommen. Damit sich die politisch gewollten Verschiebungen und die dadurch verursachten Reihenbrüche nicht mit allfälligen Brüchen aufgrund der Einführung des NRM überlagern, hat die Finanzstatistik mit der Revision 2017 auch das Rechnungsjahr 2007 des Bundes neu gemäss NRM erfasst.

512 Änderungen im internationalen GFS-Modell

Die Änderungen im Zusammenhang mit dem Abgleich der VGR betreffen die nichtfinanziellen Transaktionen und die Bestände der Vermögensrechnung des GFS-Modells. Externe Zeitreihen, welche im GFS-Modell anstelle der im FS-Modell erfassten Information aus den Rechnungen der öffentlichen Haushalte einfließen, führen ebenso zu Veränderungen der Kennzahlen zum Sektor Staat wie z.B. der Überschuss-/Defizitquote, der Staatsquote als auch methodische Anpassungen dieser selbst (z.B. Bruttoschuldenquote). Mit Ausnahme der Kapitalzuschüsse an unterdeckten öffentlich-rechtlichen Pensionskassen sei der Vollständigkeit halber an dieser Stelle erwähnt, dass die meisten der ins GFS-Modell der Finanzstatistik übernommenen externen Daten bloss der Verfeinerung der im nationalen FS-Modell enthaltenen Basisinformation dient und sich nicht auf die zum Sektor Staat ermittelten Kennzahlen auswirkt.

Positionen der Vermögensrechnung (Bestandesgrößen)

Gemeindebilanzen 1990–2007

Mit der Revision 2017 ist für die Jahre 1990–2007 eine Hochrechnung der Gemeindebilanzen erfolgt. Deshalb können seither im GFS-Modell der Finanzstatistik auch die Bestände der Vermögensrechnung für die Gemeinden und den Sektor Staat ab 1990 und nicht, wie vor der Revision, erst ab 2008 ausgewiesen werden.

Bruttoschulden gemäss Maastricht-Definition

Vor der Revision 2017 hat die Finanzstatistik die Bruttoschulden in Anlehnung an die Definition von Maastricht publiziert. Diese Berechnung erfolgte im nationalen FS-Modell und stützte sich dabei auf die Definition des HRM2 für die Kantone und Gemeinden. Neu werden in der Finanzstatistik die Schulden gemäss der Maastricht-Definition basierend auf dem internationalen GFS-Modell (Bargeld und Einlagen, Schuldtitel sowie Kredite) zum Nennwert ermittelt. Dabei werden einige der laufenden Verbindlichkeiten des FS-Modells (u.a. laufende Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von Dritten oder erhaltene Anzahlungen), welche Teil der Bruttoschulden gemäss HRM2 sind, den sonstigen Verbindlichkeiten des GFS-Modells zugeordnet, welche nicht Teil der Maastricht-Schuld sind. Somit sinkt die Schuldenquote der Schweiz um durchschnittlich 2,8% des BIP.

Rückstellungen

Die Rechnungslegungsvorschriften des Bundes (NRM) sowie der Kantone und Gemeinden (HRM2) basieren auf den IPSAS respektive lehnen sich an diesen an. Die IPSAS sind Rechnungslegungsstandards für die öffentlichen Haushalte, welche betriebswirtschaftlichen Prinzipien folgen. Durch periodengerechte Verbuchungspraxis («accrual accounting») sowie korrekte Bewertungen von Aktiven und Passiven soll ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild («true and fair view») der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der öffentlichen Haushalte vermittelt werden.

Die den IPSAS zugrundeliegenden Prinzipien sind kompatibel mit den finanzstatistischen Standards des GFSM 2014 sowie des ESVG 2010. Deshalb hat die Finanzstatistik bis anhin die durch öffentliche Haushalte nach IPSAS gebildeten Rückstellungen² in die Vermögensrechnung des GFS-Modells übernommen. Rückstellungen sind unilaterale Handlungen ohne Gegenpartei. In der VGR muss jedoch zu jeder Verbindlichkeit eine Gegenpartei mit entsprechender Forderung existieren und umgekehrt. Da bei einer unilateral durch öffentliche Haushalte gebildete Rückstellung keine Gegenpartei mit entsprechender Forderung existiert, werden Rückstellungen mit der Revision 2017 nicht mehr in die Vermögensrechnung des GFS-Modells übernommen. Dies bedeutet natürlich auch, dass die zu den Rückstellungsbeständen gehörenden Flussgrößen (Einlagen in und Entnahmen aus Rückstellungen) auch nicht mehr als Transaktionen im GFS-Modell erfasst werden.

¹ Die IPSAS sind Rechnungslegungsstandards, die gemäss den Empfehlungen des IPSAS-Board (<https://www.ipsasb.org/>) von öffentlichen Haushalten angewendet werden sollten.

² Solche Rückstellungen betreffen Verbindlichkeiten, welche aus Ereignissen in der Vergangenheit entstanden sind, deren Eintretenswahrscheinlichkeit hoch und deren Ausmass berechenbar ist. Es handelt sich also nicht um Rückstellungen, welche einzig aufgrund des Vorsichtsprinzips gemacht wurden.

Diese Praxisänderung führt unter anderem dazu, dass die Fremdkapitalquote (Schuldenquote gemäss IWF) ab 2007 um durchschnittlich 1,8 % des BIP tiefer ausfällt. Dies ist grösstenteils auf die nicht mehr berücksichtigte Rückstellung im Zusammenhang mit der Verrechnungssteuer beim Bund zurückzuführen. Diese Rückstellung wird in der Staatsrechnung des Bundes seit der Einführung des NRM ab 2007 ausgewiesen.

Transaktionen (Flussgrössen) der Erfolgs- und der Anlagerechnung

Steuerertrag

Seit der Revision 2017 fällt der Steuerertrag durchschnittlich um 0,9 % höher aus als vorher. Mit Abschluss der ersten Etappe des Abgleichs mit der VGR am 24.9.2016 hat die EFV bei den Vermögensverkehrssteuern der Kantone und Gemeinden das damalige Vorgehen des BFS übernommen. Dieses beruhte auf einer Schätzung der Anteile an Handänderungssteuern, welche als Gebühr und nicht als Steuer klassifiziert worden ist. Mit der Revision 2017 wurde dieses Vorgehen korrigiert, da es sich beim Grossteil der Handänderungssteuern tatsächlich um Steuern und nicht um Gebühren handelt. Diese Praxisänderung hat eine Verschiebung von den sonstigen nichtfiskalischen Einnahmen (GFS Position 14) zu den Steuern (GFS Position 11) zur Folge.

Die Verlaufsänderung des Steuerertrags ab 2007 ist auf die oben erwähnte Praxisänderung bei den Rückstellungen zurückzuführen. So werden unter anderem die Einlagen in die sowie die Entnahmen aus der Rückstellung Verrechnungssteuer nicht mehr als Steuerertrag erfasst.

Kapitalzuschüsse an unterdeckte öffentlich-rechtliche Pensionskassen

Beim Bund wurden die Ausfinanzierungen öffentlich-rechtlicher Pensionskassen vor Einführung des NRM und damit vor 2007 hauptsächlich über die Bilanz abgehandelt. In der damaligen Finanzrechnung des Bundes, welche die Basis für die Finanzstatistik und somit das nationale FS-Modell darstellte, wurden diese Kapitalzuschüsse nicht ausgewiesen. Weil das nationale FS-Modell als Basisstatistik für das internationale GFS-Modell dient, wurden diese Kapitalzuschüsse auch im GFS-Modell nicht ausgewiesen. Mit der Revision 2017 wurden die Kapitalzuschüsse, welche vom Bund an unterdeckte öffentlich-rechtliche Pensionskassen flossen, anhand der Bilanz und der sehr rudimentären Erfolgsrechnung soweit möglich ermittelt und ins GFS-Modell übernommen.

Bei Kantonen und Gemeinden war die periodengerechte Rechnungslegung schon vor Einführung des HRM2 als Standard etabliert. Die Ausfinanzierung öffentlich-rechtlicher Pensionskassen erfolgt bei Kantonen und Gemeinden jedoch meist über die Bildung einer Rückstellung zugunsten der betroffenen Pensionskasse, sobald die Notwendigkeit der Ausfinanzierung erkannt wird und die Höhe der damit einhergehenden Verbindlichkeit abschätzbar ist. In den Erfolgsrechnungen sind dann die mit dieser Rückstellung verbundenen Einlagen und Entnahmen ersichtlich, welche im FS-Modell als Flussgrössen im Zusammenhang mit der Ausfinanzierung der Pensionskasse erfasst werden. Bei diesen Einlagen und Entnahmen handelt es sich grösstenteils um rein buchhalterische Flussgrössen; die eigentlichen Geldflüsse vom öffentlichen Haushalt zur Pensionskasse sind in den Erfolgsrechnungen jedoch oft nicht ersichtlich.

Da die Bildung einer Rückstellung eine unilaterale Handlung des öffentlichen Haushalts ohne Gegenpartei darstellt, erscheinen die damit verbundenen Bestände und Flüsse bei der designierten Gegenpartei, der unterfinanzierten öffentlich-rechtlichen Pensionskasse, jedoch nicht als Forderung in deren Bilanz respektive als Kapitalzuschuss in deren Erfolgsrechnung. Die mit einer Ausfinanzierung einhergehenden Kapitalzuschüsse erscheinen bei den Pensionskassen in der Regel dann in deren Rechnungen, wenn der eigentliche Geldfluss stattfindet. Deshalb dienen ab der Revision 2017 für die Ausfinanzierung unterdeckter Pensionskassen durch Kantone und Gemeinden nicht mehr deren Rechnungen und damit das FS-Modell als Quelle für die damit einhergehenden Bestände und Flüsse. Im GFS-Modell stützt sich die Finanzstatistik seither auf die durch die VGR bearbeitete Pensionskassenstatistik des BFS ab, um die Verbindlichkeiten und Kapitalzuschüsse der Kantone und Gemeinden im Zusammenhang mit unterfinanzierten öffentlichen Pensionskassen abzubilden.

Wertverzehr von Vermögensgütern (Abschreibungen)

Neben Beständen und Flüssen im Zusammenhang mit der Ausfinanzierung unterdeckter öffentlich-rechtlicher Pensionskassen durch Kantone und Gemeinden werden auch andere Sachverhalte aus externen Quellen und somit nicht aus den im FS-Modell abgebildeten Rechnungen der öffentlichen Haushalte übernommen. Stellvertretend für diese Kategorie von Daten sei hier auf den wichtigen Wertverzehr von Vermögensgütern (GFS Position 23) hingewiesen. Dabei handelt es sich um die Abschreibungen des Kapitalstocks der öffentlichen Haushalte. Die Abschreibungen werden vom BFS mittels Perpetual Inventory Method (PIM) ermittelt und von der Finanzstatistik im GFS-Modell anstelle der Abschreibungen im nationalen FS-Modell übernommen.

52 Internationale Standards der Finanzstatistik und der Rechnungslegung

Grundlage für die Finanzstatistik nach internationalen Richtlinien ist das Government Finance Statistics Manual (GFSM 2014) des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Sowohl das aktuelle «Government Finance Statistics Manual» (GFSM 2014) des Internationalen Währungsfonds (IWF) wie auch das «Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen» (ESVG 2010) basieren auf dem aktuellen «System of National Accounts» (SNA 2008) der UNO, dem Referenzwerk der Wirtschafts- und Finanzstatistik. Das GFSM 2014 und das ESGV 2010 weisen deshalb untereinander eine hohe Kompatibilität aus.

Die Finanzstatistik baut auf den Finanzbuchhaltungen der öffentlichen Haushalte und den von ihnen kontrollierten Institutionen (Körperschaften, Anstalten, Sonderrechnungen, Fonds usw.) auf. Die methodische Grundlage des internationalen GFS-Modells ist das GFSM 2014. Wie bei den «International Public Sector Accounting Standards» (IPSAS) gelten auch bei der finanziellen Berichterstattung über öffentliche Haushalte gemäss GFSM 2014 die Grundsätze der periodengerechten Abgrenzung und Berichterstattung nach dem Prinzip von «true and fair view». Im Unterschied zu den IPSAS, die stärker die einzel- resp. betriebswirtschaftliche Sicht (Managementorientierung und Steuerung) betonen, legt das GFSM als Standard für eine Synthesestatistik das Schwergewicht auf die volkswirtschaftliche Sicht sowie die internationale Vergleichbarkeit des staatlichen Sektors. Die Anforderungen beider Standards unterscheiden sich grundsätzlich nicht voneinander und zielen in die gleiche Richtung, die Erarbeitung eines nachvollziehbaren und transparenten Ausweises der Erfolgs-, Finanzierungs- und Vermögenslage der öffentlichen Hand. Somit lässt sich das GFSM mit dem Rechnungsmodell des Bundes (NRM) und dem harmonisierten Rechnungslegungsmodell der Kantone und Gemeinden (HRM2), welche sich ebenfalls grundsätzlich nach IPSAS richten, kombinieren. Abgeleitet aus diesem institutionellen Umfeld können die Aufgaben der Schweizer Finanzstatistik wie folgt umschrieben werden:

1. Konsolidierte und harmonisierte Finanzberichterstattung von Bund, Kantonen, Gemeinden und Sozialversicherungen, auf der Basis der Rechnungsmodelle des Bundes (NRM) sowie der Kantone und Gemeinden (HRM2), mit dem Ziel der nationalen Vergleichbarkeit.
2. Produktion und Berichterstattung einer international vergleichbaren Statistik der öffentlichen Finanzen der Schweiz nach GFSM 2014.

Diese Aufgaben werden mit Hilfe von zwei Modellen der Schweizer Finanzstatistik wahrgenommen:

1. FS-Modell: Erhebung, Erfassung, Bearbeitung, Auswertung, Berichterstattung und Analyse auf der Basis des HRM2 und des NRM.
2. GFS-Modell: Bearbeitung, Auswertung, Berichterstattung und Analyse auf der Basis des GFSM 2014 des IWF.

Anmerkungen zur Finanzierungsrechnung der Schweiz (VGR/SNB):

Die Finanzierungsrechnung der Schweiz wird von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) publiziert. Sie beinhaltet die Forderungen und Verbindlichkeiten gemäss dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010). Die Finanzstatistik der öffentlichen Haushalte der EFV wurde in einer ersten Etappe (im Jahr 2016) revidiert und umfasst neben Daten gemäss dem nationalen Rechnungslegungsmodell auch Daten gemäss dem Government Finance Statistics Manual (GFSM 2014) des Internationalen Währungsfonds. Das GFSM 2014 ist weitgehend konsistent mit dem ESGV 2010, das die methodische Grundlage für die Finanzierungsrechnung und den nichtfinanziellen Teil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist. Die Konsistenz der beiden Handbücher hat es erlaubt, die Unterschiede zwischen der EFV-Statistik und der Finanzierungsrechnung zu eliminieren. Die Harmonisierung der Daten zum Sektor Staat in der Finanzierungsrechnung und der EFV-Statistik konnte mit der Revision 2017 abgeschlossen werden.

53 Modelle

Die nationale Vergleichbarkeit zwischen den öffentlichen Haushalten der Schweiz erfolgt durch das sogenannte FS-Modell. Zum Zweck der internationalen Vergleichbarkeit sowie für Datenlieferungen an den Internationalen Währungsfonds hingegen sind die Daten gemäss GFS-Modell massgebend.

531 Das FS-Modell

Das FS-Modell basiert grundsätzlich auf dem harmonisierten Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM₂), wobei für die Bedürfnisse der Finanzstatistik eine gegenüber dem HRM₂-Kontenplan gestraffte Sachgruppengliederung zur Anwendung kommt. Diese wurde ergänzt mit Konten für nicht zuteilbare Positionen aus dem HRM₁ sowie für bundes-spezifische Positionen aus dem Rechnungsmodell des Bundes (NRM).

Das FS-Modell dient als Basismodell für die Datenerhebung und -bearbeitung. Sämtliche Finanzdaten der öffentlichen Haushalte werden in einem ersten Schritt in das FS-Modell eingelesen oder manuell erfasst. In diesem Modell werden die statistischen Bearbeitungen (Sektorisierung, Harmonisierung und Konsolidierung) der Staatsebenen vorgenommen. Das FS-Modell bildet dabei die Basis für die Berichterstattung über die öffentlichen Finanzen der Schweiz.

Erfolgsrechnung

Die Erfolgsrechnung zeigt den Saldo des in der Rechnungsperiode anfallenden Verbrauchs oder Nutzung von Ressourcen (Aufwand) und Wertzuwaches (Ertrag). Zusätzlich zu den finanzierungswirksamen laufenden Ausgaben und Einnahmen, welche zu einem unmittelbaren Mittelabfluss oder Mittelzufluss führen, werden in der Erfolgsrechnung auch die nicht finanzierungswirksamen Geschäftsvorfälle wie z.B. Abschreibungen und Wertberichtigungen berücksichtigt. Die Erfolgsrechnung wird stufenweise dargestellt. Die erste Stufe zeigt das ordentliche, die zweite Stufe das ausserordentliche Ergebnis. Das ordentliche Ergebnis kann weiter in das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit und das Finanzergebnis unterteilt werden. Beim Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit handelt es sich um Aufwände und Erträge, welche durch die öffentliche Aufgabenerfüllung begründet sind. Das Finanzergebnis enthält Aktiv- und Passivzinsen sowie Aufwand- und Ertragspositionen, die im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung des Finanzvermögens stehen. Aufwand und Ertrag gelten als ausserordentlich, wenn mit ihnen in keiner Art und Weise gerechnet werden konnte, sie sich der Einflussnahme und Kontrolle entziehen und sie nicht zum operativen Geschäft gehören.

Finanzierungsrechnung

Die Finanzierungsrechnung zeigt, in welchem Ausmass die Ausgaben eines Haushalts mit entsprechenden Einnahmen aus der gleichen Periode finanziert sind. Die Investitionsausgaben und -einnahmen sind Teil der Finanzierungsrechnung und werden in der Investitionsrechnung zusammengefasst. In den Tabellen wird der Saldo der Investitionsrechnung als Nettoinvestition bezeichnet. Ein negativer Investitionsrechnungssaldo (ein Überhang an Investitionsausgaben) hat einen investiven Charakter, während ein positiver Saldo mit einer Desinvestition gleichzusetzen ist. Für die finanzpolitische Gesamtsteuerung bildet die Finanzierungsrechnung das zentrale Steuerungsinstrument. Die Verwaltungs- und Betriebsführung orientiert sich dagegen – analog zur Privatwirtschaft – an der Erfolgssicht.

Bilanz

Die Bilanz gibt einen Überblick über die Vermögens- und Kapitalstruktur. Wie in öffentlichen Haushalten üblich, unterteilen sich die Aktiven aus Gründen der Kreditsprechung in das Finanz- und das Verwaltungsvermögen. Ersteres umfasst jene Vermögenswerte, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung jederzeit veräussert werden können. Letzteres ist gekennzeichnet durch eine dauernde Bindung von Mitteln für die unmittelbare Aufgabenerfüllung bzw. für einen öffentlich-rechtlich festgelegten Zweck. Die Passiven sind in Fremd- und Eigenkapital unterteilt, wobei ein Bilanzfehlbetrag als negatives Eigenkapital ausgewiesen wird.

Bruttoschulden

In Anlehnung an das harmonisierte Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM₂) sind die Bruttoschulden definiert als Summe der laufenden Verbindlichkeiten, der kurzfristigen und langfristigen Finanzverbindlichkeiten sowie der Verbindlichkeiten gegenüber den öffentlichen Haushalten abzüglich der in diesen Positionen enthaltenen derivativen Finanzinstrumente und passivierten Investitionsbeiträge. Diese Definition hat sich im Vergleich zum früheren Handbuch des Rechnungswesens der öffentlichen Haushalte (HRM₁) geändert.

Finanzkennzahlen

Zur Beurteilung der Finanzlage der öffentlichen Haushalte werden primär folgende Finanzkennzahlen herangezogen.

Finanzkennzahlen

Kennzahl	Definition	Aussage	Richtwerte
Nettoverschuldungsquotient	<p><i>Nettoschuld I</i> in % des Fiskalertrags; Fremdkapital – passivierte Investitionsbeiträge – Finanzvermögen = <i>Nettoschuld I</i></p>	Anteil des Fiskalertrags, der erforderlich ist, um die Nettoschuld abzutragen.	<p>< 100 % gut 100–150 % genügend > 150 % schlecht</p>
Selbstfinanzierungsgrad	<p><i>Selbstfinanzierung</i> in % der Nettoinvestitionen; Erfolg + Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen (VV) + Wertberichtigungen Darlehen, VV + Wertberichtigungen Beteiligungen, VV + Abschreibungen auf den Investitionsbeiträgen – Auflösung passivierter Investitionsbeiträge – Aufwertungen, VV + Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen – Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen + Zusätzliche Abschreibungen + Zusätzliche Abschreibungen auf Transfers – Zusätzliche Auflösung passivierter Investitionsbeiträge + Einlagen in das Eigenkapital – Entnahmen aus dem Eigenkapital = <i>Selbstfinanzierung</i>; + Sachanlagen + Investitionen auf Rechnung Dritter + Investitionen, immaterielle Anlagen + Darlehen und Beteiligungen n.a.g. + Darlehen + Beteiligungen und Grundkapitalien + Eigene Investitionsbeiträge (im FS-Modell unter Investitionsbeiträge ausgewiesen) + Investitionsbeiträge (eigene und durchlaufende) + Ausserordentliche Investitionsausgaben = <i>Bruttoinvestitionen</i>; – Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen – Rückerstattungen – Abgang immaterielle Sachanlagen – Rückzahlung von Darlehen und Beteiligungen n.a.g. – Rückzahlung von Darlehen – Übertragung von Beteiligungen – Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge (im FS-Modell unter Rückzahlung Investitionsbeiträge ausgewiesen) – Rückzahlung Investitionsbeiträge (eigene und durchlaufende) – Ausserordentliche Investitionseinnahmen = <i>Investitionseinnahmen</i>; Bruttoinvestitionen – Investitionseinnahmen = <i>Nettoinvestitionen</i></p>	Anteil der Nettoinvestitionen, der aus eigenen Mittel finanziert werden kann.	<p>Je nach Konjunkturlage: > 100 % Hochkonjunktur 80–100 % Normalfall 50–80 % Abschwung</p> <p>Mittelfristig im Durchschnitt gegen 100 %.</p>

Finanzkennzahlen

Kennzahl	Definition	Aussage	Richtwerte	
Zinsbelastungsanteil	<p><i>Nettozinsaufwand</i> <i>in % des laufenden Ertrags;</i> + <i>Zinsaufwand</i> – <i>Zinsertrag</i> = <i>Nettozinsaufwand</i> + Fiskalertrag + Regalien und Konzessionen + Entgelte + verschiedene Erträge + Finanzertrag + Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen + Transferertrag + Ausserordentlicher Ertrag + Entnahmen aus Aufwertungsreserve + Zusätzliche Auflösung passivierter Investitionsbeiträge (fehlt in FS-Modell) – Entnahmen aus dem Eigenkapital = <i>Laufender Ertrag</i></p>	Anteil des «verfügbaren Einkommens», der durch den Zinsaufwand gebunden ist.	0–4 % 4–9 % > 9 %	gut genügend schlecht
Bruttoverschuldungsanteil	<p><i>Bruttoschulden</i> <i>in % des laufenden Ertrags;</i> + Laufende Verbindlichkeiten + Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten + Langfristige Finanzverbindlichkeiten + Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Haushalten – Derivative Finanzinstrumente – Passivierte Investitionsbeiträge = <i>Bruttoschulden</i></p>	Beurteilt die Verschuldungssituation bzw. geht der Frage nach, ob die Verschuldung in einem angemessenen Verhältnis zu den erwirtschafteten Erträgen steht.	< 50 % 50–100 % 100–150 % 150–200 % > 200 %	sehr gut gut mittel schlecht kritisch
Investitionsanteil	<p><i>Bruttoinvestitionen</i> <i>in % der Gesamtausgaben;</i> + Personalausgaben + Sach- und übriger Betriebsausgaben + Rüstungsausgaben + Transferausgaben + Ausserordentliche Ausgaben = <i>Laufende Ausgaben</i> Laufende Ausgaben + Bruttoinvestitionen (Berechnung, siehe Selbstfinanzierungsgrad) = <i>Gesamtausgaben</i></p>	Zeigt die Aktivität im Bereich der Investitionen.	< 10 % 10–20 % 20–30 % > 30 %	schwache Investitionstätigkeit mittlere Investitionstätigkeit starke Investitionstätigkeit sehr starke Investitionstätigkeit
Kapitaldienstanteil	<p><i>Kapitaldienst</i> <i>in % des laufenden Ertrags;</i> + Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen + Zinsaufwand + Wertberichtigungen Darlehen, VV + Wertberichtigungen Beteiligungen, VV + Abschreibungen auf Investitions- beiträge – Zinsertrag – Auflösung passivierte Investitionsbeiträge = <i>Kapitaldienst</i></p>	Mass für die Belastung des Haushalts durch Kapitalkosten. Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie stark der laufende Ertrag durch den Zinsendienst und die Abschreibungen (= Kapitaldienst) belastet ist. Ein hoher Anteil weist auf einen enger werdenden finanziellen Spielraum hin.	< 5 % 5–15 % > 15 %	geringe Belastung tragbare Belastung hohe Belastung
Selbstfinanzierungsanteil	<p><i>Selbstfinanzierung</i> <i>in % des laufenden Ertrags</i></p>	Gibt an, welchen Anteil des Ertrags der öffentliche Haushalt zur Finanzierung seiner Investitionen aufwenden kann.	> 20 % 10–20 % < 10 %	gut mittel schlecht

532 Das GFS-Modell

Zum Zweck der internationalen Vergleichbarkeit der Staatsfinanzen und der Datenlieferungen an den Internationalen Währungsfonds (IWF) wird die Finanzstatistik zusätzlich gemäss dem GFS-Modell erstellt. Dieses basiert auf dem «Government Finance Statistics Manual 2014» (GFSM 2014) des IWF, wobei geringfügige Anpassungen an die Schweizer Verhältnisse vorgenommen werden. Wie die «International Public Sector Accounting Standards» (IPSAS) ist auch das GFSM 2014 ein Standard für die finanzielle Berichterstattung über öffentliche Haushalte. Im Unterschied zu den IPSAS, die mehr die einzel- bzw. betriebswirtschaftliche Sicht (Managementorientierung und Steuerung) betonen, legt das GFSM 2014 als Standard für eine Synthesestatistik das Schwergewicht auf die volkswirtschaftliche Sicht sowie die internationale Vergleichbarkeit.

Die Rechnungsdaten des Bundes (Stammhaus und Sonderrechnungen) sowie der einzelnen öffentlichen Sozialversicherungen werden direkt in das GFS-Modell eingelesen, jene der Kantone und Gemeinden hingegen werden aus dem FS-Modell übernommen und automatisch umgeschlüsselt. Damit die Daten den Qualitätsanforderungen und Richtlinien des GFSM 2014 (und auch des ESG 2010) genügen, sind punktuell statistische GFS-Bearbeitungen erforderlich. Diese GFS-Bearbeitungen erfolgen anhand externer Informationsquellen und/oder aufgrund einer dem Standard des GFSM 2014 entsprechenden wirtschaftlichen Beurteilung der Geschäftsvorgänge. Die GFS-Bearbeitungen werden nur auf den höheren Aggregationsstufen, nämlich den Teilssektoren «Bund», «Kantone», «Gemeinden» und «Sozialversicherungen» durchgeführt. Anschliessend stehen die Daten für die Auswertungen und die Berichterstattung bereit.

Analog zum FS-Modell werden im GFS-Modell die Geschäftsvorgänge und Kennzahlen grundsätzlich periodengerecht ausgewiesen. Im Vergleich zu den Rechnungsmodellen des Bundes, der Kantone, der Gemeinden und der Sozialversicherungen ergeben sich aber auch einige Unterschiede. Im GFS-Modell wird anstelle des Begriffs Bilanz der Begriff Vermögensrechnung verwendet. Der Ertrags- und Aufwandbegriff sind enger definiert als im FS-Modell. Zudem kennt das GFS-Modell die Aufteilung in ordentliche und ausserordentliche Ergebnisse nicht. Stattdessen wird zwischen Transaktionen und sonstigen wirtschaftlichen Strömen unterschieden. Während der Erfolg und der Finanzierungssaldo von den Transaktionen abgeleitet werden und finanzpolitisch steuerbar sind, gelten unvorhersehbare Ereignisse und Wertveränderungen von Bestandesgrössen als sonstige wirtschaftliche Ströme. Diese entziehen sich der politischen Kontrolle. Nachfolgende Abbildungen zeigen wie das GFS-Modell klassifiziert und aufgebaut ist.

Um die Zusammenhänge der Bestandteile innerhalb der Abbildung «Modellaufbau des GFS-Modells» zu verstehen, empfiehlt sich die Abbildung von oben nach unten zu lesen.

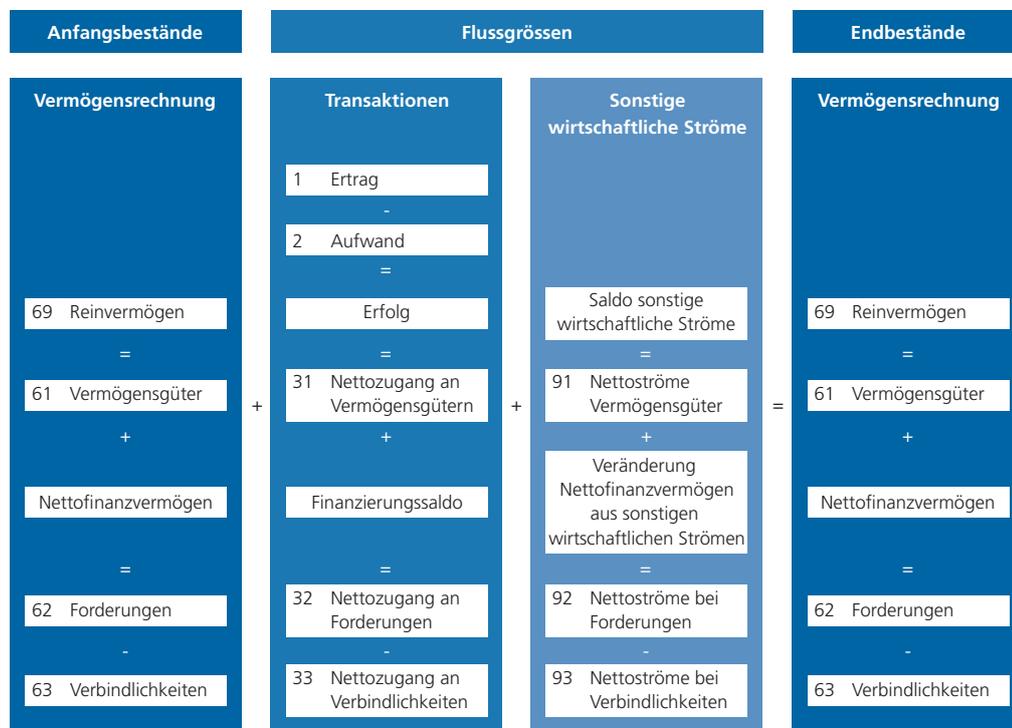
Vermögensrechnung

Das GFS-Modell unterscheidet auf der Aktivseite nicht wie das FS-Modell zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen, sondern es differenziert zwischen Vermögensgütern (GFS Position 61) und Forderungen (62). Die Vermögensgüter umfassen Anlagegüter, Vorräte, Wertsachen sowie nicht produzierte Vermögensgüter wie Boden und natürliche Ressourcen. Darlehen und Wertpapiere werden hingegen vollumfänglich unter den Forderungen erfasst, auch wenn sie in den Staatsrechnungen

Abbildung 19: Klassifikation gemäss GFSM 2014

Klassifikation	Titel	Code
Vermögensrechnung	Vermögensgüter	61
	Forderungen	62
	Verbindlichkeiten	63
	Reinvermögen	69
Transaktionen	Ertrag	1
	Aufwand	2
	auf Vermögensgütern	31
	Erwerb	31.1
	Veräusserung	31.2
	Wertverzehr	31.3
	auf Forderungen	32
auf Verbindlichkeiten	33	
Sonstige wirtschaftliche Ströme	bei Vermögensgütern	91
	bei Forderungen	92
	bei Verbindlichkeiten	93

Abbildung 20: Modellaufbau des GFS-Modells



unter dem Finanzvermögen oder dem Verwaltungsvermögen klassiert sind. Die Verbindlichkeiten (63) entsprechen grundsätzlich dem Fremdkapital des FS-Modells, wobei es auf einzelnen Positionen definitorische Abweichungen geben kann. Generell sind sowohl Aktiva als auch Passiva nach dem «True and fair view»-Prinzip zu erfassen. Das bedeutet z.B., dass bei den Forderungen und Verbindlichkeiten für handelbare Bestände Marktwerte ausgewiesen werden.

Reinvermögen

Anstelle des Eigenkapitals im FS-Modell wird im GFS-Modell das Reinvermögen (69) ausgewiesen. Es entspricht der Summe aus Vermögensgütern (61) und Forderungen (62) abzüglich den Verbindlichkeiten (63).

Schulden

In den internationalen Modellen, GFS und ESVG, werden unterschiedliche Schuldenquoten berechnet. Es sind dies die Schuldenquote gemäss dem IWF und gemäss der Maastricht-Definition. Die Schuldenquote gemäss dem IWF setzt das Fremdkapital des GFS-Modells in Relation zum Bruttoinlandprodukt. Das Fremdkapital umfasst dabei sämtliche Verbindlichkeiten (GFS-Position 63) abzüglich der Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds (6305) und abzüglich der Finanzderivate (6307). Die handelbaren Verbindlichkeiten sind zu Marktwerten bilanziert.

Beim Ausweis der Maastricht-Schuld gemäss der Definition der EU sind die einzelnen Komponenten zum Nennwert einzurechnen. Diese umfasst die Positionen Bargeld und Einlagen (ESVG Position AF.2 bzw. GFS Position 6302), Schuldtitel (AF.3 bzw. 6303) sowie Kredite (AF.4 bzw. 6304). Nicht enthalten sind beispielsweise Finanzderivate, Handelskredite und übrige Verbindlichkeiten. Im Vergleich zu den Bruttoschulden gemäss FS-Modell ist die Maastricht-Schuld enger definiert. So sind beispielsweise die laufenden Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von Dritten oder erhaltene Anzahlungen nicht Teil der Maastricht-Schuld.

Transaktionen

Die Transaktionen werden gemäss GFSM 2014 separat erfasst und ausgewiesen. Unterschieden wird zwischen nichtfinanziellen und finanziellen Transaktionen. Erstere beziehen sich auf die Erfolgsrechnung und Transaktionen auf Vermögensgüter, letztere auf Forderungen und Verbindlichkeiten. Im Schweizer GFS-Modell können jedoch nur die nichtfinanziellen Transaktionen einzeln ausgewiesen werden, da für die finanziellen Transaktionen die entsprechenden Angaben aus den einzelnen Staatsrechnungen des Bundes, der Kantone, der Gemeinden und der Sozialversicherungen nicht ermittelt werden können. Sie werden deshalb global auf Basis der Veränderungen in der Vermögensrechnung ermittelt.

Anlagerechnung

An Stelle einer Investitionsrechnung (FS-Modell) wird im GFS-Modell eine Anlagerechnung ausgewiesen. Diese berücksichtigt jedoch nur Transaktionen auf Vermögensgüter. Als Kennzahl figuriert der Nettozugang an Vermögensgütern. Dieser umfasst deren Erwerb abzüglich der Veräusserung und bringt zusätzlich den Wertverzehr von Vermögensgütern³ in Abzug. Dieser Wertverzehr entspricht im FS-Modell nur den planmässigen Abschreibungen. Die ausserplanmässigen Abschreibungen des FS-Modells werden im GFS-Modell unter den sonstigen wirtschaftlichen Strömen erfasst. Die zusätzlichen Abschreibungen des FS-Modells werden hingegen nicht berücksichtigt.

Abbildung 21: Nettozugang an Vermögensgütern

Nettozugang an Vermögensgütern

+	Erwerb von Vermögensgütern
-	Veräusserung von Vermögensgütern
-	Wertverzehr von Vermögensgütern

Investitionsbeiträge

Investitionsbeiträge werden im GFS-Modell in der Erfolgsrechnung als so genannte Investitionszuschüsse (Kapitalbeihilfen) erfasst. Sie werden jedoch in der Vermögensrechnung nicht aktiviert. Unterschiede ergeben sich dadurch vor allem bei den Kantonen und Gemeinden, wo im FS-Modell die Investitionsbeiträge bilanziert und abgeschrieben werden. Beim Bund werden die Investitionsbeiträge im FS-Modell sofort abgeschrieben. Da der Bestand der Investitionsbeiträge aus der Bilanz des FS-Modells im GFS-Modell nicht übernommen wird, werden die dazugehörigen Abschreibungen in der GFS-Anlagerechnung nicht berücksichtigt.

Sonstige wirtschaftliche Ströme

Im GFS-Modell wird bei den Geschäftsvorgängen zwischen operativen Transaktionen und sonstigen wirtschaftlichen Strömen unterschieden. Während die ersteren zum operativen Teil der Rechnung gehören, finanzpolitisch steuerbar sind und den für finanzpolitische Analysen massgebenden Finanzierungssaldo ausweisen, werden die sonstigen wirtschaftlichen Ströme gesondert verbucht. Zu diesen finanzpolitisch nicht steuerbaren Strömen zählen Veränderungen der Buch- oder Marktwerte (Bewertungsänderungen) sowie nicht planbare Ab- oder Zugänge bei den Positionen der Vermögensrechnung, wie z.B. Schenkungen, Wertberichtigungen als Folge von Umweltkatastrophen, usw.

Erfolg und Finanzierungssaldo

Der Erfolg ist gleich der Differenz zwischen Ertrag und Aufwand. Wird vom Erfolg der Nettozugang an Vermögensgütern subtrahiert, resultiert der Finanzierungssaldo. Der Finanzierungssaldo lässt sich auch aus den finanziellen Transaktionen auf

Forderungen und Verbindlichkeiten berechnen. Diese können jedoch im Schweizer GFS-Modell nur indirekt über die Veränderungen bei den entsprechenden Vermögenspositionen ermittelt werden.

Staatsausgaben

Die Staatsausgaben ergeben sich aus der Summe von Aufwand und Nettozugang an Vermögensgütern. Da der Wertverzehr von Vermögensgütern im Aufwand mit positivem und im Nettozugang an Vermögensgütern mit negativem Vorzeichen enthalten ist, enthalten die Staatsausgaben den Wertverzehr nicht. Im Vergleich zum FS-Modell sind die Staatsausgaben gemäss GFS-Modell tendenziell tiefer. Grund dafür ist, dass es Positionen gibt, die im FS-Modell zu den Ausgaben gehören, im GFS jedoch den finanziellen Transaktionen auf Forderungen und Verbindlichkeiten oder den sonstigen wirtschaftlichen Strömen zugeteilt sind.

Abbildung 22: Staatsausgaben

Staatsausgaben

+	Aufwand
+	Nettozugang an Vermögensgütern

Die Nomenklatur für Staatsausgaben nach Funktionen, die «Classification of the Functions of Government» (COFOG) wird vom Statistischen Dienst der Vereinten Nationen (United Nations Statistical Division) herausgegeben. Die COFOG kommt bei der Strukturierung des staatlichen Aufwands und des Nettozugangs an Vermögensgütern zur Anwendung. Die COFOG weist drei Detaillierungsgrade auf: Bereiche, Gruppen und Klassen. Die Bereiche können als die grobgefassten Ziele des Staates definiert werden. Es ist jedoch zu beachten, dass die zehn Bereiche «Allgemeine öffentliche Verwaltung», «Verteidigung», «öffentliche Ordnung und Sicherheit», «wirtschaftliche Angelegenheiten», «Umweltschutz», «Wohnungswesen und öffentliche Einrichtungen», «Gesundheit», «Freizeit, Kultur, Kirche», «Bildung und Erziehung» sowie «soziale Sicherheit» mit der Klassifizierung der Aufgabenbereiche im FS-Modell nicht identisch sind. Der Aufgabenbereich «Finanzen und Steuern» gemäss FS-Modell wird beispielsweise gemäss COFOG vollständig in den Bereich «Allgemeine öffentliche Verwaltung» umgeschlüsselt.

533 Nomenklaturen

Die Produktion der Finanzstatistik setzt für jede Modellvariante eine Artengliederung des Kontenplans und eine funktionale Gliederung der Aufgabengebiete des Staates voraus. In der Artengliederung werden die ökonomischen Bestandes- und Stromgrössen abgebildet. In der funktionalen Gliederung werden diejenigen Ströme, welche die Staatseinnahmen und -ausgaben bilden, einem Aufgabengebiet zugeordnet. Die Nomenklaturen der Modelle sind auf der Webseite der Eidg. Finanzverwaltung⁴ publiziert.

3 «Wertverzehr von Vermögensgütern» wird im GFS-Modell anstelle des Begriffs «Abschreibungen» verwendet.

4 siehe Downloads unter www.efv.admin.ch, Rubriken «Themen», «Finanzstatistik», «Berichterstattung».

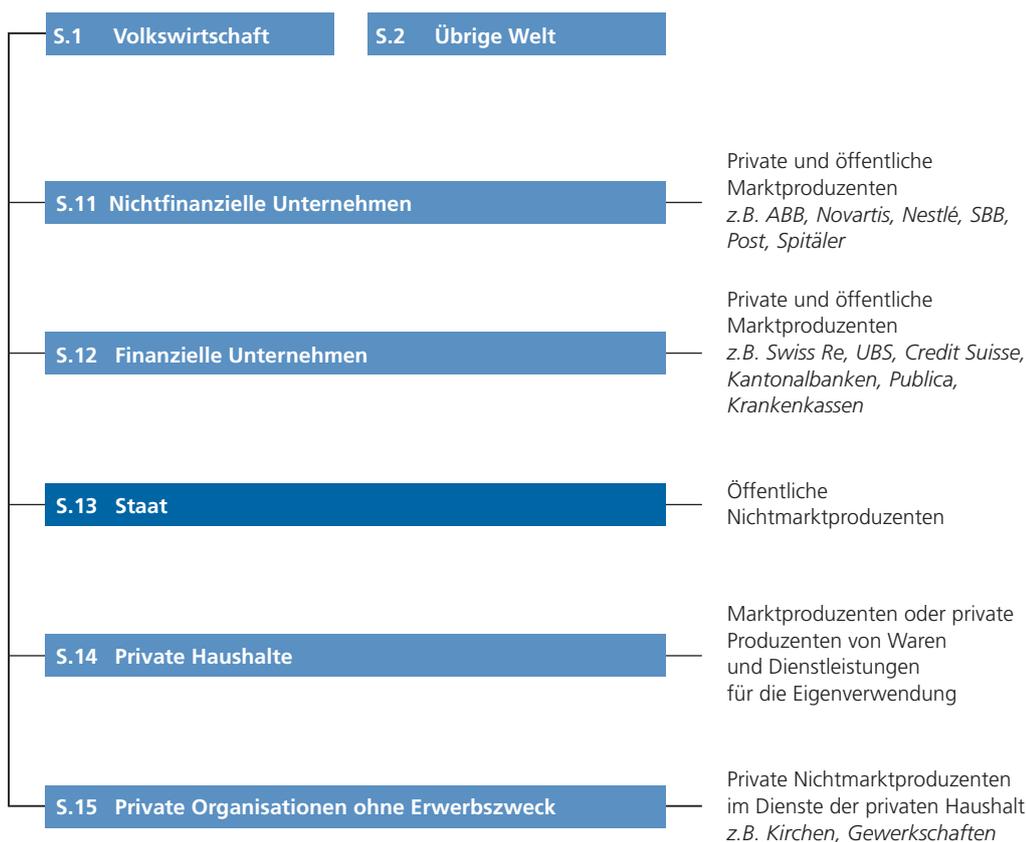
54 Sektorisierung

In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) werden die wirtschaftlichen Subjekte sogenannten institutionellen Sektoren zugeordnet. Diese Zuordnung erfolgt nach einem spezifischen Entscheidungsschema, dieser Vorgang wird als Sektorisierung bezeichnet. Der Sektor Staat umfasst alle institutionellen Einheiten, die zu den öffentlichen Nichtmarktproduzenten zählen, deren Produktionswert für den Konsum bestimmt ist, die sich primär mit Zwangsabgaben (Steuern und andere Fiskalabgaben) von Einheiten anderer Sektoren finanzieren und/oder die Einkommen und Vermögen umverteilen.

Um internationale Vergleiche anstellen zu können, ist es unabdingbar, internationale Standards zu übernehmen. Dies gilt insbesondere auch für die Frage der Zuteilung von Wirtschaftssubjekten auf die Sektoren. Mit der Reform Bilaterale II hat die Finanzstatistik den Erhebungsgegenstand an die Sektorisierungsvorgaben des

Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) angepasst. Die Klassifikation der institutionellen Sektoren gemäss ESVG 2010 ist in der Abbildung «institutionelle Sektoren» ersichtlich.

Abbildung 23: Institutionelle Sektoren



Die Abbildung zeigt, dass die Tätigkeiten der öffentlichen Hand verschiedenen Sektoren zugeordnet werden können. So gehören öffentliche Marktproduzenten – in der Regel handelt es sich hierbei um öffentliche Unternehmen – nicht zum Sektor Staat, sondern zu den nichtfinanziellen bzw. den finanziellen

Kapitalgesellschaften. Für die Abgrenzung der Finanzstatistik ist deshalb insbesondere die Frage von Bedeutung, ob eine Einheit als Marktproduzent oder als Nichtmarktproduzent eingestuft wird. Die Unterteilung des Sektors Staat ist in der Abbildung «Teilspektoren des Sektors Staat» ersichtlich.

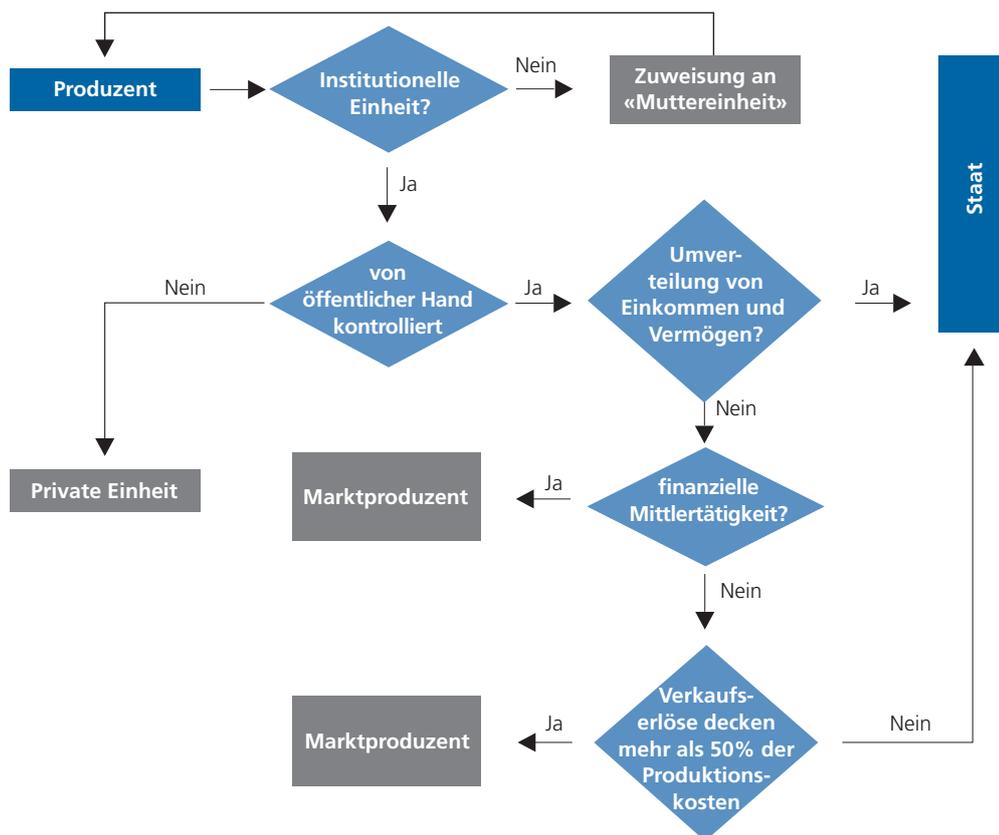
Abbildung 24: Teilspektoren des Sektors Staat



Der institutionelle Sektor Staat gliedert sich in vier Teilspektoren: die ersten drei gemäss dem föderalen Staatsaufbau der Schweiz, der vierte Teilspektoren umfasst die «öffentlichen Sozialversicherungen».

Die Zuteilung zu einem Sektor hängt grundsätzlich von der Art der Tätigkeit und der Kontrolle über die Einheit ab. Die Sektorsierung erfolgt im Prinzip nach der Abbildung «Entscheidungsschema für die Zuordnung zum Sektor Staat».

Abbildung 25: Entscheidungsschema für die Zuordnung zum Sektor Staat



Ein Wirtschaftssubjekt wird dem Staat zugeteilt, wenn es

- (I) eine institutionelle Einheit ist und gleichzeitig
- (II) durch die öffentliche Hand kontrolliert wird, sowie entweder
- (III) seine Hauptfunktion in der Umverteilung von Einkommen und Vermögen liegt, oder
- (IV) als Hauptfunktion keine finanzielle Mittlertätigkeit ausübt und
- (V) seine Produktion nicht zu wirtschaftlich signifikanten Preisen liefert.

Als erster Schritt erfolgt die Abklärung, ob es sich bei den zu erfassenden Transaktionen um wirtschaftliche Tätigkeiten einer eigenen institutionellen Einheit handelt. Für die praktische Anwendung in der Finanzstatistik ist insbesondere das Vorhandensein einer eigenen Rechnung von entscheidender Bedeutung. Eine Ausgliederung aus der bzw. Eingliederung in die Muttereinheit wird nur dann vorgenommen, wenn zumindest eine Bilanz und eine laufende Rechnung, vorzugsweise auch eine Investitionsrechnung, vorliegen oder erstellt werden können. Des Weiteren ist die Frage nach der unternehmerischen Selbständigkeit von Bedeutung. Unternehmerische Selbständigkeit liegt dann vor, wenn die zur Diskussion stehenden Tätigkeiten nicht innerhalb der Verwaltung, sondern im Rahmen einer eigenen Betriebsorganisation und einer eigenen Geschäftsleitung ausgeführt werden.

Das zweite Kriterium stellt die Frage nach der Kontrolle durch die öffentliche Hand. Darunter kann die Fähigkeit bezeichnet werden, die allgemeine Strategie und Geschäftspolitik der Einheit zu bestimmen. Dies ist dann der Fall, wenn die öffentliche Hand mehr als 50 % der stimmberechtigten Geschäftsanteile besitzt oder aufgrund eines Gesetzes, einer Verordnung oder eines besonderen Status zur Festlegung der Unternehmenspolitik bzw. Einsetzung der Unternehmensleitung eine faktische Kontrolle ausübt. Bei letzterem ist in der Praxis entscheidend, ob die Unternehmenspolitik so stark von der öffentlichen Hand beeinflusst wird, dass der finanzielle Erfolg der Einheit massgeblich durch die öffentliche Hand gesteuert werden kann.

Eine Umverteilungsfunktion gemäss dem dritten Kriterium liegt grundsätzlich dann vor, wenn Leistungen den Begünstigten unentgeltlich zur Verfügung stehen und/oder über Zwangsabgaben finanziert werden, deren Höhe und Bemessungsgrundlagen

in keinem Zusammenhang zu den Kosten der individuell bezogenen Leistungen stehen. Typischerweise handelt es sich dabei um Leistungen, welche über direkte und indirekte Steuern oder andere Fiskalabgaben finanziert werden, wozu z.B. auch die vom Einkommen abhängigen Sozialversicherungsbeiträge der AHV, IV, EO und ALV gehören. Die betreffenden staatlichen Leistungen stehen im Gegensatz zu den teilweise oder vollständig durch Gebühren finanzierten Leistungen. Bei letzteren ist die Höhe der individuellen Gebührenzahlungen abhängig von den individuell bezogenen staatlichen Leistungen, weshalb keine Umverteilung stattfindet.

Institutionelle Einheiten, welche von der öffentlichen Hand kontrolliert werden und als Hauptfunktion eine finanzielle Mittler-tätigkeit wahrnehmen (Kriterium IV), werden als öffentliche Marktproduzenten klassiert und gehören als solche nicht zum Staat. Bei diesen Einheiten handelt es sich um Banken, Sparkassen und Vermögensverwaltungsinstitutionen, Versicherungen und Krankenkassen, oder Pensionskassen.

Beim letzten Kriterium (V) geht es grundsätzlich darum festzulegen, ob die Produktion der Einheit marktbestimmt oder nicht marktbestimmt ist. Gemäss ESVG 2010 ist ein Produzent ein Marktproduzent, wenn er seine Produktion zu wirtschaftlich signifikanten Preisen verkauft. Ein Preis ist wirtschaftlich signifikant, wenn er auf die produzierte Menge und die von den Käufern nachgefragte Menge einen signifikanten Einfluss ausübt. Diese, relativ abstrakte und theoretische Regel ist jedoch in der Praxis nur schwer umzusetzen. Als Marktproduzent gilt deshalb eine Einheit, die über einen mehrjährigen Zeitraum hinweg mindestens 50 % ihrer Produktionskosten aus dem Erlös ihrer Verkäufe oder über Gebühren und Entgelte deckt.

55 Konsolidierung

Unter Konsolidierung versteht man die Zusammenfassung der Rechnungen einzelner Haushalte zu einem Gesamtabchluss, wobei Transfers zwischen den zu konsolidierenden Einheiten eliminiert werden.

In den konsolidierten Ergebnissen werden Transfers zwischen den zu konsolidierenden Einheiten eliminiert. Werden beispielsweise die Gemeinden eines Kantons als eine Einheit ausgewiesen, dann werden alle Transfers zwischen diesen Gemeinden abgezogen. Damit wird sichergestellt, dass der konsolidierte Aufwand und Ertrag bzw. die konsolidierten Ausgaben und Einnahmen nicht um diese «internen» Transfers (sog. Doppelzählungen) zu hoch ausgewiesen werden.

Da die Rechnungen der einzelnen Teilsektoren und Haushalte nicht vereinheitlicht und standardisiert sind, werden Geschäftsvorfälle häufig unterschiedlich gebucht. Die Transfers der

einzelnen Haushalte werden deshalb im Rahmen der Erstellung der Finanzstatistik so bearbeitet, dass eine möglichst grosse Übereinstimmung zwischen den gebenden und empfangenden Transfers besteht. Dazu wurden Konsolidierungsregeln definiert (vgl. mit der Abbildung «Konsolidierungsregeln der Finanzstatistik»). Wo dies im Interesse der Qualität der statistischen Daten sinnvoll erscheint, wird jedoch punktuell vom Grundsatz abgewichen. Nicht bereinigte Transfers führen zu sogenannten statistischen Differenzen. Solche Fälle treten im FS-Modell insbesondere bei den aus der früheren Finanzstatistik überführten Daten der Rechnungsjahre 1990 bis 2007 auf.

Abbildung 26: Konsolidierungsregeln der Finanzstatistik

Transfers	Konsolidierungsregel
Gemeinden – Gemeinden	Basis für die Konsolidierung: Einnahmen Korrektur und Ausgleich: Ausgaben
Kantone – Gemeinden / Gemeinden – Kantone	Basis für die Konsolidierung: Daten des Kantons Korrektur und Ausgleich: Gemeinden
Kantone – Kantone	Basis für die Konsolidierung: Einnahmen Korrektur und Ausgleich: Ausgaben Ausnahme: Beim horizontalen Finanzausgleich der Kantone werden die Kantonsdaten den periodengerechten Werten gemäss Verordnung pro Rechnungsjahr angepasst.
Sozialversicherungen – Sozialversicherungen	Basis für die Konsolidierung: Einnahmen Korrektur und Ausgleich: Ausgaben
Bund – Kantone / Bund – Gemeinden	Basis für die Konsolidierung: Bund Korrektur Ausgleich: Kantone und Gemeinden
Bund – Sozialversicherungen	Basis für die Konsolidierung: Bund Korrektur und Ausgleich: Sozialversicherungen
Kantone – Sozialversicherungen	Basis für die Konsolidierung: Sozialversicherungen Korrektur und Ausgleich: Kantone
Gemeinden – Sozialversicherungen	Basis für die Konsolidierung: Sozialversicherungen Korrektur und Ausgleich: Gemeinden

Begriff	Erklärung
Abschreibungen	Planmässige Abschreibungen im GFS-Modell messen den Wertverzehr von Vermögensgütern während einer Periode durch den Verschleiss, d.h. nach der wirtschaftlichen Nutzungsdauer der Anlagegüter. Kein Wertverzehr findet jedoch bei den Vorräten, Wertsachen und nichtproduzierten Vermögenswerten statt. Im FS-Modell kommen noch die ausserplanmässigen (und eventuell zusätzlichen) Abschreibungen hinzu.
Aktiven	Die Aktiven werden auch als Vermögen bezeichnet. Sie sind Teil der Bilanz und geben an, wofür die Mittel verwendet wurden. Die Reihenfolge der einzelnen Positionen auf der Aktivseite entspricht zumeist ihrer Liquidierbarkeit. Im FS-Modell werden sie nach Finanz- und Verwaltungsvermögen aufgeteilt. Das GFS-Modell unterscheidet zwischen Vermögensgütern (nichtfinanziellen Vermögenswerten) und Forderungen (finanziellen Vermögenswerten).
Anlagerechnung	Die Anlagerechnung (GFS-Modell) zeigt den Zu- und Abgang von Vermögensgütern (nichtfinanzieller Vermögenswerte) aus der operativen Tätigkeit. Aufgezeigt werden der Erwerb und die Veräusserung von Vermögensgütern sowie der Wertverzehr von Sachvermögen (Hoch-, Tiefbauten, Ausrüstungsgüter sowie substantielle Investitionen in Grund und natürliche Ressourcen).
Aufwand	Der Aufwand ist eine monetäre Bewertung der in einer Rechnungsperiode verbrauchten oder verzehrten Güter und Dienstleistungen. Zusätzlich zu den finanzierungswirksamen Ausgaben werden im GFS-Modell die volkswirtschaftlichen, geplanten Abschreibungen berücksichtigt. Im FS-Modell kommen die ungeplanten Abschreibungen und Wertberichtigungen sowie weitere nicht finanzierungswirksame Vorgänge wie z.B. Einlagen in Spezialfinanzierungen hinzu.
Ausgaben	Eine Ausgabe ist definiert als die Verwendung von Finanzvermögen (FS-Modell) resp. finanzieller Vermögenswerte (GFS-Modell) zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Sie bedarf einer Rechtsgrundlage und eines Kredits.
Bilanz	Die Bilanz gibt Auskunft über die Mittelverwendung (Aktiven) und Mittelherkunft (Passiven) zu einem bestimmten Zeitpunkt.
Defizit-/Überschussquote	Die Defizit-/Überschussquote des Staates entspricht dem Finanzierungssaldo des GFS-Modells in Prozent des BIP.
Eigenkapital	Das Eigenkapital im FS-Modell ist die Differenz zwischen dem Vermögen und dem Fremdkapital.
Einnahmen	Einnahmen sind Zahlungen Dritter, die das Vermögen vermehren resp. die finanziellen Vermögenswerte erhöhen.
Entgelte	Erträge aus Leistungen und Lieferungen, die ein öffentlicher Haushalt für Dritte erbringt; ferner die Ersatzabgaben, die Erträge aus Bussen und Rückerstattungen von Privaten.
Erfolgsrechnung	Die Erfolgsrechnung zeigt den in einer Rechnungsperiode anfallenden Wertverzehr (Aufwand) und Wertzuwachs (Ertrag). Das Ergebnis der Erfolgsrechnung, kurz Erfolg genannt, gibt Aufschluss über die Veränderung des Eigenkapitals (FS-Modell) resp. des Reinvermögens (GFS-Modell).
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	Das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit entspricht im FS-Modell dem Saldo aus betrieblichem Ertrag abzüglich dem betrieblichen Aufwand.
Ertrag	Als Ertrag gilt der gesamte Wertzuwachs innerhalb einer bestimmten Periode. Im GFS-Modell ist er mit den Einnahmen identisch.
Finanzergebnis	Das Finanzergebnis setzt sich im FS-Modell aus Finanzertrag abzüglich Finanzaufwand zusammen.
Finanzierungsrechnung	Die Finanzierungsrechnung dient der Ermittlung des gesamten Finanzierungsbedarfs, welcher aus der Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen erwächst. Sie weist damit alle Zahlungsvorgänge eines Rechnungsjahres aus, die sich aus der Aufgabenerfüllung ergeben.
Finanzierungssaldo	Der Finanzierungssaldo des GFS-Modells entspricht dem operativen Saldo abzüglich des Nettozuzugs an Sachvermögen. Der Finanzierungssaldo lässt sich auch aus den Transaktionen bei den Forderungen und Verbindlichkeiten berechnen. Diese können jedoch im Schweizer GFS-Modell nur indirekt über die Veränderungen bei den entsprechenden Positionen der Vermögensrechnung ermittelt werden. Gesamtwirtschaftlich entspricht dies der Differenz aus Staatseinnahmen und Staatsausgaben.
Finanzstatistik	Die Finanzstatistik ist eine Synthesestatistik und stellt die Ausweise der Erfolgs-, Finanzierungs- und Vermögenslage öffentlicher Haushalte (Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungen) sowie die Struktur ihrer Ausgaben, gegliedert nach Aufgabengebieten, auf eine vergleichbare Grundlage. Davon abgeleitet werden gesamtwirtschaftliche Kennziffern wie die Staats-, Defizit-/Überschuss-, Fiskal- und Schuldenquote des Staates.
Finanzvermögen	Das Finanzvermögen umfasst im FS-Modell jene Vermögenswerte, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können.
Fiskalertrag	Der Fiskalertrag setzt sich aus den verschiedenen Steuern und weiteren Abgaben, insbesondere Sozialversicherungsabgaben, zusammen, die von öffentlichen Haushalten erhoben werden.

Begriff	Erklärung
Fiskalquote	Die Fiskalquote ist gleich dem Fiskalertrag des Staates gemäss GFS-Modell in Prozent des nominalen BIP und entspricht ebenfalls den Richtlinien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für die Revenue Statistics.
Fremdkapital	Das Fremdkapital besteht im Allgemeinen aus rechtlich einforderbaren Zahlungsverbindlichkeiten.
Fremdkapitalquote	Die Fremdkapitalquote ist gleich dem Fremdkapital des GFS-Modells (Verbindlichkeiten ohne Finanzderivate) in % des BIP. Sie entspricht der Schuldenquote gemäss Definition des Internationalen Währungsfonds (IWF).
Konsolidierung	Unter Konsolidierung versteht man die Zusammenfassung und Bereinigung von Einzelabschlüssen mehrerer Einheiten zu einem Gesamtabschluss (konsolidierter Abschluss). Für konsolidierte Ergebnisse werden die Transfers zwischen den zu konsolidierenden Einheiten abgezogen. Damit wird sichergestellt, dass die konsolidierten Ausgaben und Einnahmen nicht um diese «internen» Transfers (Doppelzählungen) zu hoch ausgewiesen werden.
Nettoschuld I	Die Nettoschuld I berechnet sich im FS-Modell als Fremdkapital minus passivierte Investitionsbeiträge minus Finanzvermögen. Die Grösse dient zur Beurteilung der Verschuldung bzw. des Vermögens eines Gemeinwesens. Sie zeigt u.a., wie volatil ein Gemeinwesen auf Zinsschwankungen voraussichtlich reagieren wird.
Nettoverschuldungsquotient	Der Nettoverschuldungsquotient des FS-Modells sagt aus, welcher Anteil bzw. wie viele Jahrestriechen der Fiskalerträge zur Abtragung der Nettoschuld erforderlich sind.
Nettozugang an Vermögensgütern	Der Nettozugang an Vermögensgütern im GFS-Modell entspricht dem Erwerb abzüglich der Veräusserungen von Vermögensgütern und abzüglich des Wertverzehr von Sachvermögen.
Ordentliches Ergebnis	Das ordentliche Ergebnis der Erfolgsrechnung im FS-Modell ist gleich der Differenz zwischen ordentlichem Ertrag und ordentlichem Aufwand. Es entspricht der Summe aus dem Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit und dem Ergebnis aus Finanzierung. Das ordentliche Ergebnis der Finanzierungsrechnung im FS-Modell ist gleich der Differenz zwischen den ordentlichen Einnahmen und ordentlichen Ausgaben. Es entspricht der Summe aus dem Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit, dem Ergebnis aus Finanzierung und den Nettoinvestitionen.
Passiven	Die Passiven befinden sich auf der rechten Seite der Bilanz. Sie geben Auskunft auf welche Weise die Mittel beschafft wurden. Im FS-Modell unterteilen sich die Passiven in Fremdkapital und Eigenkapital, im GFS-Modell in Fremdkapital und Reinvermögen.
Schulden	Im FS-Modell lehnen sich die Bruttoschulden an das harmonisierte Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2) an. Sie sind definiert als Summe der laufenden Verbindlichkeiten, der kurzfristigen und langfristigen Finanzverbindlichkeiten sowie der Verbindlichkeiten gegenüber den öffentlichen Haushalten abzüglich der derivativen Finanzinstrumente und passivierten Investitionsbeiträge. Für Vergleiche mit europäischen Ländern wird die Schuld gemäss der Maastricht-Definition verwendet. Diese setzt sich im GFS-Modell aus den Komponenten Bargeld und Einlagen, Schuldtitel sowie Kredite zusammen. Diese Positionen werden allerdings gemäss der Maastricht-Definition zum Nennwert und nicht zum Marktwert bewertet. Im Vergleich zu den Bruttoschulden gemäss HRM2 ist die Maastricht-Schuld etwas enger definiert. Dabei werden einige der laufenden Verbindlichkeiten des FS-Modells (u.a. laufende Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von Dritten oder erhaltene Anzahlungen), welche Teil der Bruttoschulden gemäss HRM2 sind, den sonstigen Verbindlichkeiten des GFS-Modells zugeordnet, welche nicht Teil der Maastricht-Schuld sind.
Schuldenquote	Die Schuldenquote ist das Verhältnis zwischen dem konsolidierten Schuldenstand des Sektors Staat und dem nominalen Bruttoinlandprodukt (BIP). Für Vergleiche mit europäischen Ländern wird die Schuldenquote gemäss der Maastricht-Definition verwendet. Weltweit wird die Quote (siehe Fremdkapitalquote) des Internationalen Währungsfonds herangezogen.
Sektorisierung	In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) und in der Finanzstatistik werden die wirtschaftlichen Entscheidungsträger in sogenannte institutionelle Sektoren unterteilt. Diese Abgrenzung wird als Sektorisierung bezeichnet.
Selbstfinanzierung	Die Selbstfinanzierung ist eine Kennzahl des FS-Modells. Sie ist definiert als Erfolg zuzüglich den Abschreibungen des Verwaltungsvermögens und der Investitionsbeiträge, den zusätzlichen Abschreibungen, den Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen im Eigenkapital abzüglich den Aufwertungen des Verwaltungsvermögens, der Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen im Eigenkapital. Der Selbstfinanzierungsgrad gibt an, welchen Anteil seiner Nettoinvestitionen ein öffentlicher Haushalt aus selbst erwirtschafteten Mitteln finanzieren kann.
Staatsausgaben	Die Staatsausgaben im GFS-Modell ergeben sich aus der Summe von Aufwand und Nettozugang an Vermögensgütern des Staates.
Staatsquote	Die Staatsquote bezeichnet den Anteil der gesamten Staatsausgaben im GFS-Modell in Prozent des BIP.

Begriff	Erklärung
Transfers	Transfers zwischen den öffentlichen Haushalten des Staates sind im FS-Modell Zahlungen in Form von Beiträgen und Entschädigungen.
Verwaltungsvermögen	Das Verwaltungsvermögen im FS-Modell umfasst jene Vermögenswerte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen und die ohne diese zu beeinträchtigen nicht veräussert werden können.
Zinsbelastungsanteil	Der Zinsbelastungsanteil im FS-Modell besagt, welcher Anteil des laufenden Ertrags durch den Zinsaufwand gebunden ist.

Publikationsprogramm BFS

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat als zentrale Statistikstelle des Bundes die Aufgabe, statistische Informationen zur Schweiz breiten Benutzerkreisen zur Verfügung zu stellen. Die Verbreitung geschieht gegliedert nach Themenbereichen und mit verschiedenen Informationsmitteln über mehrere Kanäle.

Die statistischen Themenbereiche

- 00 Statistische Grundlagen und Übersichten
- 01 Bevölkerung
- 02 Raum und Umwelt
- 03 Arbeit und Erwerb
- 04 Volkswirtschaft
- 05 Preise
- 06 Industrie und Dienstleistungen
- 07 Land- und Forstwirtschaft
- 08 Energie
- 09 Bau- und Wohnungswesen
- 10 Tourismus
- 11 Mobilität und Verkehr
- 12 Geld, Banken, Versicherungen
- 13 Soziale Sicherheit
- 14 Gesundheit
- 15 Bildung und Wissenschaft
- 16 Kultur, Medien, Informationsgesellschaft, Sport
- 17 Politik
- 18 Öffentliche Verwaltung und Finanzen
- 19 Kriminalität und Strafrecht
- 20 Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung
- 21 Nachhaltige Entwicklung, regionale und internationale Disparitäten

Die zentralen Übersichtspublikationen

Statistisches Jahrbuch der Schweiz



Das vom Bundesamt für Statistik (BFS) herausgegebene Statistische Jahrbuch ist seit 1891 das Standardwerk der Schweizer Statistik. Es fasst die wichtigsten statistischen Ergebnisse zu Bevölkerung, Gesellschaft, Staat, Wirtschaft und Umwelt des Landes zusammen.

Taschenstatistik der Schweiz



Die Taschenstatistik ist eine attraktive, kurzweilige Zusammenfassung der wichtigsten Zahlen eines Jahres. Die Publikation mit 52 Seiten im praktischen A6/5-Format ist gratis und in fünf Sprachen (Deutsch, Französisch, Italienisch, Rätoromanisch und Englisch) erhältlich.

Das BFS im Internet – www.statistik.ch

Das Portal «Statistik Schweiz» bietet Ihnen einen modernen, attraktiven und stets aktuellen Zugang zu allen statistischen Informationen. Gerne weisen wir Sie auf folgende, besonders häufig genutzte Angebote hin.

Publikationsdatenbank – Publikationen zur vertieften Information

Fast alle vom BFS publizierten Dokumente werden auf dem Portal gratis in elektronischer Form zur Verfügung gestellt. Gedruckte Publikationen können bestellt werden unter der Telefonnummer 058 463 60 60 oder per Mail an order@bfs.admin.ch.
www.statistik.ch → Statistiken finden → Kataloge und Datenbanken → Publikationen

NewsMail – Immer auf dem neusten Stand



Thematisch differenzierte E-Mail-Abonnements mit Hinweisen und Informationen zu aktuellen Ergebnissen und Aktivitäten.
www.news-stat.admin.ch

STAT-TAB – Die interaktive Statistikdatenbank



Die interaktive Statistikdatenbank bietet einen einfachen und zugleich individuell anpassbaren Zugang zu den statistischen Ergebnissen mit Downloadmöglichkeit in verschiedenen Formaten.
www.stattab.bfs.admin.ch

Statatlas Schweiz – Regionaldatenbank und interaktive Karten



Mit über 4500 interaktiven thematischen Karten bietet Ihnen der Statistische Atlas der Schweiz einen modernen und permanent verfügbaren Überblick zu spannenden regionalen Fragestellungen aus allen Themenbereichen der Statistik.
www.statatlas-schweiz.admin.ch

Individuelle Auskünfte

Zentrale statistische Auskunft des BFS

058 463 60 11, info@bfs.admin.ch

Erhebungsgegenstand der Finanzstatistik der EFV sind die Rechnungsabschlüsse von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie der öffentlichen Sozialversicherungen. Die Abgrenzung dieser öffentlichen Haushalte erfolgt nach den Sektorisierungskriterien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010). Die Daten der Finanzstatistik werden nach dem nationalen FS-Modell und dem internationalen GFS-Modell erfasst, bearbeitet und ausgewertet. Das FS-Modell beruht auf dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden von 2008, dem HRM2. Im September 2015 publizierte die Finanzstatistik erstmals provisorische Daten und Kennziffern nach den geltenden finanzstatistischen Richtlinien des Internationalen Währungsfonds (GFSM 2014). Mit der Publikation vom September 2017 wurde der methodische Abgleich mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) des Bundesamtes für Statistik (BFS) abgeschlossen. Seither sind die Daten der VGR für den Sektor Staat mit denjenigen des GFS-Modells konsistent.

Bestellungen Print

Tel. 058 463 60 60
Fax 058 463 60 61
order@bfs.admin.ch

Preis

Fr. 19.– (exkl. MWST)

Download

www.statistik.ch (gratis)

BFS-Nummer

114-1601

ISBN

978-3-303-18141-6

**Statistik
zählt für Sie.**

www.statistik-zaehlt.ch